

Anhang - Inhaltsverzeichnis

13./14.03.1885	Bismarcks Rede vor dem Reichstag am 13./14.März 1885 Zweite Beratung der Postdampfer Vorlage		281
16.03.1885	68. Sitzung des Deutschen Reichstags, Montag, 16. März 1885		285
23.03.1885	Reichstag: Nimmt die Postdampfer-Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit großer Mehrheit endgültig an.		295
02.07.1885	Bundesrat: genehmigt den mit dem Norddeutschen Lloyd in Bremen über die einzurichtenden Postdampferlinien abgeschlossenen Vertrag.		295
11.01.1887	Rede Bismarcks im Deutschen Reichstag , Dienstag, 11. Januar 1887 zur Rüstungspolitik	NAZ 12.01.1887	296
1891	Französisch-Russischer Vertrag 1891 (Französisch-Deutsch)		307
08.04.1914	Entente Cordiale – 1904 – Frankreich - England		310
1925	17 Thesen zur Kriegsschuldfrage , Graf Max Monteglas, in seinem Buch „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“		313
07.10.1879	Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag	BTB 04.02.1888	315
31.07.1914	Neues zur Geschichte der Emser Depesche	POS 31.07.1914	317
	Zur Kriegsschuld Frage		
1918	Bethmann Hollweg über die Schuld am Kriege	BVZ 27.11.1918	319
1918	Die Offensive durch Belgien 1914.	BTB 27.11.1918	321
1918	Eine Erklärung Bethmanns.	DVB 28.11.1918	323
1918	Kein Friedensangebot an Deutschland.	VOS 29.11.1918	323
1918	Die Schuld am Kriege.	VOS 29.11.1918	324
1918	Neue „Enthüllungen“.	POS 29.11.1918	325
1918	Die Schuld am Weltkriege. – England hatte schon mobilisiert	TAZ 10.12.1918	325
	Inhaltsverzeichnis – Detailliert		326
	Literaturverzeichnis		334
	Zeitungsabkürzungen		
BTB	Berliner Tageblatt		
DVB	Deutsches Volksblatt		
NAZ	Norddeutsche Allgemeine Zeitung		
POS	Posener Tageblatt		
TAZ	Tiroler Anzeiger		
VOS	Vossische Zeitung		
WAP	Wiener Abendpost		
WZ	Wiener Zeitung		

Anhang

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886

Bismarcks Rede vor dem Reichstag am 13./14.März 1885

Reichstag: Zweite Beratung der Postdampfer-Vorlage.

[Reichstagssitzung vom 13. März 1885]

Der sozialdemokratische Antrag, die australische Linie auf das Festland von Australien zu beschränken, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Antrag Richter auf Streichung der ganzen australischen Linie mit 170 gegen 159 abgelehnt; der Antrag Dietz auf Streichung der afrikanischen Linie mit 166 gegen 157 Stimmen angenommen; der Antrag Rintelen auf Bewilligung der ostasiatischen Linie allein mit 170 gegen 154 Stimmen abgelehnt und hierauf § 1 in folgender Fassung mit großer Mehrheit angenommen:

Der Reichskanzler wird ermächtigt: die Errichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampferschiffverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien sowie Australien andererseits auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren angeeignet deutsche Unternehmer auf dem Wege engerer Submission einzeln oder zusammen zu übertragen und in den bisherigen abzuschließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von jährlich 4.000.000 M aus Reichsmitteln zu bewilligen.

[Aus der Debatte vom 13. März 1885]...wendet sich der Reichskanzler hauptsächlich gegen den Redner des Zentrums (Rintelen), welcher seine Stellung dahin charakterisierte, daß er für die Vorlage nur eintrete, soweit sie nicht in Zusammenhang mit der Kolonialpolitik stehe. Der Reichskanzler führt aus: Die Dampferlinien seien auch ohne die Kolonien erforderlich, wenn auch die Ablehnung der Vorlage eine Entmutigung der Regierung in der Kolonialpolitik herbeiführen werde; die Regierung werde übrigens aus der Bewilligung sämtlicher Linien keine Kabinettsfrage machen, die Kolonien würden in der Zukunft von großem Nutzen werden. Der Redner weist darauf hin, daß eine Verständigung mit England im Werke sei und schließt:

„Schließlich möchte ich noch auf eine Äußerung zurückkommen, die der Herr Vorredner am Eingang seiner Rede that. Ich habe mir neulich gestattet (Schluß der Rede vom 2. März), eine Analogie aus der altgermanischen Mythologie zu zitieren, bei der ich das Wort „Völkerfrühling“ gebrauchte, auf das der Herr Vorredner zurückkam. Ich fürchte, daß ich dabei dunkler geblieben bin, als ich zu sein wünschte, und daß ich nicht deutlich ausgedrückt habe, was ich meinte; aber es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologische Anspielungen weit auszuspinnen. Es war nur etwas, was – ich kann es nicht leugnen – mich in den letzten 20 Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage.

Ich habe unter dem Begriff „Völkerfrühling“ mehr verstanden als die Kolonialpolitik, ich habe meine Auffassung – ich will nicht sagen, so niedrig – aber so kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich – ich kann wohl sagen: - Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bürgerkriege, der nur Lösung eines verschürzten gordischen Knotens unabweisbar und unentbehrlich war, der überstanden wurde, und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Überzeugung, daß diese – ich möchte sagen - „chirurgische Operation“ zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten notwendig war; sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bürgerkrieges nicht gestört war, und daß wir als „ein einzig Volk von Brüdern“ den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten. Das schwebt mir als „Völkerfrühling“ vor; daß wir darauf die alten deutschen Grenzländer wiedergewonnen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen deutschen Reichstag um uns versammelt sahen, den deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als „Völkerfrühling“ vor, - nicht die heutige Kolonialpolitik, die bloß eine Episode bildet in dem Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenig Jahre nach dem großen Sieg vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegnen schon ersticken auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff „Loki“ verstand: der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet, der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit,

den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeit, wenn der mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde.“

Sitzung vom 14. März

„Der Herr Abgeordnete Richter ist, wie in vielen Dingen, so auch darin mit Herrn Abgeordneten Windthorst einverstanden gewesen, daß er der Regierung empfiehlt, darauf Bedacht zu nehmen, länger dauernde Verträge, seien es, wie der Herr Abgeordnete Windthorst sich ausdrückt, politisch-pragmatische Verträge, mit Österreich-Ungarn abzuschließen. Ja, meine Herren, es ist eigentümlich, daß ich einmal mit diesen beiden Herren, Windthorst und Richter, der dritte im **[S.57]** Bunde sein kann; ich bin auch nicht dagegen, und ich habe, wie Sie aus den Zeitungen wohl schon früher ersehen haben werden, wenn Sie andere Zeitungen als gerade die Ihrigen lesen, schon vor Jahren in Österreich den Vorschlag gemacht, oder wenigstens die Frage angeregt, ob es möglich sein würde, solche pragmatischen Einrichtungen, sei es auf dem Zollgebiet, sei es auf anderem Gebiet, zu treffen und dadurch die Lücke zu decken, die der Abgeordnete Windthorst zu seinem Bedauern durch die Ereignisse von 1866 in die deutschen Beziehungen gerissen fand. Wir haben aber bei näherer Prüfung gefunden, daß, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die bei uns eintreten könnten, in den österreich-ungarischen Verhältnissen noch sehr viel größere liegen, und daß es für eine dortige Regierung, die ganz bereit wäre, darauf einzugehen, doch zweifelhaft sein müßte, ob sie die nötigen Bewilligungen der Körperschaften, deren sie dazu bedarf, finden würde. Also darüber brauchen die beiden Herren mit mir nicht Händel zu suchen; es ist nur nicht alles, was die Herren uns hinwerfen, so leicht auszuführen, wenn man der Sache praktisch näher tritt.

Der Abgeordnete Richter hat ferner seine Freude darüber ausgesprochen, daß über die Kolonialfragen in England eine Verständigung eingeleitet – ich kann wohl sagen, daß diese Verständigung vielleicht noch leichter gewesen wäre, wenn er nicht hier einer Meinung, einer Auffassung Ausdruck gegeben hätte, die in den Verhandlungen unsere Stellung England gegenüber einigermaßen schwächte. Die Engländer waren berechtigt zu glauben, daß die Äußerung des Herrn Windthorst, daß, sobald es sich um auswärtige Fragen handelte, alle Parteien vereint ständen, doch auf den Herrn Abgeordneten Richter und die Fortschrittspartei keine Anwendung fände. Denn er hielt gleich darauf eine Rede, die die Stellung der deutschen Regierung in den Verhandlungen mit London notwendig schwächen mußte und geschwächt hat. Wir würden schneller und vielleicht besser zum Ziele gekommen sein, wenn Herr Richter diese von mir geteilte wohlwollende Parteinahme für England ... (Wiederholte Zurufe links) – Mein Herren, schreien Sie mich doch nicht nieder, meine Stimme ist ja ohnehin schwach und nachher klagen Sie darüber, ich wäre nicht zu verstehen; namentlich der Herr Abgeordnete Richter ist ja darin sehr empfindlich -

Also die Verständigung wäre mir leichter und vielleicht von besserer Tragweite geworden, wenn der Herr Abgeordnete Richter seine Gefühle, die ich ja übrigens vollkommen teile, zurückgehalten hätte; ich glaube, es war nicht gerade der diplomatisch angemessene Moment, sie zum Ausdruck zu bringen, noch weniger mit der sehr eigentümlichen Bezugnahme, die er mündlich dabei vorgebracht hat, und die ich im stenographischen Bericht zu meiner Freude beseitigt fand. – Es war das Wort „dynastisch“. Wenn Sie noch weiter gehen: Sie brauchen an meiner Offenheit - ich habe immer den Mut meiner Meinung – nicht zu zweifeln. - - -

Der Redner wendet sich dann gegen die Äußerung des Herrn Abgeordneten Windthorst, daß in unseren Beziehungen zu England alles in Flammen stehe und nimmt auf die Erklärungen Gladstone's vom

12. März Bezug:

S. 57 - Wie ist es möglich, daß dieselben Vorgänge, dieselben Fragen einen so verschiedenen Eindruck auf zwei Leute machen? Hat der Minister Gladstone mehr Liebe für das deutsche Reich übrig als der Herr Abgeordnete Windthorst? Das kann ich mir doch nicht denken! Aber jedenfalls hat er mehr Verständnis für unsere Kolonialpolitik, als dieser Führer einer großen Partei bei uns in seinen jetzigen Äußerungen gezeigt hat. Meine Herren, es haben solche Versuche, Zweifel an der Festigkeit des Friedens zu erregen, **[S.58]** doch sicher ihre Bedenken! Ich spreche dabei durchaus nicht von der Börse. Die rührt das nicht; aber fortgesetzte Zweifel an der Beständigkeit des Friedens finden ab und zu, namentlich bei den Parteileuten, die in verba magistri zu schwören gewohnt sind, schließlich doch einigen Glauben, und dadurch wird der Friede mit der Zeit erschüttert. Es ist deshalb die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel

an der Sicherheit des Friedens auszusprechen. Mir ist das in meiner langen Erfahrung wiederholt entgegengetreten, und **wir haben bei uns ja im Reiche Fraktionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können. Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung Elsaß-Lothringen an Frankreich – das Alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewisser Maßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des Deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fraktionen - eine gewisse Ungeduld empfinden, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel zu ziehen und ihn dadurch thatsächlich zu erschüttern suchen. Wir sehen ja, daß französische chauvinistische Blätter, daß namentlich polnische Blätter darauf ausgehen; und so deutsch die welfische Fraktion sein mag, ihr Ideal, die Herstellung des Königreichs Hannover, zu dem sie sich offen bekennt bei allen ihre Wahlreden, kann doch nur erreicht werden, nachdem Deutschland, Preußen in einen unglücklichen Kriege der Ausschlachtung, der fremden Willkür preisgegeben sind.**

Es ist also nicht so ganz obenhin zu nehmen, wenn angesehene politische Persönlichkeiten die Hand dazu bieten. Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Windthorst sich über die Tragweite seiner Worte und Friedenszweifel getäuscht hat; aber ich gebe ihm doch zu bedenken – ihm sind ja diese Fraktionen, von denen ich spreche, in allen Bestrebungen noch durchsichtiger als mir – ich möchte ihn bitten, dergleichen Hoffnungen, die sich an unseren Untergang, muß ich geradezu sagen, knüpfen, nicht zu nähren, indem dann ohne allen Grund unsere friedlichen Beziehungen zu anderen Großmächten, mit denen wir sie sorgfältig pflegen, sich als zweifelhaft darstellen.

Der Herr Abgeordnete (Windthorst) tadelt mich darüber, daß ich auf das Jahr 1866 überhaupt Bezug genommen habe, und fügt hinzu: „Wir sind hier der Einigkeit wegen.“ Nun, es ist mir lieb, daß mich der Herr Abgeordnete dessen versichert hat; ich hatte es bisher nicht gemerkt; ich hatte geglaubt, wir wären hier, um die Verschiedenheit unserer Meinungen zur Geltung zu bringen. Die Art, wie ich das Jahr 1866 erwähnt habe, wird meines Erachtens die Einigkeit nicht geschädigt haben; ich glaube, ich habe es in einer sehr schonenden und für niemand kränkenden Weise gethan, und der Herr Abgeordnete kann mir daraus keinen Vorwurf machen. Er sagt: „Die Erinnerung an 1866 wird diese Einigkeit leicht stören können“. Das ist meine Ansicht nicht. Ich glaube im Gegenteil. Wenn noch der 1866er Krieg der einzige Bürgerkrieg wäre, der in Deutschland geführt wurde – oder Bruderkrieg, wie Sie wollen -, aber es doch fast in jedem Jahrhundert einmal ein **[S.59]** großer deutscher Krieg gewesen, der die deutsche Normaluhr richtig gestellt hat für hundert Jahre. Gehen Sie weiter zurück, Sie haben die Kriege zwischen Preußen und Österreich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts; noch weiter, Sie haben den 30 jährigen Krieg, Sie haben den schmalkaldischen und die Reformationskriege, und dahinter haben Sie die Welfen- und Ghibellinenkämpfe [Die Ghibellinen und Guelfen waren verfeindete Gruppierung, die Ghibellinen, die Waiblinger, waren auf Seiten des Kaisers, die Guelfen, Welfen, auf Seiten des Papstes.].

Wir sind eben ein streitbares Volk, und so ganz ohne Handgreiflichkeiten sind selbst unsere Feste nicht immer abgegangen, noch viel weniger unsere politische Entwicklung. Aber, daß das eine so sehr üble Erinnerung hinterließ, kann ich nicht finden; es war gewissermaßen die Morgenröte einer besseren Zeit, die 1866 – allerdings blutig - anbrach. Allerdings eigentlich schon früher. Die Kugel kam ins Rollen mit dem dänischen Krieg 1864, mit dem Tode des Königs von Dänemark, da fing es an. Meine Herren, ich muß sagen, daß ich es bedauern würde, wenn ir uns mit unserer historischen Vergangenheit, namentlich in der modernen Zeit, nicht beschäftigen wollten, denn sie ist außerordentlich lehrreich. Manche von Ihnen werden vielleicht unter den Veröffentlichungen der preußischen Archive das Buch von Herrn von Poschinger über den Bundestag gelesen haben, von dem ja schon heut mehrfach die Rede war. Nun, die Epoche, die dieses Buch beschreibt, liegt jetzt ungefähr ein Vierteljahrhundert hinter uns. Das ist ja nicht so sehr lange, aber nichts destoweniger, wenn wir in dem Buche von den Streitigkeiten lesen, die einige dreißig Souveräne, Regierungen über den Kästrich in Mainz, über das verschanzte Lager, über Liquidationswesen hatten, so macht uns das alles einen kleinlichen Eindruck, und wir blicken mit einem gewissen Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinlichen Partikularismus, der mit seinen unbedeutenden Kämpfen die Kraft der ganzen großen deutschen Nation in sich neutralisierte und konsumierte.

Nun, meine Herren, das zeigt also, daß wir in diesem Vierteljahrhundert doch erheblich Fortschritte gemacht haben; keiner sehnt sich zurück nach der Zeit; wir blicken zurück von einer erfreulichen Höhe, die wir erstiegen haben, auf ein wüstes Land und verstehen kaum, wie wir in unserer politischen Kindheit uns so über Lappalien haben streiten können, die wir vergessen haben. Nun, meine Herren, sollte es denn gar nicht möglich sein, daß wenn nach einem weiteren Vierteljahrhundert, so wie dieser Bundestag, einen Poschinger gefunden hat, ein Reichstags-Poschinger einmal auf unsere jetzigen Fraktionsstreitigkeiten zurückblickte, man dann auch

den Eindruck hätte, daß der Fraktionspartikularismus von damals ein glücklich überwundener Standpunkt wäre, daß an in den 25 Jahren erhebliche Fortschritte zum Besseren gemacht hätte, daß der nationale Gedanke mehr als bisher und einheitlicher als bisher zum Durchbruch gekommen wäre? Meine Herren, ich gebe darauf die Hoffnung nicht auf, daß die Poschinger-Leser von 1912 mit demselben Gefühl der Befriedigung auf die heutige Zeit, wenn sie einmal zusammengestellt wird, zurückblicken und sagen werden: Nun, wir sind doch bessere Leute, als die damals lebten, - ich nehme mich nicht aus. Ich nehme an, daß der Fraktionszopf und Parteizopf denn etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu ermutigt, das sind die Zeichen an unserer heranwachsenden Generation.

In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartige Auffassung des politischen Lebens als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteistempel notwendig hindurchgegangen sind und den nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns mal erst alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird! Wir sind augenblicklich das Hindernis seiner nationalen Entwicklung, - [S.60] nicht ich allein, wie der Herr Abgeordnete Richter annimmt; ich glaube sogar der Herr Abgeordnete Richter in noch viel höherem Maße als ich; aber ich nehme mich nicht aus. Wir sind alle noch viel zu sehr erfüllt vom Parteikampfeszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung der Frage, ob einer bei dieser oder jener Partei eintritt, ob ein Wahlsieg hier oder das, ob bei einer Abstimmung ein Sieg erfochten wird. Mit welchem Triumph erfüllt das die Herzen, - das meinige nicht ausgenommen! auch ich bin freudig wie ein Kind darüber. Aber ich habe zu der deutschen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studierenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studiert hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurierte, das Vertrauen: die wird mit Poschingerschen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus, der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier miteinander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde. Ich werde es nicht mehr erleben, daß es so weit kommt; aber ich habe diese Hoffnung, wenn in trüben Momenten mir der Popanz vorschwebt, daß wir zum alten Bundestag zurückkehren könnten. Ja, meine Herren, mir passiert so manches, was den Menschen hypochondrisch stimmen kann, und von dem ich mir sage, wenn das am grünen Holz passiert, was soll erst am, ich weiß nicht wem, geschehen; also ich sehe nicht immer rosig in die Zukunft, denn ich sehe immer jüngere Leute und deren Gesinnung vor mir, und die älteren sind verbittert, mit denen wird eine voll Einigkeit des deutschen Reiches, außer in großen Zwangsfragen, wenn wir uns unserer Haut wehren müssen, glaube ich, theoretisch nicht herzustellen sein. Wir haben bisher nur glückliche Kriege geführt, dank der ausgezeichneten Armee und dank der glänzenden Führung Seine Majestät des Kaisers und unserer Feldmarschälle; aber lassen Sie uns einmal einen schweren unglücklichen Krieg führen: ob wir dann an der Volksvertretung die sichere Stütze finden werden, die wir im Jahre 1870 fanden? Nun, ich hoffe es, ich wünsche es wenigstens sehr lebhaft, daß dann die Äußerung des Herrn Abgeordneten Windthorst von neulich sich vollständig bewahrheiten möge, daß wir da einig zusammenstehen. Aber es könnte doch leicht sein, Daß das Ausland den Eindruck nicht hat, als ob wir so einig wären, und solch Ermutigungen sollte man dem Auslande nicht geben. Selbst wenn der Herr Abgeordnete Richter einen noch schlechteren Reichskanzler hätte, als ich bin, so sollte er sagen: das Reich ist zu jung, wir wollen lieber mal unsere schmutzige Wäsche unter vier Augen waschen, nicht vor der Öffentlichkeit zwei Stunden lang den Reichskanzler analysieren und sein nicht wirkliches, sondern vom Feinde fingiertes Innere öffentlich bloßlegen, dem Feinde zeigen, was das für ein Mann ist, und wie tugendhaft wir dagegen sind, daß wir bei einer solchen Regierung noch solche Leute sind, wie wir sind. (Heiterkeit)

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsgb. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886, S.55-60

68. Sitzung des Deutschen Reichstags, Montag, 16. März 1885

(Reichskanzler Bismarck antwortet dem Abgeordneten Richter (Eugen Richter, 1838 – 1906, (bis 1885 Deutsche Fortschrittspartei), hier: Deutsche Freisinnige Partei, ab 1893 Freisinnige Volkspartei, ab 1910 Fortschrittliche Volkspartei))

[Thema: Wirkung dynastischer Verwandtschaften auf die auswärtige Politik.]

Ich habe einen Irrtum zu berichtigen, in welchem ich mich vorgestern dem Herrn Abg. Richter gegenüber befunden habe. Es war mir, ich weiß nicht mehr, ob aus Zeitungen oder aus mündlichen Mittheilungen bekannt geworden, daß er in der Rede, die er als *captatio benevolentiae* (Um Englands Wohlwollen zu gewinnen) für England hielt, unter den Motiven die unsere Haltung England gegenüber zu bestimmen hätten, auch die Verwandtschaften unserer Dynastien ins Feld geführt hätte. Ich ließ mir deshalb den stenographischen Bericht vorlegen, und in demselben wurde mir die Hauptrede des Herrn Abgeordneten von jener Sitzung, die erste, als die Rede bezeichnet. Bei ihrer Durchlesung fand ich diese Wendung der Sache nicht wieder. Ich schloß daraus, daß der Herr Abg. Richter in Bezug auf politischen Tact mit mir die gleichen Ansichten gehabt und bei der Correctur die Anspielung auf die Verwandtschaften unserer Dynastie unterdrückt hätte, und er erlaubte mir, darüber in meiner vorgestrigen Rede meine Freude zu erkennen zu geben. Der Herr Abg. Richter hat sehr bald Gelegenheit genommen, diese Freude mir zu zerstören, und ich habe, durch seinen Widerspruch veranlaßt, nunmehr den vollständigen Sitzungsbericht gelesen und bin Aufklärung darüber schuldig, wie ich zu dem Irrthum gekommen bin.

Ich konnte nicht voraussetzen, daß der Herr Abgeordnete in seinem Plaidoyer für England das Bedürfnis empfunden haben würde, zwei Mal hinter einander denselben Gedanken – das zweite Mal schärfer unterstrichen – zum Ausdruck zu bringen. Ich glaubte, nachdem ich seine erste Rede gelesen hatte, damit wäre die Sache beendet, da er in dieser ersten Rede Alles gesagt hatte, was meines Erachtens sich von seinem Standpunkte sagen ließ, in den Worten, die da lauteten:

England und Deutschland sind aufeinander angewiesen nach Stammesverwandtschaft, nach den historischen Traditionen und nach der ganzen Entwicklung, mehr als irgendwelche anderen Länder in Europa. Wenn augenblicklich diplomatische Streitigkeiten schweben, über deren Berechtigung ich mir heute kein Urtheil erlaube, und über die ich nicht entscheiden will, so wollen wir hoffen u.s.w.

Meine Herren, den Satz konnte ich mir ja vollständig aneignen, daß wir, England und Deutschland, wenn nicht ausschließlich aufeinander angewiesen, doch den Beruf haben, nach Stammesverwandtschaft, nach historischen Traditionen, vor allen Dingen aber nach gemeinsamen Interessen und nach der Abwesenheit widersprechender Interessen, im freundschaftlichen Einverständnis mit einander zu leben. Dieses Einverständnis zu suchen, bin ich seit Jahr und Tag beschäftigt. Ich kann es natürlich nur finden in einer Form, die auch für Deutschland eine befriedigende ist. Das Suchen nach dieser Form nöthigt mich, durch manche Peripetie zu gehen auf diplomatischem Wege, wo auch unter Umständen der Eindruck einer Verstimmung nicht ausgeschlossen ist, und wo der Wechsel zwischen Festigkeit und Nachgiebigkeit allein zum richtigen Ziele führen kann. In diesem Wechsel, in dieser diplomatischen Operation hat mich die ganze Parteinahme des Herrn Abg. Richter für die englische Auffassung der Sache, für England, will ich überhaupt sagen, gerade in diesem Augenblick einiger Maßen genirt. (Hört! Hört! rechts) Der Herr Abgeordnete hat gesagt, es wäre gar nicht die Zeit gewesen, daß seine Rede hätte einwirken können, sie wäre noch nicht bekannt gewesen.

[Fußnote: Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler hat gesagt, daß ich dadurch (durch die Parteinahme für England) die englische Vereinbarung verzögert, jeden Falls eine bessere Vereinbarung verhindert hätte. Das ist schon deshalb unmöglich, weil, während ich von England sprach, ich darauf aufmerksam machte, daß bereits Telegramme über die dortige friedliche Stimmung vorlägen, und mein Bericht konnte noch gar nicht nach England gekommen sein, als jene Vereinbarung schon perfect gewesen ist.“]

Nun, meine Herren, die Zeit, in der seine Rede wirkt, läuft noch immer fort. Unsere Verhandlungen mit England sind ja im besten Wege, sie sind aber noch nicht abgeschlossen; und daß es auf die Auffassung der englischen Regierung von einigem Gewicht ist, wenn der Führer der Opposition im Deutschen Reichstag, der sich an der Spitze der der Regierung entgegen stehenden Minorität befindet, in dem Augenblick, wo streitige Interessen discutirt werden, für die fremdländischen Partei nimmt, - nun, meine Herren, das ist nach englischen Begriffen doch sehr wohl erklärlich! Nach englischen Begriffen hat die Majorität, an deren Spitze der Herr Abg. Richter, wenn nicht ganz isolirt, doch mit wenigen Gefährten steht, alle Aussicht, demnächst die künftige Regierung dieses Landes zu stellen. Daß das nicht wahrscheinlich ist, wird einem Deutschen, der unsere Politik versteht und aus deutschen Gesichtspunkten beurtheilt, einleuchtend sein; aber für einen Engländer – nach dessen parlamentarischen Auffassungen – ist es ganz natürlich.

Ich glaube, der Herr Abg. Richter täuscht sich über das Gewicht seines Auftretens wenigstens in England. Der Abg. Richter hat in England ein viel größeres Schwergewicht als bei uns in Deutschland. (Heiterkeit

rechts). Ich muß darauf aufmerksam machen: Der, welcher an der Spitze der Opposition gegen die Regierung steht, an der Spitze einer Majorität, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie bringt, ist doch für England der herrschende Punkt, der Stern der Zukunft, und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so ausschließlich Platz greift, wie es in England der Fall sein dürfte.

Ich habe Das angeführt, was der Herr Abg. Richter in seiner ersten Rede gesagt hat. Wenn ich nun zwei Seiten weiter umschlage, so finde ich, daß er genau denselben Gedanken nochmals wiederholt hat; er schien Eines vergessen zu haben und nachholen zu müssen: das waren die verwandtschaftlichen Beziehungen der Dynastie. Die zweite Wendung ist im Uebrigen ganz identisch mit der ersten, sie hat wenige Minuten nachher unter wiederholter Meldung zur Wort stattgefunden. Ich muß daher annehmen, daß Herr Richter auf diese Einschaltung ein ganz besonderes Gewicht gelegt hat. Er sagt, daß er überzeugt sei,

die Ansichten weiter Kreise im deutschen Volke zu vertreten (Fußnote: die beiden Worte sind Ergänzungen des Reichskanzlers.)

- denke ich mir; der Satz ist nicht ganz zusammenhängend -,

die sich keineswegs durch parlamentarische Debatten, die an dieser Stelle wenigstens durchaus überflüssig sind, in einen künstlichen Gegensatz zu einem uns stammverwandten Volke, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist, wollen hineinbringen lassen.

Nun, der Herr Abg. Richter hat nicht im Sinne der von dem Herrn Abg. Windthorst accentuirten Einigkeit aller Parteien gegenüber dem Ausland gehandelt, indem er gerade in diesem Moment, bei divergirenden und rivalisirenden Interessen zweier Nationen, für die andere Seite und nicht für die deutsche eintrat; was ihn dabei geleitet haben kann, darüber will ich mich nicht äußern. **Ich bin gewohnt, den Widerstand des Herrn Abg. Richter auf allen Wegen zu finden, die ich in der inneren sowohl wie in der auswärtigen Politik zu gehen habe, und sehe überall mit der Nothwendigkeit gegenüber, diesen Widerstand, der durch eine sehr eindringliche und ausdauernde Beredsamkeit unterstützt wird, zu bekämpfen.** Indes das ist seine Sache zu erwägen. Ich ergreife hier nur das Wort, um mich gegen diese Verwerthung der dynastischen Verwandtschaften in Fragen der auswärtigen Politik zu verwahren in meiner Eigenschaft als ein langjähriger und erprobter Diener unserer Dynastie und Sr. Majestät des Kaisers. (Bravo! rechts.)

Es ist eine solche Einbeziehung dynastischer Interessen und Verwandtschaften in die großen internationalen Interessen, die zwischen zwei Nationen divergiren können, für die Dynastien niemals nützlich gewesen, (Sehr richtig! rechts) und ich frage mich: Was hat denn den Herrn Abg. Richter bewogen, seine erste Aeußerung dadurch zu vervollständigen, daß er die Verwandtschaften unserer Dynastie in seine zweite Auflage derselben Aeußerung einbezog.

Ich bin bei dem Herrn Abg. Richter eben so gut wie bei anderen hervorragenden Parlamentariern gewohnt, daß sie nicht so leicht Etwas ohne Ursache thun, daß irgend eine Berechnung auf die Wirkung, die sie erzielen könnten, dahinter steckt.

Nun ist das Hineinziehen der dynastischen Verwandtschaften in die internationalen Interessen erfahrungsgemäß in der Geschichte den Dynastien niemals nützlich gewesen, es sind stets die Gegner der Dynastien gewesen, welche dynastische Beziehungen in den Vordergrund geschoben haben bei internationalen Fragen. (Sehr wahr! rechts)

Ich brauche gar nicht so weit zurück zu greifen, **daß ich an die Zeit der ersten französischen Revolution erinnerte, wo es der Dynastie der alten französischen Könige außerordentlich nachtheilig war, daß man den Verdacht verbreiten konnte, als ob die nahe Verwandtschaft des französischen Hauses mit dem österreichischen Hause die französische Politik im österreichischen Sinne beeinflusste.** Jedermann, der die Geschichte der damaligen Zeit mit Aufmerksamkeit liest, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß das ein mächtiges Hilfsmittel der Gegner des Königshauses war, das Letztere der österreichischen Politik zu **verdächtigen.** Wenn Aehnliches in England passierte, würde man da nicht sofort von german influence oder foreign influence (Fußnote: Deutschem oder fremdem Einfluß) in irgend einer Weise sprechen?

Würde es einem englischen Parlamentarier, namentlich von der freisinnig-radicalen etwa entsprechenden Richtung einfallen, die Verwandtschaften der in England regierenden Dynastie mit deutschen Häusern dafür anzuführen, daß England in den Interessen der Nation sich nachgiebig gegen Deutschland erweisen möge? Ich glaube kaum, daß dies Jemand in England riskiren würde. Ich habe sonst bei dem Herrn Abg. Richter niemals gefunden, daß er für dynastische Verwandtschaften und Einflüsse ein wesentliches Interesse an den Tag gelegt hätte, (Heiterkeit rechts.) und ich bin deshalb nothwendig veranlaßt, darüber nachzudenken, welche Gründe ihn in diesem Falle veranlaßt haben können, das Gewicht der dynastischen Verwandtschaft in die Waagschale in seinem Plaidoyer für England mit einzuwerfen.

Auch aus unserer eigenen neuesten Geschichte darf ich wohl daran erinnern, daß in den vierziger Jahren von den Gegnern unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft mit dem russischen Kaiserhause jeder

Zeit ausgebeutet worden ist, um sie als abhängig , als beeinflusst von dem Ausland darzustellen. Ich brauche Sie nur zu erinnern – oder vielleicht haben es einige von Ihnen nicht gelesen; aber ich habe es damals gelesen – an das bekannte Gedicht von Herwegh 1), wo er in etwas gezwungenem Reim auf Meleager sagt: „Behüt’ uns vor dem Czaren, Deinem Schwager!“ – Dieselbe Tonart, die Herwegh im Jahre 1840 und 1841 anschlug, zog sich durch das ganze Jahr 1848. Im Jahre 1848 war es ja in Placaten überall zu lesen: „Die Russen kommen!“ – Für die Popularität der eigenen Dynastie war die Behauptung dieses fremden Einflusses niemals nützlich.

1) Gedicht eines Lebendigen (1841): An den König von Preußen, 4. Strophe:

Sieh, wie die Jugend sich verzehrt
in Gluthen eines Meleager,
Wie sie nach Kampf und That begehrt –
O drück’ in ihre Hand ein Schwert,
Führ’ aus den Städten sie ins Lager!
Und frage nicht, wo Feinde sind;
Die Feinde kommen mit dem Wind:
Behüt’ uns vor dem Frankenkind
Und vor dem Czaren, Deinem Schwager!

Ich bin der Behauptung ja noch begegnet im Anfange meiner ministeriellen Laufbahn zu den Zeiten der polnisch-russischen Cartellconvention. Was wurde hauptsächlich gegen die Politik Sr. Majestät des Königs, die ich damals vertrat, ausgespielt? Unsere Abhängigkeit von Rußland in Bezug auf die Cartellconvention, in Bezug auf Alles; kurz, es wurde die Dynastie im Lande verdächtigt, daß sie nicht die nationalen Bedürfnisse allein, sondern auch die verwandtschaftlichen Rücksichten auf die nahestehende russische Dynastie in der Politik zum Ausdruck brächte. **Diese historischen Erinnerungen und Erwägungen und das wenige Vertrauen, das mir der Royalismus des Herrn Abg. Richter einflößt, (Heiterkeit rechts) nöthigen mich, hier seiner Bezugnahme auf dynastische Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Versicherung entgegen zu treten, daß das Gewicht der deutschen Dynastien und insbesondere unserer Kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jeder Zeit auf Seiten der nationalen Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Waage fallen wird.** (Lebhafter Beifall rechts.)

Namens der socialdemokratischen Partei sprach der Abg. Dietz (Hamburg) zu Gunsten der im socialdemokratischen Antrag befürworteten Linien, Namens der Elsaß-Lothringer der Abg. Zorn v. Bulach nicht aus nationalen, sondern aus rein sachlichen Erwägungen für die Vorlage der verbündeten Regierungen. Die polnische Partei gab im Allgemeinen durch den Abg. v. Jazdzewski ihre Uebereinstimmung mit allen gegen die Vorlage erhobenen Einwendungen zu erkennen und ließ darauf, als Antwort auf die „verletzenden Angriffe der vitalsten Interessen“ des polnischen Volkes, die Fürst Bismarck in seiner Rede vom 14. März wider die Polen gerichtet habe, folgende Erklärung verlesen:

Fürst Bismarck hat constatiren zu müssen geglaubt, daß es im Reiche Fractionen gebe - und aus dem Zusammenhange seiner Rede geht hervor, daß er dazu auch meine Fraction rechnet - , die ihre offen aufgestellten Ideale nur durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands, durch eine große Niederlage desselben erreichen zu können vermeinen, und die förmlich darauf speculiren. Ich muß diese Unterstellung, soweit sie meine Fraction und alle ihre Mitglieder betrifft, auf das Entschiedenste zurückweisen.

Ich bestreite, daß unser Sinnen und Trachten auf das Schüren von Feindseligkeiten gegen Deutschland oder gegen irgend ein anderes Staatswesen berechnet sei, daß wir auf irgend eine europäische Conflagration, auf irgend eine Störung des europäischen Friedens speculiren und daraus irgend welche Territorialveränderungen zum Vortheil unserer Nationalität erhoffen. Eine solche Insinuation, die dazu angethan ist, um unsere Stellung im In- und Auslande gegenüber zu discreditiren – und es scheint, als wenn es hauptsächlich auf das Letztere abgesehen ist - , müssen wir bestreiten und gewärtigen den Beweis dazu.

Wir stehen in diesem Hause als die legitimen Vertreter derjenigen Bevölkerung, die uns mit ihrem Vertrauen beehrt hat, auf einem rein gesetzlichen Boden; wir erstreben mit allem Nachdruck, der uns zu Gebote steht, die Erhaltung unserer nationalen Rechte, wie sie durch völkerrechtliche Verträge und Königliche Verheißungen garantirt und verbrieft worden sind, und wir reclamiren sie, wo sie uns geschmälert und verkümmert worden sind. Auf dieser Rechtsbasis stehen wir und lassen uns von derselben durch keine Insinuation, durch keine Verdächtigung, sie mag kommen, von wo sie will, verdrängen; in diesem Sinne suchen wir die öffentliche Meinung für uns zu gewinnen, in diesem Sinne üben wir unseren Einfluß auf unsere Bevölkerung aus; und wir werden, Gottlob! in dieser unseren

festen, legalen und unantastbaren Stellung durch die Haltung und den gesunden Sinn des weit überwiegenden Theiles der polnischen Bevölkerung unterstützt. Wenn man das Maß der Ungerechtigkeiten und Mißhandlungen, denen wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens seit mehr wie einem Jahrhundert in allen Theilen unseres zerrissenen Vaterlandes ausgesetzt sind, in Betracht zieht, und das ruhige, würdevolle und friedliche Verhalten der polnischen Bevölkerung sich vergegenwärtigt, so ist man zu dem Schluß berechtigt, daß die hier erhobene Anklage grundlos ist.

Dieser Haltung der gesunden Presse, dieser Haltung der polnischen Bevölkerung und ihrer parlamentarischen Vertreter ist es zu verdanken, daß die Umsturzideen des Nihilismus, Anarchismus und Socialismus an unserer Festigkeit abprallen.

wir halten deshalb diese fortwährenden Anklagen der Polen vor den parlamentarischen Versammlungen Deutschlands für eine schwere und unverantwortliche Ungerechtigkeit, für ein Schüren des Feuers mit dem Schwerte, und wir könnten ebenfalls versucht sein, den Urheber dieser Beschuldigungen selbst vor Gott und der Geschichte anzuklagen, daß während er in [S.126] einer so begeisterten Weise uns schildert, wie all sein Sinnen und Trachten seiner Nation, ihrer Größe und ihrem Ruhm gewidmet ist, derselbe uns daraus einen Vorwurf macht, wenn wir mit gleicher Liebe die heiligsten Güter vertheidigen, die uns als das einzige Vermächtniß einer besseren Vergangenheit geblieben sind, und die wir um keinen Preis der Welt aufgeben werden.

Wir bestreiten entschieden dem Herrn Reichskanzler das Recht, uns auf diesem gesetzlichen Boden, auf dem wir stehen, anzugreifen, und wir werden uns in keiner Weise beirren lassen, stetig und ruhig auf dieser sicheren, wenn auch dornenvollen Bahn weiter zu gehen; in der Erfüllung dieser unserer parlamentarischen Aufgabe liegt unser offen aufgestellte Ideal.

Alles Uebrige überlassen wir Gott und seiner Vorsehung.

Fürst Bismarck, der diese Erklärung nicht mit angehört, wohl aber von ihrem Inhalt unterrichtet worden war, antwortete nach Schluß der Rede des Abg. Lohren dem Redner der polnischen Partei in folgender Rede:

Der Herr Abgeordnete für Krotoschin hat sich vorher dahin geäußert, daß ich in meiner vorgestrigen Rede seine Fraction ungerecht beschuldigt hätte, als ob sie zu denen gehörte, deren ideale nur durch Störung der Einheit des Deutschen Reiches, nur durch Losreißung von Landestheilen von einzelnen Staaten, die das Deutsche Reich bilden, verwirklicht werden könnten. Er hat nach Dem, was mir darüber gemeldet ist, aus dem Zusammenhange meiner Worte geschlossen, daß ich auch seine Fraction gemeint hätte. Das ist ja außer Zweifel; das braucht man nicht aus dem Zusammenhange zu verstehen. Ich habe es ganz ausdrücklich gesagt.

Der Herr Abgeordnete hat aber doch meine Aeußerungen ein klein wenig verschoben, indem er mir die Behauptung in den Mund legt, daß die Fractionen, von denen ich sprach, förmlich darauf speculirten, denjenigen Krieg herbeizuführen, der, wenn er unglücklich für Deutschland abliefe, dahin führen könnte, ihre offen ausgesprochenen Ideale zu verwirklichen. Nun, meine Herren, wenn ich das gesagt hätte, ob ich mich da von der objectiven Wahrheit so weit entfernt hätte, das will ich hier unentschieden lassen; ich bin auch nicht verpflichtet, mich darüber auszusprechen, denn ich habe es nicht gesagt. Ich will aber Das, was ich gesagt habe, nochmals richtig stellen durch Wiederanführung der Hauptstellen, auf deren Auslegung es hier ankommt, und ich glaube, daß die Versammlung davon überzeugt werden wird, daß ich Niemanden über Gebühr angeschuldigt und belastet habe in den Voraussetzungen, die ich hier aussprach. Ich habe gesagt:

Es ist die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen.

- Das ist eine allgemeine Wahrheit, die der Herr Abgeordnete nicht wird erschüttern können.

Mir ist das in meiner Erfahrung wiederholt entgegen getreten, und **wir haben bei uns im Reiche ja Fractionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg und zwar durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können.**

Ich frage den Herrn Abgeordneten: **Ist nicht die Herstellung des Königreichs Polen eins von den offen aufgestellten Idealen seiner Landsleute und namentlich der Fraction, die hier vertreten ist? Er wird das nicht bestreiten. Er sagt aber: Wir wollen die Wiederherstellung nicht durch Krieg, wir wollen sie durch den Druck der öffentlichen Meinung erreichen. Ja, meine Herren, das ist absolut unmöglich; das Ideal, das ich früher anführte, die Losreißung von Provinzen von dem preußischen Staate, wie er heute unter der Garantie des Deutschen Reiches steht, ist nur durch Krieg möglich oder durch ein anders Mittel, ebenso gewaltsam, durch Revolution. Zwischen den beiden allein steht die Wahl. Es gibt keine andere Auslegung; der Druck der öffentlichen Meinung, und was man sonst noch vorgeben mag, kann nicht gemeint sein. Es liegt ja allerdings im Interesse der Herren, mit ihren Absichten nicht zu früh an den Tag zu treten und einen Mantel über dieselben zu breiten und sich dadurch das Recht zu erkaufen, in dem Schoße des Deutschen Reichstags das**

Deutsche Reich zu bekämpfen. Aber in unserem Interesse, in dem der Regierungen liegt es, jede Verdunkelung in diesem Punkte nach Möglichkeit zu verhüten und die Absicht Derer, die uns und, wie wir glauben, der Zukunft des Reiches in ihren letzten Plänen feindlich gegenüber stehen, offen an den Tag zu legen, damit die Nation weiß, woran sie sich zu halten hat, woran sie ist. (Bravo! rechts)

Ich habe weiter gesagt:

Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens.

Den Gedanken an Revolution habe ich aus Rücksicht auf den Ort an dem wir uns befinden, unterdrückt; er ist aber doch das Einzige, was übrig bleibt, wenn man sagt, daß man einen Krieg nicht denke; das Andere ist eine Redensart, an die kein Mensch glauben wird, und die man nur unter Umständen vor Gericht, wo man nichtgezwungen werden kann, über seine Gedanken Auskunft zu geben, hinstellen kann; der Richter muß sich damit zufrieden geben, er kann nichts anderes thun. Ob aber der Richter, hier das deutsche Volk, sich mit dieser Auskunft zufrieden geben wird: Wir erwarten die Wiederherstellung des Königreichs Polen auf Kosten der preußischen Provinzen von dem Druck der öffentlichen Meinung in Deutschland, - ja, meine Herren, das glaube ich doch nicht. (Heiterkeit)

Also ich sagte:

Die Herstellung des Königreichs Polen u.s.w. ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung Elsaß-Lothringen an Frankreich – das Alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewisser Maßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des Deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fractionen -

Ob auch der Herr Abgeordnete für Krotoschin zu den strebsamen Mitgliedern seiner Fraction gehört, das überlasse ich ihm selbst zu ermessen; ich habe die Fraction im Ganzen noch nicht angeklagt und auch nicht davon gesprochen, daß die Herren nach der angegebenen Richtung förmlich speculieren; ich habe mich schonend ausgedrückt:

Wenn strebsame Mitglieder solcher Fractionen **eine gewisse Ungeduld empfinden darüber, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel ziehen suchen. Wir sehen, daß chauvinistische und namentlich polnische Blätter darauf ausgehen -**

und ich füge hinzu: **auch polnische Blätter, die in Petersburg in russischer Sprach redigirt werden, die aber entschieden im polnischen Interesse und von Polen geschrieben und mit polnischem Gelde unterhalten werden,** ich könnte die Namen nennen -

diese Ziele

- sagte ich weiter -

können doch nur erreicht werden, nachdem Deutschland und Preußen in einem unglücklichen Kriege der Ausschlachtung der fremden Willkür preisgegeben sind.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete hat im Interesse seiner eigenen Landsleute nicht wohl gethan, mich durch seinen Angriff zu nöthigen, diese meine gestrige Aussage noch ein Mal zu unterstreichen und ihr eine breitere Publicität durch eine nochmalige Wiederholung zu verschaffen. Ich glaube, daß die Herren aus den polnisch redenden Landestheilen überhaupt ihrem Interesse besser dienen würden, wenn sie die Regierung des Landes und des Reiches bis auf Weiteres unterstützten. **Sie können eben nur durch einen unglücklichen Krieg ihre außerhalb unserer staatlichen Existenz liegenden Ideale verwirklichen. Findet aber diese unglückliche Krieg statt, dann werden die Herren ja doch davon profitiren; und das gilt auch für andere centrifugale Bestrebungen. Sie können ja den Erfolg des Krieges ruhig abwarten und können inzwischen der staatlichen Gemeinschaft, in der Sie sich nach Gottes Willen einstweilen befinden, nach dem Spruche: „Seid unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat“ (Fußnote: 1Petri 2,13) – und das möchte ich namentlich auch den confessionellen Fractionen ans Herz legen – ruhig und ehrlich dienen. Der Vortheil, den Sie von einem unglücklichen Kriege für Ihre antistaatlichen Ideal haben können, der läuft Ihnen deshalb nicht weg. (Heiterkeit)**

Wenn das Deutsche Reich zertrümmert, wenn Preußen zerschlagen und niedergeworfen ist, ja, dann kommt es nur darauf an, durch wen; das heißt, ob unsere polnischen Provinzen einem anderen Reich

einverleibt werden, oder ob der Sieger ein solcher ist, der seinerseits Interesse an der Herstellung des Königreichs Polen hat; im letzteren Falle wird er es ganz sicher herstellen, Sie mögen in der Zwischenzeit sich gegen die jetzige Regierung freundlich benommen und Ihren Landsleuten und Ihrem engeren provinziellen Gemeinwesen das Wohlwollen der jetzigen Regierung erworben haben oder nicht. Das wird sich dabei ganz gleich bleiben, und die Resurrection des polnischen Gedankens wird dann ohne Ihr Zuthun vom Auslande selbst gemacht werden; denn es gibt ausländische Bestrebungen, denen eine Zerreißung der preußischen Monarchie, denen die Herstellung eines feindlichen Elementes in der Weichselgegend bis an die Oder heran Deutschland gegenüber von Nutzen erscheinen kann. Also warten Sie doch ruhig ab, bis der unglückliche Krieg gekommen und geführt ist, und enthalten Sie sich der Sünde, ihn an die Wand zu malen; denn die Hoffnung, ihn dadurch zu beschleunigen und herbeizuführen, ist doch eine eitle, die wird sich nicht verwirklichen! Die Regierungen sind sich in ihrem Interesse dazu klar, die Regierungen sowohl innerhalb Deutschlands wie außerhalb Deutschlands. (Lebhaftes Bravo! rechts)

Der Abgeordnete Virchow fühlte sich durch die Herausforderungen des Reichskanzlers verpflichtet, seine Stellung zur Colonialpolitik offen darzulegen. Er ging dabei von dem Satze aus, daß Deutschland den Zeitpunkt der Weltgeschichte, in dem man noch eine Colonialpolitik in dem gewöhnlichen Sinne treiben konnte, verpaßt habe. Der Ausdruck „colonial“ habe allmählich eine große Dehnbarkeit erhalten, seine ursprüngliche Bedeutung – auf Grund seiner Anleitung von colonus und colere – sei fast in Vergessenheit gekommen. Colonien aber, in denen Ackerbau getrieben werden könne, seien jetzt nicht mehr zu gewinnen, es sei denn auf dem Wege der Eroberung im Krieg gegen Nationen, die Colonien besäßen. Das imperial charter für die afrikanische Gesellschaft, das auf der Anschauung beruhe, als sei Ackerbau oder Plantagenwirtschaft in Ostafrika möglich, sei etwas übereilt ertheilt worden. Denn man habe dabei die medicinisch-anthropologische Vorfrage nicht erörtert, ob denn auch die Europäer im Stande seien, im Klima der Tropen und unter der Malaria zu leben. Gerade sie durch Klima und Malaria doppelt gefährdeten Gegenden, die der weiße Mann bisher mit Beharrlichkeit vermieden habe, habe der Reichskanzler für Deutschland ausgesucht. Den Strom der Auswanderung oder auch nur der Spekulation nach diesen Landstrichen lenken, heiße unsere Landsleute nicht nur in die größte Gefahr, sondern wahrscheinlich auch direct in den Tod führen. Von diesem Standpunkte aus ergab sich für ihn die Nothwendigkeit, gegen die australische und gegen die afrikanische Linie zu stimmen. **Gegen den Schluß seiner Rede übernahm Virchow die Vertheidigung seines Fraktionscollegen Richter gegen die Angriffe des Reichskanzlers. Richter habe sich bei seiner Aeüßerung über England in der Nothwendigkeit befunden, die bisher bestandenen internationalen Verhältnisse gegenüber dem Abg. Kalle zu vertheidigen, der Neid und Mißgunst als Triebfedern Englands bezeichnet habe.** Wie in dem Hinweis auf die dynastische Verwandtschaft Etwas gefunden werden könne, begreife er nicht. Die Abwehr der Hetzreden Kalles sei ganz conform gewesen den Aeüßerungen Bismarcks, daß England und Deutschland keine entgegenstehenden vitalen Interessen hätten. Unrichtig sei es, daß die Rede Richters auf den Gang der diplomatischen Verhandlungen hätte ungünstig wirken können; des Reichskanzlers Behauptung, daß Richter im Auslande mehr geschätzt werde, als in vielen Kreisen des Vaterlandes, sei zwar richtig, ein Scherz könne es nur sein, wenn er glauben machen wolle, daß Richter als Chef der Oppositionspartei in England als künftiger Ministerpräsident angesehen werde. Fürst Bismarck erwiderte:

Der Herr Vorredner hat meine Ausführungen ein klein wenig verschoben – im letzten Theil seiner Rede; auf den Haupttheil derselben habe ich nichts zu erwidern, nur in Bezug auf den Schluß. Die Verschiebung charakterisirt sich am besten durch die Behauptung des Herrn Vorredners: Es sei doch nicht zu verwundern, wenn der Herr Abg. Richter neulich, nachdem er den Accent darauf gelegt, daß England mit uns durch die germanische Abstammung stammverwandt sei, gemeinsame Kämpfe mit uns bestanden habe, hinzugefügt hätte, daß auch die Dynastien verwandt wären..... Die Argumentation des Herrn Abg. Richter war, wie der Text zeigt, genau die umgekehrte; er hat die dynastische Frage voran und die anderen in zweite Linie gestellt. (Rufe links: Nein!)

Ja, meine Herren, ich berufe mich auf den Text. Nach Herrn Virchow hätte der Herr Abg. Richter neulich gesagt, daß wir nicht durch die germanische Abstammung und die gemeinsame Geschichte verwandt wären, sondern auch noch durch die Dynastien, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt wären;- er hat die Dynastie in den Vordergrund gestellt. Es käme ja an und für sich auf diese Wortstellung gar nicht an; ich mach auf dieselbe aufmerksam, weil sich darin die ganze Verschiebung charakterisirt, die der letzte Herr Redner mit meinen Argumenten vorgenommen hat.

Der Herr Vorredner hat so gesprochen, als ob die Anführung des Herrn Richter eine ganz nebensächliche gewesen wäre, die ich Unrecht thäte so aufzunehmen, und er hat außerdem gesagt, man wäre an dergleichen gewöhnt. Nun, meine Herren, das kann ich doch nicht zugeben. Wo ist denn bei uns die Gewohnheit, namentlich auf Seite der Fraction, der der Herr Abg. Richter angehört, auf die Verwandtschaften

der Dynastien bei politischen Erwägungen und internationalen Fragen ein besonderes Gewicht zu legen? Meine Erinnerung reicht ziemlich lange zurück, aber der Fall ist mir noch nicht vorgekommen. (Sehr wahr! rechts.)

Es ist ja eine Aeußerung aus dem Munde des Einen etwas Anderes als in dem Mundes des Anderen. Wenn ein enthusiastischer Royalist dergleichen Aeußerungen thut, nun, so liegt das in der Consequenz seiner Gesinnung; wenn aber der Herr Abg. Richter die Dynastie ins Gefecht zieht, so habe ich nicht von Hause aus die Ueberzeugung, daß er das gerade im Interesse der Dynastie thut. (Oho! und Unruhe links. – Sehr wahr! rechts.)

Ich behaupte damit noch nicht, daß er bewußter Weise die Dynastie schädigen will; aber ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Richter für die Dynastie dieselbe Feinfühligkeit hat wie ein Royalist von meinem Schlage zum Beispiel. (Unruhe links.) Es ist vielleicht der Schaden, den er der Dynastie anthut, wenn er sie in einem gewissen Gegensatz mit nationalen Interessen bringt, dem inneren Auge des Herrn Abg. Richter nicht so klar wie dem meinigen. Er hat auch vielleicht nicht die Liebe zu dem dadurch geschädigten Princip, die mich feinfühlig macht. Ich habe nur behauptet, daß die Aeußerung des Herrn Richter, das Hineinziehen der dynastischen Frage in internationale, den Dynastien nicht nützlich sei, und ich richte die Frage an Jeden, der ehrlich und ruhig mir antworten will: Ist es für die Dynastie ein Vortheil, wenn man bei internationalen Fragen darauf hinweist, daß verwandtschaftliche Rücksichten doch eine gewisse gegenseitige Nachsicht, das heißt ein minder scharfes Wahrnehmen der eigenen nationalen Interessen, empfehlenswert machen könnten. Erweist man damit der Dynastie einen Dienst? Ich habe auf historische Fälle verwiesen, wo Dynastien dadurch geschädigt worden sind. Ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Richter mit mir an demselben dynastischen Strang zieht; ich glaube nicht, daß wenn er von Dynastie spricht, er dasselbe Gefühl tiefer innerer Anhänglichkeit und Ehrerbietigkeit damit verbindet, wie ich es thue. (Oho! und Unruhe links. – Bravo! rechts.)

Ich glaube das nicht, meine Herren, und Sie werden mich davon schwer überzeugen. Unsere ganze politische Vergangenheit spricht dagegen, und ich rufe die öffentliche Meinung gegen Ihre mißbilligenden Ausrufe zum Richter darüber an, ob sie in dem Herrn Abg. Richter jemals einen dynastischen preußischen Politiker sehen wird.

Dann hat der Herr Vorredner in seiner Aeußerung die politische Bedeutung, die der Herr Abg. Richter in England als Führer der Opposition hat, doch unter das wirklich vorhandene Niveau heruntergedrückt; er hat bei den Engländern ein Verständniß für unsere Verhältnisse vorausgesetzt, wie es nicht vorhanden ist.

Es ist mir erinnerlich, daß zur Zeit, wie die Samoadebatten hier waren – es ist schon ziemlich lange her -, der Botschafter einer westeuropäischen Macht hier anwesend war und den Herrn Abg. Richter gehört hat.

(Abg. Richter: Ich habe damals gar nicht gesprochen!)

- Nicht? Sollte es wirklich nicht der Fall sein?

(Zurufe links: Nein!)

- Nun, dann muß dieser Botschafter den Herrn Abgeordneten mit Jemand Anderem verwechselt haben.

(Heiterkeit links.)

Nun, ich erinnere mich der Samoadebatte nicht mehr so genau, wohl aber eine Conversation mit dem erwähnten Botschafter, welcher sagte -- (Zurufe links.)

- Nun bitte ich, mich nicht wieder zu unterbrechen; ich lasse mich ein Mal auf ein Zwiegespräch ein, aber nicht zwei Mal. – Der Herr Botschafter sagte mir – und das ist das einzige Factum, das ich verbürgen kann -, es sei ihm sehr unwahrscheinlich, daß der Herr Abg. Richter bei uns noch nie Minister gewesen sei; er könne sich die Rolle, die er spiele, nicht erklären, wenn er noch nie Minister gewesen sei und keine Aussicht habe, es zu werden. Ich sagte: Ueber das Letztere habe ich kein Urtheil, aber gewesen ist er es noch niemals. (Heiterkeit).

Und darin wird er mir Recht geben. Ob dieser Botschafter seine Verwunderung darüber, daß ein Abgeordneter, der diese Rolle bei uns im Parlament spiele, noch nie Minister gewesen sei, gerade aus einer Rede über die Samoafraage geschöpft hat oder nicht, weiß ich nicht, ich habe nur gesagt: In der Zeit der Samoadebatte war es, um zu zeigen, daß es nicht ein novissimum (Fußnote: Eine Begebenheit aus letzter Zeit) sei. Der Herr Abgeordnete ist ja seitdem gewachsen an Bedeutung und Ansehen in seiner Partei; er ist heut zu Tage in seiner Herrschaft über die Partei, (Lebhafter Widerspruch links.) über die sehr bedeutende Partei kaum mehr angefochten. – Meine Herren, Sie, (nach links) die Sie darüber murren, - ist Einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht, (große Heiterkeit auf beiden Seiten des Hauses.) der gegen ihn mit Widerspruch aufzukommen vermag? Hier vor dem Publicum haben Sie den Muth, dagegen zu murren; wenn Sie mit ihm allein sind, werden Sie es schwerlich thun. (Große Heiterkeit.)

Und daß ein Mann von der persönlichen Bedeutung Herrn Richters nicht einmal bei uns Minister werden sollte, - mein Gott, man braucht noch gar nicht Engländer zu sein, um zu glauben, daß er es einmal wird.

Aber ich habe nur das Wort genommen, um mein Bedauern darüber zu wiederholen, daß der Herr Abg. Richter die Bezugnahme auf die dynastische Verwandtschaft nicht gestrichen hat, - und mein Bedauern darüber, daß ich mit dieser meiner Auffassung im Irrthum gewesen sei.

Der Herr Abg. Virchow hat behauptet, daß die Rede, die Herr Richter gehalten hat, in Bezug auf die Verhandlungen, die in England schwebten, einen Einfluß gar nicht üben könnte, und er hat zur Unterstützung dessen angeführt, daß er keinem englischen Blatte Etwas über die Rede des Herrn Abg. Richter gelesen hätte. Ja, die Politik wird eben doch nicht ganz ausschließlich durch die Zeitungen gemacht. Ich habe es zu spüren geglaubt, daß in der Bereitwilligkeit, mit der uns von englischer Seite im ersten Augenblick entgegengekommen wurde, ein Rallentando (Fußnote: Eine Verlangsamung.) eingetreten ist; ob diese *propter hoc* oder *post hoc* gewesen ist, das muß ich unentschieden lassen. Ich schreibe das einiger Maßen dem Eindruck zu, daß man gefunden hat, in unseren Ansprüchen, die wir England gegenüber verfechten, stände doch nicht die ganze Nation hinter uns. Wenn der Führer einer so bedeutenden Opposition in einer Zeit, wo die Regierung in der Minorität ist, im Reichstag seinerseits auf diese Weise für die englische Auffassung der Sache, für deren Berücksichtigung eintritt, so hat man in England natürlich den Eindruck: Die Nation in ihrer Gesamtheit steht nicht hinter den verbündeten Regierungen und ihrer Politik. Es schlägt das in das Fach hinein, das ich schon öfter besprochen habe: **Eine coloniale Politik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist von dem – ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen, entschlossen, festen, starken Nationalgefühl, das einen Ausdruck nicht nur im Volke und in der Presse, sondern auch im Reichstage, und zwar in der Mehrheit des Reichstags und auch durch die Führer derselben findet.** Zu den Führern dieser Mehrheit gehört auch der Herr Abg. Richter; und daß er diese nationalen Aspirationen nicht theilt, eben wenig theilt, wie der Führer der anderen Hälfte der Majorität, des Centrums, - ja, meine Herren, das liest man aus Ihren Reden hinlänglich heraus. Daß das unsere Stellung bei den Verhandlungen mit dem Auslande wesentlich abschwächt, das muß doch jedes Kind einsehen, und ich weiß nicht, wie wir hier darüber streiten können. Eine Regierung, die ihre ganze Nation hinter sich hat, die tritt mit einem ganz anderen Gewicht dem Ausland gegenüber als eine Regierung, der die größere Hälfte der Vertreter der Nation in ihrem Parlamente Opposition macht. Ich muß mich an die Wortführer der Opposition halten, und einer derer ist der Herr Abg. Richter, der seine Opposition ausdrücklich mit der Rücksicht auf die Schonung, die wir England aus dynastischen und anderen Interessen schuldig wären, begründet hat.

Der Herr Abg. Virchow hat mir vorgeworfen – dem Reichskanzler, wie er sich ausdrückte -, daß ich gerade die Plätze ausgesucht hätte, die Keiner hätte haben wollen.... Es fehlt nicht viel, so würde er in dem Sinne, den ich ja an seinen Geschäftsfreunden gewohnt bin, mich als die Wurzel alles Uebels zu betrachten, mir auch noch die Malaria aufgebürdet und behauptet haben, (Heiterkeit.) Daß ich die expreß erfunden habe, um das deutsche Volk mit irgend einem reactionären Plane zu schädigen. Ich muß die ganze Kette seiner Argumente zurückweisen, die davon ausgeht, daß ich die Plätze ausgesucht hätte. Das ist nicht wahr; der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht und hat von mir Schutz gefordert, und zwar im Appell an die Würde des Reiches und an das Ansehen unserer Flagge im Auslande.

Wenn der deutsche Handel sich diese ungesunden Plätze ausgesucht und dort seine Factoreien hat, so muß er doch glauben, daß er dort leben könne, so muß auch das Klima für weiße Leute möglich sein. Aber kurz und gut, ich kann darüber nicht rechten. **Der Herr Abg. Virchow ist ja in Bezug auf klimatische und anthropologische Fragen sachverständiger als ich. Aber wenn ein deutscher Unternehmer das Deutsche Reich um Protection anruft – soll ich dann erst das Gesuch zur Begutachtung an das medicinische Amt, (Heiterkeit.) dessen Mitglied der Herr Abg. Virchow ist, richten und ihn fragen: Können Sie mir auch ein Sanitätsattest für das Klima abgeben? Das würde das Geschäft doch sehr verweiltäufigen.** Außerdem glaube ich auch nicht, daß der Abg. Virchow in dieser Beziehung eigene Erfahrungen hat sammeln können; er wird sie auch Büchern und Schriften und Beobachtungen Anderer genommen haben, die uns Allen zugänglich sind. **Ich habe einen großen Glauben an seine wissenschaftliche Autorität in allen Dingen, die er selbst gesehen und erkannt hat, und deshalb gerade nicht an seine Ueberzeugung auf politischem Gebiet; aber in Bezug auf anthropologische ganz sicher, so weit seine eigene Forschung reicht; hier aber in bezug auf Neuguinea und Anderes ist er ebenso gut wie wir auf die Erzählungen Anderer angewiesen. Ich habe weder Neuguinea noch Altguinea ausgesucht, sondern der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht, und ich habe mir die Frage vorlegen müssen: Wollen wir ihn dort schützen in seinen Unternehmungen oder nicht? – und ich habe sie mit Ihnen zusammen in der Hauptsache bejaht. Wenn ich darin Ihre Unterstützung finde, so werden wir ihn schützen; wenn ich die Unterstützung nicht finde, so werden wir ihn nicht schützen. Der deutsche Handel hat sich dafür beim Deutschen Reichstag zu bedanken; aber die verbündeten Regierungen sind daran unschuldig.**

Dann hat der Herr Abgeordnete, glaube ich, den Begriff „Colonie“ doch zu doctrinär aufgefaßt; er hat uns über die Etymologie des Wortes zwar aufgeklärt, aber ich glaube, daß der Begriff dessen, was man modern unter Colonie versteht, dabei etwas zu kurz gekommen ist. Er leitet es von *colere* und *colonus* ab und bringt die Colonien alle in Verbindung mit Ackerbau. Ich sehe darin einen erfreulichen Beweis, daß tief im Herzen des Herrn Vorredners doch auch die Ueberzeugung schlummert, daß der Ackerbau von allen Gewerben das wichtigste ist. Das, was er Colonie nennt, ist also nicht nur in Neuguinea, sondern auch in Brandenburg, Pommern, Westfalen und Württemberg der Fall. Es ist der Ackerbau eben überall. Es ist unwillkürlich das in

seiner Partei sonst nicht gern zugegebene Axiom über seine Lippen gekommen, daß der Ackerbau, mit anderen Worten die Landwirtschaft, das Hauptgewerbe des Menschen ist, und daß die ganze menschliche Existenz auf ihm basirt und roullirt. Deshalb braucht aber noch nicht alles Das, was wir nach dem heutigen modernen Begriff, der sich von dem etymologischen doch ziemlich losgesagt hat, unter Colonie verstehen, eine Ackerbaucolonie zu sein; es können Plantagencolonien mit fremden Arbeitern sein. Wenn der Herr Vorredner darin eine abschreckende Erfahrung gesehen hat, daß in Westindien die weiße Bevölkerung sich nach der Aufhebung der Slaverei nur noch auf fünf Procent belief, so wäre ich sehr dankbar gewesen, wenn er diese Mittheilung durch eine Angabe darüber vervollständigt hätte, auf wieviel Procent sie sich denn früher belaufen hat. Sehr viel über fünf Procent kann die weiße Bevölkerung in jenen Gegenden niemals betragen haben. Es ist das eben eine Plantagencolonie gewesen, und das können einige der unsrigen auch werden; die basiren auf Arbeitskräften, die an das Klima gewöhnt sind. Ich will mich nicht darauf einlassen, ob der Deutsche sich allmählich acclimatisirt, wie der Herr Vorredner uns das in drei oder vier Generationen vielleicht versprochen hat;

(Fußnote: Abg. Virchow: „Ich will gar nicht der Frage entgegenreten, ob nicht unsere Nachkommen im Laufe von vielen Jahrtausenden sich allmählich dort acclimatisiren könnten; aber das glaube ich ohne Uebertreibung dem Herrn Reichskanzler sagen zu dürfen: Er wird es nicht erleben noch einer der hier Sitzenden, daß eine solche Acclimatisation in irgend einem der westafrikanischen Plätze oder in Neuguinea stattfindet“)

ich will auch nicht empfehlen, mit Rücksicht auf die Acclimatisation vielleicht den Anwohner unserer nördlichen Provinzen, den Pommer und Uckermärker, zu Hause zu lassen und den südlicheren Sachsen und Schwaben vielleicht als schon etwas acclimatisirter dahin zu schicken, wie die Engländer das ja machen, indem sie ihre Truppe zuerst nach Malta und Gibraltar schicken, ehe sie sie in tropischen Gegenden verwenden. Ich glaube, wir bedürfen dieser Acclimatisirung gar nicht; die hanseatischen Kaufleute, die uns da vorausgegangen sind, leben doch in jenen Gegenden und treiben das Geschäft, das für den Deutschen dort zu treiben ein Bedürfniß ist; sie betreiben es, ohne wie die Fliegen dahinzusterben. Es ist in Afrika überhaupt von einem Ackerbau, von colere in diesem Sinne gar nicht die Rede; da ist nur von Handeltreibenden einstweilen die Rede. Ob das in Ostafrika anders sein wird, das wollen wir abwarten.

Der Herr Vorredner meint, wir hätten das *imperial charter* etwas zu früh lancirt;

(Fußnote „imperial charter“: Den Kaiserlichen Schutzbrief für die Gesellschaft für deutsche Colonisation vom 27. Februar 1885;

Fußnote: Abg. Virchow: „Ich meine, das imperial charter, welches neulich der afrikanischen Gesellschaft ertheilt worden ist, ist etwas sehr frühzeitig ertheilt worden; es wäre wünschenswerther gewesen, ihr erst Gelegenheit zu geben, zu zeigen, wie viel Mann nach Jahr und Tag noch übrig sein werden, und dann erst einmal fragen, ob es sich verlohnt, dafür noch Kaiserliche Charterbriefe auszugeben.“)

ich glaube aber, wenn wir damit lange gewartet hätten, dann würden wir überhaupt nicht in die Lage gekommen sein, uns die Frage vorzulegen, ob wir dort eine deutsche Colonie für möglich halten wollen. Längst würden Andere zugegriffen haben, wenn wir auch nur einige Monate gewartet hätten.

Das ist diese beschauliche und behagliche Art des Abwartens, ob die Tauben nicht noch etwas besser angebraten werden können, ehe man den Mund öffnet, um sie entgegenfliegen zu machen.

Aber die Regierung hat geglaubt, sich auf dies abwartende Stellung, die ja sehr viel bequemer und sehr viel weniger verantwortlich ist – für träge Minister wäre sie ja außerordentlich angenehm - , nicht zurückziehen zu dürfen; sondern sie hat den Augenblick wahrgenommen, um dort ein Thor für deutsche Arbeit, deutsche Civilisation und deutsche Capitalanlage offen zu halten. Wenn Das, was hinter diesem Thore liegt, sich nicht so bewährt, so ist das Aufgeben dessen ja immerhin möglich. Sie haben für Versuchsstationen – ich weiß nicht was, für Aquarien und dergleichen im Ausland – in unserem Budget doch ganz erhebliche Summen, die mit dem, was für Kamerun bewilligt ist, vollkommen in die Schranken treten können: Warum wollen Sie uns nicht ein Mal erlauben, eine Versuchsstation zu öffnen das erste Mal in diesem Leben für deutsche überseeische Unternehmungen, namentlich für diese, die die Mißgunst des Herrn Vorredners auf sich gezogen haben scheint, einstweilen gar Nichts gefordert wird?

Wir sind Alle darüber einig: Sie werden die afrikanische Linie einstweilen nicht bewilligen, was ich sehr bedauere; wir werden, wenn Sie sie ablehnen, Ihnen aber sehr gern wieder Gelegenheit geben. Wir halten sie für nothwendig und nützlich, und vielleicht würde gerade eine solche Linie das Samenkorn dorthin tragen, das die Anlage dort fruchtbar machen kann.

Ueber die Gegenden westlich von dem Reiche Zanzibar, über die dieses imperial charter ausgestellt ist, habe ich noch in keiner Beschreibung von den Leuten, die da gewesen sind, etwas Nachtheiliges erfahren; im Gegentheil, die gelten nach dem Zeugniß der Engländer, Amerikaner, Belgier, Deutschen, die ich darüber gesprochen habe, für den besten Theil von dem ganzen Inneren von Afrika: die Gegenden zwischen der Westgrenze des Sultanats von Zanzibar und den großen Seen, die in der afrikanischen Nilquellengegend sich befinden. Der Herr Vorredner hat dieselben in seiner Aufzählung der ungesunden Gegenden nicht erwähnt; ich glaube, er hat sie vermieden, weil er seinerseits noch nichts Uebles von dieser Gegend gehört hat. Ich habe sehr viel Gutes darüber vernommen, und aus dieser Rücksicht empfiehlt es sich doch, die Frage nicht über's Knie zu brechen. Es handelt sich um einen Landstrich, der, glaube ich, fast so groß ist wie das Königreich Preußen, als ich geboren wurde, und der alle Klimate, alle möglichen Arten von Vegetationen enthält, von der

tropischen bis zur europäischen, und der von einem vergleichsweise gesitteten und bildsamen Menschengeschlecht bewohnt wird; alle Vorbedingungen für eine Anknüpfung colonialer Beziehungen, die man sich in der Theorie denken kann, treffen dort zu. Ob sich das praktisch bewährt und verwirklicht, meine Herren, dafür kann ich nicht verantwortlich sein, dafür sind verantwortlich die Leute, die da waren, und die Leute, die hingehen.

Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob man den unwissenden Deutschen verleite und an das Messer des Klimas liefern würde.

(Fußnote: Abg. Virchow: „Ich deducire daraus für die Vorlage, daß wir in der That ein hohes Maß von Verantwortlichkeit auf uns laden würden, wenn wir durch Einrichtungen, welche irgendwie dahin führen könnten, den Strom der Auswanderung oder auch nur der Speculation in einem hervorragenden Maße nach diesen Landstrichen zu lenken, unsere Landsleute nicht bloß in die größte Gefahr, sondern wahrscheinlich auch direct in den Tod führen würden.“)

Jeder ist seines Glückes Schmied, und wer dahin geht, hat eben einen Ueberschuß von Unternehmungsgeist und verwerthet denselben auf einem Gebiet, in einer Richtung, die bisher nur für unsere Jugend in Lesebüchern eine erhebliche Anziehungskraft hatte, ohne daß wir sehr viel erwachsene Mitbürger besäßen, die darüber mitzureden wüßten. Also lassen Sie sie doch! Wenn die deutsche Nation einen Ueberschuß von Kraftgefühl, Unternehmungsgeist und Entdeckungsgeist in sich verspürt, so öffnen Sie ihr doch wenigstens ein Thor, durch welches sie das verwirklichen kann, und nöthigen Sie uns nicht, wie damals bei den Samoaverhandlungen, auf die ich schon vorhin anspielte, auch diese Vorlage wieder zu den Akten zu schreiben und zu sagen: Ja, die Regierung würde sehr gern den Erwägungen und der Initiative des Handels folgen mit ihrem Schutz, aber ohne den Reichstag kann sie es nicht, und der Reichstag hat keine Neigung dazu. Bewahren Sie uns vor der Nothwendigkeit, meine Herren die Schuld, daß auch hier den Deutschen nicht einmal freie Fahrt geöffnet wird, auf den Reichstag zu schieben! (Lebhafter Beifall rechts.)

[Es folgt ein Schlagabtausch wer, was, wie gesagt habe, inhaltlich aber nebensächlich]

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.118-143

23. März. 1885 Postdampfer

Reichstag: Nimmt die Postdampfer-Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit großer Mehrheit endgültig an.

Ein Antrag auf Wiederherstellung der afrikanischen Linie wird nicht gestellt. Der Antrag Richter, die australische Linie zu streichen, wird mit 166 gegen 152 Stimmen, der Eventualantrag desselben Abgeordneten, diese Linie auf das Festland zu beschränken, mit 163 gegen 155 Stimmen abgelehnt. In der Schlußabstimmung stimmen gegen das Gesetz: Polen, Volkspartei, die Mehrheit der Deutschfreisinnigen und der Sozialdemokraten und einzelne Mitglieder des Zentrums.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886, S.64

02. Juli. 1885 Postdampfer

Bundesrat: genehmigt den mit dem Norddeutschen Lloyd in Bremen über die einzurichtenden Postdampferlinien abgeschlossenen Vertrag.

Die wesentlichen Bestimmungen sind die folgenden:

Der Lloyd verpflichtet sich auf 15 hintereinander folgende Jahre zur Einrichtung und Unterhaltung folgender Postdampfschiffslinien:

A. Für den Verkehr mit Ostasien:

1. Eine Linie Bremerhaven nach China, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Port Said, Suez, Aden, Colombo, Singapur, Hongkong und Shanghai;

2. eine Anschlußlinie von Hongkong über Jokohama, Hiogo, einen Hafen auf Korea, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Nagasaki zurück nach Hongkong.

B. Für den Verkehr mit Australien:

1. Eine Linie von Bremerhaven nach dem Festlande von Australien, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Port Said, Suez, Aden, Tschagos-Inseln, Adelaide, Melbourne bis Sydney

C. eine Zweiglinie von Triest über Brindisi nach Alexandria. Die Weiterführung der Linie B. 1 von Sydney bis Brisbane bleibt dem Norddeutschen Lloyd überlassen.

Auf den Dampferlinien nach Ostasien und Australien sind jährlich je 13 Fahrten in jeder Richtung in Zeitabständen von je 4 Wochen, auf der Mittelmeerlinie jährlich 26 Fahrten in jeder Richtung zum Anschluß an die Linien nach und von Ostasien und Australien auszuführen. Die Fahrten sind auf der ostasiatischen Hauptlinie mit einer Geschwindigkeit von mindestens 11 ½ Knoten, auf der Mittelmeerlinie von mindestens 12 Knoten auszuführen. Der Bremer Lloyd muß für die ostasiatische und australische Hauptlinie je fünf Dampfer, für die Zweiglinie je einen Dampfer und außerdem für die zweite Linie einen Reservedampfer, bzw. einen zweiten Reservedampfer, für die Mittelmeerlinie zwei Dampfer auf eigene Kosten unterhalten; davon sind mindestens sechs neu zu erbauen und innerhalb 18 Monaten nach Vollziehung des Vertrages einzustellen. Die neu einzustellenden Dampfer müssen auf deutschen Werften und thunlichst unter Verwendung deutschen Materials, gebaut und die Baupläne vom Reichskanzler genehmigt werden. Der Kohlenbedarf ist, soweit wie thunlich, durch deutsche Erzeugnisse zu decken. Bei Mobilmachung der Marine kann der Reichskanzler die Dampfer für den vollen Wert ankaufen oder für Vergütung selbst in Anspruch nehmen. Verkauf oder Vermietung der Dampfer an eine fremde Macht bedarf der Genehmigung des Reichskanzlers. Die regelmäßigen Fahrten müssen spätestens innerhalb 12 Monaten nach Vollziehung des Vertrages beginnen, andernfalls zahlt der Unternehmer für jeden Tag der Verspätung 400 M Strafe; der Unternehmer empfängt aus der Reichskasse eine Vergütung von jährlich 4.400.00 M. Ohne schriftliche Genehmigung des Reichskanzlers darf das **[S.116]** Unternehmen weder anderen überlassen, noch in Afterpacht gegeben werden, und über etwaige Verlängerung des Vertrags über 15 Jahre hinaus muß eine besondere Verständigung stattfinden. Erachtet der Reichskanzler eine Änderung in der Fahrgeschwindigkeit oder in der Dampferzahl für angemessen, so muß der Unternehmer die entsprechende Einrichtung gegen angemessene Vergütung treffen.....

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886, S.115f

Rede Bismarcks im Deutschen Reichstag , Dienstag, 11. Januar 1887 zur Rüstungspolitik

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, - Nr. 17 – Mittwoch, den 12. Januar 1887 – Morgen – S.4

Rede des Reichskanzler Fürst v. Bismarck zur Friedens-Präsenzstärke des Heeres

Reichtags-Verhandlungen

18. Sitzung vom 11. Januar, 12 Uhr.

Das Haus tritt sofort in die Militairvorlage ein.

Die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage lauten: „§1. In Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 3. März 1894 auf 468.409 Mann festgestellt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedens-Präsenzstärke nicht in Anrechnung.“ [.....]

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Die verbündeten Regierungen haben durch ihre Vorlage der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches so, wie sie augenblicklich beschaffen ist, dem deutschen Volke nicht diejenige Bürgschaft für die Vertheidigung des Reichsgebietes gewährt, auf welche die Nation ein unverjährbares Recht hat. Die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen ist begründet durch das Urtheil, durch das einstimmige Urtheil aller militairischen Autoritäten, deren Kompetenz in ganz Europa sonst anerkannt wird mit der alleinigen Ausnahme des Deutschen Reichstags (Bewegung. Oho! links), wo dem militairischen Urtheil dieser Autoritäten, die, ich wiederhole es, sich der Anerkennung Europas erfreuen, dasjenige der Herren Richter, Windthorst, Grillenberger entgegengetreten ist. (Zuruf: Ah!) – Meine Herren, ist das ein Irrthum, so müßten die Druckberichte, die ich zu Hause gelesen habe über Ihre Verhandlungen, doch unrichtig sein. Ich habe sie hier; aber ich will Ihre Zeit nicht weiter aufhalten durch Bezugnahme darauf.

Es handelt sich hier vorwiegend um die militairische Vorlage. Ich kann nun in der That nicht glauben, daß die Herren, die ich eben nannte, so weit gehen sollten, ihr eigenes Urtheil in militairischen Fragen über das des Feldmarschalls Grafen Moltke, den wir hier sehen, über das eines kriegserfahrenen Kaisers, über das sämtlicher deutscher Generalstäbe und Kriegsministerien zu stellen. Es ist doch kaum möglich, daß ein noch so einsichtiger und an seine Einsicht glaubender Zivilist der Meinung sein könnte. Ich bin also genöthigt, anzunehmen, daß die Herren in ihrer Opposition gegen die Vorlage noch andere Gründe haben, als die Zweifel an der Autorität des militairischen Urtheils derjenigen Stellen, die ich namhaft gemacht habe. (Murren.) – Aus dem leisen Murren im Hintergrunde ziehe ich den Schluß, daß Sie bei dieser meiner Andeutung etwas ganz anderes vermuthen, als ich zu sagen beabsichtige. Ob das ein Zeichen ist, daß irgend Jemand sich getroffen fühlt von der anderweitigen Vermuthung, lasse ich hier unentschieden, das ist mir auch gleichgültig. Ich fürchte aber, Sie setzen bei den Regierungen andere Motive für den Antrag voraus, als wie das ausschließliche Bedürfnis unserer defensiven Wehrkraft. Es sind ja in der Presse Aeußerungen gefallen, als ob diese ganze Militairvorlage keinen Zweck weiter hätte, als unter falschen Vorwänden Steuern, Geld zu erheben. Das war der Fall in denselben entlegenen Theilen der Preßpolitik, wo die abenteuerlichsten Gerüchte, wenn sie über Nacht ausgeschrieen werden, sofort Glauben finden. Es ist das ein absurder Gedanke, daß wir mit einer Forderung von 20 bis 30 Millionen eine Grundlage für neue exorbitante Steuervorschläge gewinnen wollten, daß ich mich weiter gar nicht damit aufhalte. Was den moralischen Werth einer solchen Insinuation betrifft und ihre Bedeutung, so will ich doch nur darauf aufmerksam machen, daß sie ungefähr in gleicher Linie stehen würde mit der andern, wenn wir sagen würden, der Widerstand gegen unsere Vorlage sei eingegeben von dem Wunsche, daß Deutschland in dem nächsten Kriege nicht glücklich sein möge (Murren.) Das steht ungefähr auf der selben moralischen Höhe wie ihre Verdächtigungen (Murren.) – nicht Ihre, sondern die Preßverdächtigungen gegen die Intentionen der Regierung. Jene andere Verdächtigung hat doch noch mehr Haltbarkeit, da sich nicht leugnen läßt, daß es viele Einwohner Deutschlands giebt, die das Deutsche Reich und seine Fortexistenz negieren. Ich komme vielleicht auf diese Frage nachher noch weiter zurück.

Ein glaublicheres Motiv, das die Regierungen und namentlich die Vertreter des Kaisers ihre Pläne nicht eingestehen, könnte in der Richtung gesucht werden, daß eine Verstärkung des deutschen Heeres etwa gewollt werde aus denselben Gründen, aus denen mancher eroberungs- oder kriegslustige Monarch eine starke Armee erstrebt hat, nämlich in der Absicht, demnächst einen Krieg zu führen, sei es um bestimmte Zwecke durchzusetzen, sei es um irgend etwas zu erobern, sei es des Prestiges und des Bedürfnisses wegen, sich in die Angelegenheiten anderer Mächte vorwiegend einzumischen, also z.B. die orientalische Frage von hier aus zu regulieren. Ich glaube aber, auch dies wird als vollständig unbegründet gefunden werden von dem, der darüber nachdenkt, wie friedliebend die Politik Sr. Majestät des Kaisers bisher seit 16 Jahren gewesen ist. Es ist ja wahr, der Kaiser hat sich genöthigt gesehen, zwei große Kriege zu führen; aber diese beiden Kriege waren ein uns überkommenes zwingendes historisches Ergebnis früherer Jahrhunderte. Sie werden die Thatsache nicht

bestreiten, daß der gordische Knoten, unter dessen Verschuß die nationalen Recht der Deutschen lagen, das Recht, als große Nation zu leben und zu athmen, nur durch das Schwert gelöst werden konnte (Zustimmung) – leider, und daß auch der französische Krieg nur eine Vervollständigung der kriegerischen Kämpfe bildete, durch welche die Herstellung der deutschen Einheit, das nationale Leben der Deutschen, geschaffen und sichergestellt werden mußte. Also man kann daraus nicht auf kriegerische Gelüste schließen. Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den, was der alte Fürst Metternich nannte: saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, wir gehören zu den, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten, und außerdem, wenn das der Fall wäre, so blicken Sie doch auf die friedliebende Thätigkeit – und ich sage das ebenso gut nach dem Auslande wie hier zu dem Reichstage – der kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren.

Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfniß, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidiren. Diese Aufgabe war keine leichte. Im Reichstage selbst ist uns damals vorgehalten worden – als ein Vorwurf über die Ergebnisse unserer Politik, weil wir den Muth gehabt haben, für Deutschlands Einigkeit zu kämpfen – daß wir eine Situation geschaffen hätten, in der der nächste Krieg wahrscheinlich sehr nahe bevorstehend sein würde. Man sprach damals von 4, 5, vielleicht 3 Jahren, die es dauern würde bis zum nächsten Kriege. Meine Herren, es ist gelungen, wenn auch nicht ohne starke Gegenströmungen zu überwinden, den Frieden seit 16 Jahren zu erhalten. Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Oesterreich. Die Absicht und das Bedürfniß, dahin zu gelangen, beherrschten bereits die Friedensverhandlungen in Nikolsburg im Jahre 1866, und es hat uns seitdem nie das Bestreben verlassen, die Anlehnung an Oesterreich wieder zu gewinnen, die wir vor 1866 nur scheinbar und buchstäblich hatten, die wir jetzt in der Wirklichkeit vollständig besitzen. (Bravo! rechts).

Wir stehen mit Oesterreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im heiligen römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist (Bravo! rechts), nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben.

Es war die Aussöhnung mit Oesterreich aber nicht allein das Ziel, welches unsere Friedenspolitik erstrebt hat. Wir haben uns erinnert, daß die Freundschaft der drei großen östlichen Mächte in Europa, wenn sie auch manche verdrießliche Folgen für die öffentliche Meinung und andere Staaten gehabt haben mag, doch Europa 30 Jahre lang den Frieden bewahrt hat, den Frieden in einer Epoche, in der die Quellen entstanden sind, die den Wohlstand, den wirtschaftlichen Aufschwung, die gesamte wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Entwicklung Europas befruchtet und befördert haben. Die Quellen davon liegen in dem Zeitraum, in welchem die übelberufene heilige Alliance uns den Frieden erhalten hat. Es wird das Jedermann unwiderleglich einleuchten, der einen Vergleich zieht zwischen unserer heutigen wirtschaftlichen Situation von 1886 und zwischen dem Maße von Wohlhabenheit und zivilisatorischer Entwicklung, das in ganz Europa, namentlich aber in Deutschland im Jahre 1816 herrschte. Der Unterschied ist ein so ungeheurer, wie er kaum je in früheren Jahrhunderten in einer gleichen Epoche stattgefunden hat. Der Fortschritt zum Günstigen, zur Wohlhabenheit der Gesamtheit ist ein gewaltiger gewesen.

Nun, ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird, wiederum eine Friedensepoche von derselben Länge, d.h. von mehr als 30 Jahren, herzustellen. Unsere Bemühungen dazu sind aufrichtig; vor Allem aber brauchen wir dazu ein starkes Heer, das stark genug ist, um unsere eigene Unabhängigkeit ohne jeden Bundesgenossen sicher zu stellen. (Sehr richtig!) **In Anbetracht dieser Wirkung der früheren Freundschaft der drei großen östlichen Höfe haben wir nicht bloß die Aussöhnung mit unserem früheren Gegner, sondern auch die Neubegründung der Freundschaft zwischen den jetzigen Dreikaisermächten als unsere Aufgabe betrachtet. Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei nicht schwierig. Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. (Hört! hört!) Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff, noch eine feindliche Politik. – Wenn ich das so unbefangen ausspreche, so kann ich der Vorlage dadurch möglicherweise die Stimmen der polnischen Abgeordneten entfremden, die sonst ja doch ganz gewiß für die mögliche Stärkung der deutschen Macht gegen russische Angriffe stimmen würden, da sie bei einem russischen Siege nichts zu erwarten haben. Aber ich muß doch der Wahrheit die Ehre geben und sagen: Alle die Motive für die Vorlage, die man aus unseren Beziehungen zu Rußland entnommen hat, sind nach meiner politischen Auffassung hinfällig. Wir leben mit Rußland in derselben freundschaftlichen Beziehung wie unter dem hochseligen Kaiser, und diese Beziehung wird unsererseits auf keinen Fall gestört werden. Was hätten wir denn für ein Interesse, Händel mit Rußland zu suchen? Ich fordere Jeden heraus, mir eins nachzuweisen. Die bloße Rauflust kann uns doch unmöglich dazu bringen, mit einem Nachbar, der uns nicht angreift, Händel zu suchen. Solchem barbarischen Instinkte sind die deutschen Regierungen und die deutschen politischen Auffassungen unzugänglich. Also unsererseits wird der Friede mit Rußland nicht gestört werden, und daß man uns von russischer Seite**

angreifen werde, glaube ich nicht. Ich glaube auch nicht, daß man von russischer Seite nach Bündnissen sucht, um in Verbindung mit anderen uns anzugreifen, oder daß man von Schwierigkeiten, die wir auf anderer Seite haben könnten, den Gebrauch machen würde, uns mit Leichtigkeit anzugreifen. Der Kaiser Alexander III. von Rußland hat jederzeit Muth seiner Meinung gehabt, und wenn er mit Deutschland in unfreundliche Beziehungen zu treten beabsichtigte, so ist er der Erste, der dies sagen und zu erkennen geben würde. Das Vertrauen kann jeder zu ihm haben, der die Ehre gehabt hat, ihm irgendwie näher zu treten.

Alle Argumente also, die für unsere Vorlage daraus entnommen sind, daß wir eine Koalition von Frankreich und Rußland gegenüber zu treten haben würden, sie assumiere ich meinerseits nicht, und unsere Stärke ist darauf ja auch nicht zu berechnen. Wir könnten sie ebenso gut auf eine Koalition zu Dreien, wie sie im siebenjährigen Kriege gegen uns stattgefunden hat, berechnen wollen, denn die Möglichkeit ist ja nicht auszuschließen, daß wir, wie Friedrich der Große im siebenjährigen Kriege die Errungenschaften der beiden Schlesischen Kriege zu vertheidigen hatten, auch unsere Errungenschaften in einem noch größeren Kriege als in den vorhergehenden zu vertheidigen haben würden: - womit ich übrigens nicht auf das Septenat anspielen will. (Heiterkeit.) Ich meine nur die Analogie zwischen den beiden ersten Schlesischen Kriegen und dem großen Kampfe, in dem König Friedrich II. seine Errungenschaften gegen große Koalitionen zu vertheidigen hatte, ist historisch nicht ganz zu verwerfen; für den Augenblick aber liegt sie nicht vor – es müßten große Veränderungen in den Konstellationen eintreten, ehe dergleichen zu befürchten wäre. **Wir werden Händel mit Rußland nicht haben wenn wir nicht bis nach Bulgarien gehen, um sie dort aufzusuchen. (Heiterkeit.) Es ist merkwürdig, daß die Presse der selben Partei, die jetzt der Verstärkung unserer Armee widerspricht, vor wenigen Monaten alles getan hat, um uns in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. (Sehr richtig! rechts.)** Diese Ueberseinstimmung ist in der That eine auffällige. Ich habe vorher gesagt, daß ich auf die Frage, über die dort gemurrt worden ist, vielleicht zurückkommen würde; ich will es nur mit dieser Andeutung. Es ist das auffällig.

Damals bin ich ganz erstaunt gewesen, zu lesen, mit welchen leidenschaftlichen Argumenten seitens der oppositionellen Presse auf einen Bruch mit Rußland hingearbeitet wurde – ich habe ein ganzes Konvult von Zeitungsausschnitten aus der Zeit aus dem „Berliner Tageblatt“, aus der „Freisinnigen Zeitung“, aus der „Volkszeitung“, aus der „Germania“ vor allem; eines überbietet immer das andere an Beschimpfungen der Regierung, weil sie nicht für Bulgarien und seinen damaligen Fürsten Rußland gegenüber den Handschuh aufnehmen wollte. Das erste aus dem „Berliner Tageblatt“ fängt gleich damit an:

Wenn die Grundlagen des europäischen Friedens derartig erschüttert sind, daß derselbe nur durch ein Mittel erhalten werden kann, welches die Moral in den Völkern untergräbt, dann ist doch eine Frage berechtigt, ob nicht ein gesunder Krieg einem so krankhaften Frieden vorzuziehen ist.“ (Heiterkeit rechts.)

So waren die Herren damals gestimmt. Die „Germania“ predigt nicht so geradezu den Krieg, aber sie ist ihrer Natur nach viel schärfer und bitterer in den Beschimpfungen der Regierung über ihre Feigheit.

Nun, meine Herren, als ich das gelesen habe, ich muß sagen, hat es mir zunächst den Eindruck von Heiterkeit gemacht; ich habe diese ganze Preßhetzerei lächerlich gefunden, die Zumuthung, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um „hinten weit in der Türkei“, wie man früher zu sagen pflegte, die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können. Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverraths vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheit einzulassen (große Heiterkeit), und es hat mich damals auch wenig verdrossen; wir waren ja die Herren, zu thun und zu lassen was wir wollten. Es hat mich nur tief betrübt, einen solchen Aufwand von Pathos in der deutschen Presse zu finden, um uns wo möglich mit Rußland in Krieg zu verwickeln. Als ich diese Deklamationen zuerst las, - sie sind zum Theil weinerlich, zum Theil pathetisch, - so fiel mir unwillkürlich die Szene aus „Hamlet“ ein, wo der Schauspieler deklamiert, und Thränen vergießt über das Schicksal von Hekuba – wirkliche Thränen – und Hamlet sagt – ich weiß nicht, wendet er den Ausdruck an, der durch Herrn Virchow hier das parlamentarische Bürgerrecht gewonnen hat, den Ausdruck von „Schuft“ - : „Was bin ich für ein Schuft?“, oder benutzt er ein anderes Beiwort – kurz und gut, er sagt: „Was ist ihm Hekuba?“ – Das fiel mir damals sofort ein. Was sollen diese Deklamationen heißen? **Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert, und was aus Bulgarien überhaupt wird, - das wiederhole ich hier; ich wiederhole Alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und todtgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von Niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. (Bravo! rechts) Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben. (Heiterkeit rechts).**

Ich kann also wohl sagen, die Hoffnung, die ich an das Gelingen des Bestrebens knüpfte, die drei Kaisermächte wieder zu einigen, welche ich zuerst faßte, als es erreicht war, die Monarchen hier in Berlin im Jahre 1872 zusammenzubringen, die hat sich in soweit verwirklicht, daß wir weit entfernt sind von der

Wahrscheinlichkeit, mit Oesterreich oder mit Rußland in Händel zu kommen; es liegen gar keine direkten Motive vor, die unseren Frieden mit diesen Beiden gefährden könnten; aber der Schutz, den der Frieden durch diese Verbindung zu Dreien, ich möchte sagen, durch das triangulaire Karre, welches die drei Kaiserreiche unter sich formiren, wenn der Ausdruck nicht unsinnig wäre, gewinnt, ist eben stärker zu Dreien als zu Zweien – und die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unseren Frieden mit Oesterreich oder Rußland zu erhalten, sondern den Frieden zwischen Oesterreich und Rußland. Dort liegt die Sache anders- Es giebt wirklich rivalisierende und miteinander konkurrierende Interessen, die diesen Beiden, unseren Freunden, die Erhaltung des Friedens unter sich schwieriger machen, als es für uns mit jedem von ihnen ist. Es ist unsere Aufgabe, diese Schwierigkeit nach Möglichkeit zu ebnen, in beiden Kabinetten der Anwalt des Friedens zu sein gegenüber den Erregungen publizistischer oder parlamentarischer Natur. Ich brauche diese Erregungen nicht näher zu bezeichnen, - die Presse beider Länder und der Parlamentarismus des einen davon bilden die Gegenströmungen und Schwierigkeiten, mit denen wir bei unseren Bemühungen, sie zu überwinden, und den Advokaten des Friedens in beiden Kabinetten zu machen, rechnen müssen. Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Oesterreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet, und in Rußland für österreichisch gehalten werden. Das müssen wir uns gefallen lassen; wenn es uns gelingt, den eigenen Frieden und den Europas zu erhalten, so wollen wir uns das gern gefallen lassen.

Nicht minder aufrichtig und angestrengt sind unsere Bemühungen gewesen, nach dem französischen Kriege die Versöhnung mit Frankreich herbeizuführen; ob sie ganz so glücklich gewesen sind wie im Osten, das weiß ich nicht. Wenn wir mit den Verhältnissen im Osten allein zu rechnen hätten, so würden dieselben uns nicht zu einer Vorlage dieser Art bestimmt haben. **Bezüglich Frankreichs liegt es aber anders;** ich kann ja nur nach meinem politischen Urtheile sprechen, aber ich kann für mich geltend machen, daß ich seit – ich glaube – jetzt 36 Jahren in der großen europäischen Politik thätig bin, und daß ich mich bis auf manche Epochen und Vorgänge berufen kann, in denen mein politisches Urtheil das richtige gewesen ist, und namentlich richtiger als das der parlamentarischen Opposition, die ich mit gegenüber fand. (Sehr richtig! rechts)

Die Frage, wie wir mit Frankreich in der Zukunft stehen werden, ist für mich eine minder sichere. Ich habe nicht das Bedürfniß, alle europäischen Mächte durchzugehen; ich spreche von Italien und England gar nicht, weil gar kein Grund vorliegt, daß wir für beide Regierungen und sie für uns gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten. Unsere Beziehungen zu den beiden sind derart, daß ich sie hier nicht mit in Betracht ziehe bei der Vermehrung unserer Streitkräfte,- sie sind in jeder Hinsicht freundschaftlich. Zwischen uns und Frankreich ist das Friedenswerk deshalb schwer, weil da eben ein langwieriger historischer Prozeß in der Mitte zwischen beiden Ländern liegt; das ist die Ziehung der Grenze, die ja zweifelhaft und streitig geworden ist von dem Zeitpunkte an, wo Frankreich seine volle innere Einigkeit und königliche Macht, ein abgeschlossenes Königthum erreicht hat.

Das Infragestellen der deutschen Grenze hat angefangen, wenn wir es rein im historischen, pragmatischen Zusammenhang auffassen wollen, mit der Wegnahme der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun. Das ist eine vergessene Thatsache, und ich erwähne sie nur des historischen Zusammenhanges wegen. Wir beabsichtigen weder Toul noch Verdun wieder zu erobern, und Metz besitzen wir ja. Aber seitdem hat doch kaum eine Generation in Deutschland gelebt, die nicht genötigt gewesen ist, den Degen gegen Frankreich zu ziehen. Und ist diese Epoche des Grenzkampfes mit der französischen Nation nun heute definitiv abgeschlossen, oder ist sie es nicht? Das können Sie so wenig wissen wie ich. Ich kann nur meine Vermuthung dahin aussprechen, daß sie nicht abgeschlossen ist; es müßten sich der ganze französische Charakter und die ganzen Grenzverhältnisse ändern.

Wir haben unsererseits alles gethan, um die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen. Frankreich hat unsere Unterstützung und unser Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt, nur nicht in demjenigen, der sich auf eine mehr oder weniger lange Strecke von Rheingrenze richten konnte; weder im Elsaß noch weiter unten können wir das zugeben. Aber wir haben uns redlich bemüht, im Uebrigen Frankreich gefällig zu sein und dasselbe zufriedenzustellen, wie wir können. Wir haben unsererseits ja nicht nur keinen Grund, Frankreich anzugreifen, sondern auch ganz sicher nicht die Absicht. Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. (Bravo!)

Ich bin dagegen gewesen im Jahre 1867, die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. Luxemburg war gewiß des Krieges mit Frankreich nicht werth, und namentlich nicht unser zweifelhaftes Garnisonsrecht, nachdem der Bund erloschen war. Es konnte damals nur auf die Frage ankommen, ob wir den Krieg nicht späterhin doch führen müßten, und da sagte ich: das ist vielleicht möglich, ich kann das aber so genau nicht wissen, ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte. (Bravo!)

Mein Rath wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen, deshalb, weil er später vielleicht doch geführt werden muß. Er kann vielleicht nach Gottes Willen, wenn er später geführt wird, unter für uns günstigeren Verhältnissen geführt werden, wie das mit Frankreich der Fall gewesen ist. Wir haben 1870 mit günstigerem Erfolge geschlagen, als wir 1867 gekonnt hätten; aber es wäre doch ebenso gut möglich gewesen, wenn der Kaiser Napoleon früher gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre.

Also das führe ich nur an, **um meine Ueberzeugung zu begründen und auch anderen im Auslande glaublich zu machen, daß wir Frankreich niemals angreifen werden. Wenn die Franzosen, so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, dann wäre ja der Frieden für immer gesichert.** (Lebhafter Beifall.) Was sollten wir denn von Frankreich erstreben? Sollten wir noch mehr französisches Land annectieren? **Ich bin schon – ich muß das aufrichtig sagen - 1871 nicht mehr geneigt gewesen, Metz zu nehmen, ich bin damals für die Sprachgrenze gewesen. Ich habe mich aber bei den militairischen Autoritäten erkundigt, bevor ich mich endgültig entschloß. Es war, wenn Sie mir diese historische Episode verstatten wollen, Herr Thiers, der mir sagte: eins können wir nur geben, entweder Belfort oder Metz; wenn Sie beide haben wollen, dann wollen wir jetzt nicht Frieden schließen. Ich war damals sehr in Sorge vor der Einmischung der Neutralen und hatte mich schon seit Monaten gewundert, daß wir nicht einen Brief von ihnen bekamen.** Ich wünschte dringend, daß Thiers nicht genötigt werden sollte, nach Bordeaux zurückzugehen, um vielleicht den Frieden wieder rückgängig zu machen. Ich habe mich darauf mit unseren militairischen Autoritäten und namentlich mit meinem vor mir stehenden Freunde besprochen: Können wir darauf eingehen, eines von beiden zu missen? und habe darauf die Antwort erhalten: Belfort, ja! Metz ist 100 000 Mann werth; **die Frage ist die, ob wir 100 000 Mann schwächer sein wollen gegen die Franzosen, wenn der Krieg wieder ausbricht oder nicht. Darauf habe ich gesagt: Nehmen wir Metz! (Heiterkeit.) Sie stehen jetzt, meine Herren, vor derselben Frage, ob Sie, wenn der Krieg mit Frankreich vielleicht in sieben Jahren wieder ausbricht, 100 000 Mann schwächer sein wollen oder nicht. Mit anderen Worten: Es ist ganz von derselben schweren Bedeutung, für unsere zukünftige Sicherheit, ob Sie Metz aufgeben wollen, als ob Sie uns 100 000 Mann verweigern, die durch die jährliche Ausbildung von 16 000 Mann Soldaten geschaffen werden sollen, bis dahin, wo der Krieg möglicherweise ausbricht. Also wenn Sie vorziehen, daß wir den Franzosen sagen: Seid doch gut, wir geben Euch Metz, wenn Ihr ferner stille sitzen wollt, - so ist das ungefähr dasselbe, als wenn Sie uns jetzt die Verstärkung der Armee, die wir nach unserem militairischen Urtheil zu gebrauchen glauben, versagen. (Bewegung.) Also ich wiederhole: Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen. Es gibt viele Franzosen, die darauf warten, weil sie lieber einen Verteidigungskrieg als einen Angriffskrieg führen wollen, weil es viele giebt, bei denen der französische Angriff auf Deutschland nicht populair ist.**

Sie werden, wer von Ihnen die französische Geschichte kennt, mir Recht geben, daß die Entschließungen Frankreichs in schweren Momenten immer durch energische Minoritäten und nicht durch die Majoritäten und das ganze Volk bewirkt worden sind. **Diejenigen, die den Krieg mit uns wollen, die suchen einstweilen nur die Möglichkeit, ihn mit möglichster Kraft zu beginnen. Ihre Aufgabe ist, le feu sacre de la revanche zu unterhalten. Die Aufgabe, die Gambetta dahin definirte: Ne parlez jamais de la guerre, mais pensez-y toujours!** und das ist auch heute noch die Signatur der französischen Situation. Man spricht nicht davon, man spricht nur von der Befürchtung, von Deutschland angegriffen zu werden. Diese Befürchtung ist unwahr, und wer sie in Frankreich ausspricht, weiß, daß er die Unwahrheit sagt. Wir werden Frankreich nicht angreifen. Nichts desto weniger wird damit dem friedliebenden Franzosen Jacques Bonhomme, der lieber seinen Acker baut, als in den Krieg zieht, vorgeredet, daß der ruchlose Deutsche es ist, der ihm womöglich – ich weiß nicht was abnehmen wollte. Die Franzosen haben ja gar nichts, was für uns irgendwie begehrenswerth wäre. **Das fortwährende Unterhalten und Schüren dieses feu sacre ist mir im höchsten Grade bedenklich.** Ich habe das feste Vertrauen zu den friedlichen Gesinnungen der gegenwärtigen französischen Regierung. Die Herren Goblet und Flourens sind nicht die Leute, die den Krieg mit uns wünschen; sie haben die Absicht, ehrlich mit uns zu leben. Ebenso war es mit der früheren Regierung Freycinet oder Ferry. Alle diese Herren waren freundlich, so lange sie am Ruder waren, und wenn Sie nur deren Regiment auf längere Zeit verbürgen könnten, so würde ich sagen: Sparen wir unser Geld, aber sparen wir es nicht für den Fall, daß wir vielleicht feindliche Kontributionen zu zahlen haben. **Wie die Sachen liegen, kann mich diese Vertrauen auf die friedlichen Gesinnungen der französischen Regierung, auf die friedlichen Gesinnungen eines großen Theils der französischen Bevölkerung aber nicht bis zum Grade von Sicherheit einwiegen, daß ich sagen könnte: Wir haben einen französischen Krieg gar nicht mehr zu fürchten. Nach meiner Ueberzeugung haben wir ihn zu fürchten durch den Angriff Frankreichs, ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann, das hängt ganz ab von der Dauer der Regierung, die gerade in Frankreich ist.** Als die letzte Regierung, die Regierung Freycinet, zum Rücktritt genöthigt wurde, hat

24 Stunden vorher Jemand eine Ahnung davon gehabt? Ich wenigstens nicht, und ich glaube, daß ich ziemlich gut unterrichtet war.

Hat nachher acht oder vierzehn Tage lang hier irgend Jemand gewußt, wer in Frankreich ans Ruder kommen würde? In welcher Verlegenheit die Parteien mit ihrer Parlamentsherrschaft waren, um zu bestimmen, wer nun regieren sollte, das haben wir Alle gewußt, aber was daraus werden würde, das hat keiner vorhersagen können. Es konnte auch noch anders kommen, es konnte auch ein weniger friedliches Kabinet als das des Herrn Goblet aus dieser Krisis hervorgehen. **Es ist an jedem Tage möglich, daß eine französische Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem feu sacre zu leben, was jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten wird.** Darüber können mich auch keine Reden und keine Redensarten vollständig beruhigen, ebenso wenig wie ich weiß, was ich damit machen soll, wenn uns hier im Parlament versichert wird: wenn die Gefahr eintritt, dann können Sie auf den letzten Thaler rechnen, dann stehen wir mit Gut un Blut ein. Das sind Worte, damit kann ich nichts machen. Worte sind keine Soldaten, und Reden sind keine Bataillone; und wenn wir den Feind im Lande haben und wir lesen ihm diese Reden vor, dann lacht er uns aus. (Heiterkeit rechts.)

Ich bin also der Meinung, daß der historische Prozeß, der seit drei Jahrhunderten zwischen uns und Frankreich schwebt, nicht beendet ist, und daß wir darauf vorbereitet sein müssen, ihn von französischer Seite aus fortgesetzt zu sehen. Wir sind gegenwärtig im Besitz des streitigen Objekts, wenn ich das Elsaß als solches bezeichnen soll. Wir haben gar keinen Grund, darum zu kämpfen; daß Frankreich nach dessen Wiedereroberung nicht strebt, kann keiner behaupten, der sich irgendwie um die französische Presse bekümmert. Hat es schon irgend ein französisches Ministerium gegeben, welches hat wagen dürfen öffentlich und bedingungslos zu sagen: wir verzichten auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, wir werden darum nicht Krieg führen, wir acceptiren die Situation des Frankfurter Friedens gerade so, wie wir die Situation des Pariser Friedens im Jahre 1815 acceptirt haben, und wir beabsichtigen keinen Krieg wegen Elsaß zu führen?

Giebt es in Frankreich ein Ministerium, welches den Muth hätte? Nun, warum giebt es das nicht? An Muth fehlt es den Franzosen doch sonst nicht! Es giebt das deshalb nicht, weil die öffentliche Meinung in Frankreich dagegen ist, weil sie gewissermaßen einer mit Dampf bis zur Explosion gefüllten Maschine gleicht, wo ein Funke, eine ungeschickte Bewegung hinreichen kann, um das Ventil in die Luft zu sprengen, und mit anderen Worten einen Krieg herzustellen. Es wird das Feuer so sorgfältig geschürt und gepflegt, daß man die Absicht, es zunächst nicht zu benutzen, nur um es ins Nachbarland hineinzuworfen – in keiner Weise auszusetzen berechtigt ist.

Nun ist ja die Frage: ist die Möglichkeit, daß wir von Frankreich angegriffen werden an sich ein ausreichender Grund, um diese Vorschläge zu bewilligen? Ich habe bei meiner Motivirung keine Koalitionen, keine Kombinationen und Konjekturen im Auge, sondern **die einfache Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns ohne Bundesgenossen im freien Felde einander gegenüber- stehen. Schon wenn der Krieg ausbräche, würde die Kalamität eine große. Bedenken Sie, was allein der ausbrechende Krieg, ganz unabhängig von dem Ausgange desselben, – zu sagen hat!**

Unser ganzer Handel zu Lande und zur See, unsere ganzen industriellen Unternehmungen würden sämtlich lahmgelegt sein – ich brauche das wohl nicht zu schildern. Sie haben es selbst erlebt. Diese Kalamität, daß der Krieg ausbrechen könnte, wird vielleicht gefördert, wenn der Krieg leicht erscheint, wird verhindert, wenn der Krieg schwer erscheint. Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs auf uns, die heute nicht vorliegt, tritt ein, wenn unter dem Eintritt einer anderen Regierung, wie die heutige, Frankreich irgend einen Grund hat, zu glauben, daß es uns überlegen sei. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher.

Diese Ueberzeugung kann beruhen auf Bündnissen, die Frankreich hätte. Ich habe vorhin entwickelt, daß ich nicht glaube, daß solche Bündnisse stattfinden werden; es ist eine Aufgabe der Diplomatie, danach zu streben, daß dies verhindert werde, oder Gegenbündnisse zu haben, wenn dies eintritt. Ich will das Duell zwischen uns und Frankreich ins Auge fassen.

Das kann also eintreten, sobald Frankreich stärker ist, als wir: einmal durch Bündnisse oder auch durch die Ueberlegenheit seiner Bewaffnung. Diese rein technische Frage überlasse ich meinem militairischen Kollegen; ungeachtet der Uniform, die ich trage, fällt es mir nicht ein, habe ich nicht die Unbescheidenheit, meine Autorität in dergleichen Sachen über die der Herren zu stellen. (Heiterkeit.)

Aber wenn die Franzosen glauben, daß entweder ihre Armee zahlreicher ist, daß die Masse ihrer ausgebildeten Soldaten zahlreicher ist, als die der unsrigen, daß ihre Artillerie zahlreicher ist, oder vielleicht, daß ihr Gewehr besser ist. – wie es 1870 besser war – oder daß ihr Pulver besser ist, weil sie das richtige Pulver zu einem kleinkalibrigen, schnellschießenden Gewehr früher haben als wir, - das sind alles Sachen, die

unter Umständen die EntschlieÙung der französischen Regierung für den Krieg bestimmen können; denn sobald sie glauben, zu siegen, fangen sie den Krieg an. Das ist meine feste, unumstößliche Ueberzeugung, und Sie mögen mehr Erfahrung in der Politik und im Urtheil haben, als ich – ich kann nur nach meiner Ueberzeugung handeln.

Ich sage also: wir müssen auf den Fall eingerichtet sein, daß wir in einem solchen Krieg unterliegen sollten; ja, ich bin nicht furchtsam genug, das vorauszusehen, aber die Möglichkeit kann doch Niemand bestreiten. Bis jetzt sind es nur muthige Zivilisten (Heiterkeit), die meinen, keiner Verstärkung zu bedürfen; diejenigen Generäle und Heerführer, diejenigen Feldherren unter unseren Soverainen, die persönlich Fühlung mit der französischen Klinge gehabt haben, die sind durchaus anderer Meinung. Wenn so furchtlose Leute der Meinung sind: wir brauchen, um den nächsten Krieg mit Frankreich sicher zu bestehen, um der französischen Armee ebenbürtig zu sein, die und die Verstärkung, - dann finde ich es einen traurigen Muth, dem gegenüber zu sagen: Sie irren sich, wir brauchen sie nicht, wir sind so stark genug. Ich sage: einen traurigen Muth, weil dieses mich einigermaßen an den miles gloriosus erinnert, der sagt: wir schlagen die Franzosen auch so wie so. Meine Herren, da irren sie sich, die parlamentarischen Strategen! Sie unterschätzen die Macht von Frankreich; Frankreich ist ein großes, mächtiges Land, ebenso mächtig wie wir; Frankreich hat ein kriegerisches Volk und ein tapferes Volk und hat jederzeit geschickte Heerführer gehabt. Es ist ein Zufall, wenn sie uns unterlegen sind. Sie unterschätzen die Franzosen in der aller irrthümlichsten Weise, und es wäre eine Ueberhebung zu sagen, daß Frankreich an und für sich als geschlagen zu betrachten wäre, wenn es uns gegenübersteht.

Wenn aber die Sachen so zweifelhaft sind nach dem Urtheil der kompetenten Behörden, wenn die Möglichkeit überhaupt nach menschlicher Berechnung vorhanden ist, - ja, meine Herren, dann sind die Folgen eines unglücklichen Krieges doch zu traurig, als daß irgend Jemand, wenn sie eintreten, die Verantwortung für ein solches Votum tragen könnte. **Es ist viel von ministerieller Verantwortlichkeit die Rede, aber ich habe nie gehört – vielleicht wird es der Zukunft vorbehalten, solche Gesetze einzuführen - , daß auch Abgeordnete, welche an Beschlüssen theilnehmen, die ihr Land ins Unglück führen, einer Verantwortlichkeit dafür vor dem Richten unterliegen (Bravo! rechts.)**

Wenn Sie bewußterweise unser Land für den Krieg schwächen, dann halte ich ein solches Gesetz für ein Bedürfniß ich werde beantragen, daß es eingebracht wird. Wenn wir unterliegen – ich wage diesen Gedanken ja gar nicht auszudenken; aber die Möglichkeit werden sie mir doch nicht bestreiten, daß ebenso gut, wie wir allein Frankreich geschlagen haben im Jahre 1870, Frankreich siegreich sein kann, nachdem es seine Armee verdoppelt, seine Reserven verdreifacht hat und mit der größten Bereitwilligkeit und Hingebung der Regierung jede Kosten bewilligt hat, ohne auch nur eine Sekunde darüber zu diskutieren. Ich erinnere Sie daran, daß mit gewissem Mitleid die französischen Blätter auf die Vorgänge im deutschen Reichstag, und mit was für Schwierigkeiten die deutsche Regierung zu kämpfen hätte, wenn sie ihr Vaterland stärken wollte, hingedeutet haben. Frankreich ist also unendlich viel stärker, als es gewesen ist. Wenn wir es einmal geschlagen haben, so liegt darin gar keine Bürgschaft, daß wir es wieder schlagen werden; wir müssen diese Bürgschaften, sobald sie nach dem Urtheil unserer kompetenten Militairbehörden unzulänglich sind, verstärken. Wenn sie unzulänglich blieben, und wenn wir geschlagen würden, wenn der siegreiche Feind in Berlin stände, wie wir in Paris gestanden haben, wenn wir genöthigt wären, seine Bedingungen des Friedens anzunehmen -, ja, meine Herren, was würden dann diese Bedingungen sein?

Ich spreche gar nicht von der Geldfrage, obschon die Franzosen so glimpflich mit uns nicht verfahren würden, wie wir mit ihnen verfahren sind; ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden. Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüber finden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut, - wie die Franzosen sagen: saigner a blanc, d.h. so lange zur Ader lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten 30 Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüber zu stellen. Das hätten wir, wenn wir eben nur die Staatsraison und nicht auch die christliche Gesinnung zu Rathe zögen, wie das kriegführende Frankreich das gewohnt ist, 1870 ebenso gut thun können, wie Napoleon es im Jahre 1807 und später gethan hat. Wenn Sie die Erzählungen der alten Leute aus jener Zeit lesen, wenn Sie, wie ich noch in meiner Kinderzeit, unmittelbar die Erzählungen der Bauern, Landleute und Gutsbesitzer über die Leiden der Fremdherrschaft im Lande angehört hätten, ich glaube, Sie würden auch ängstlicher sein vor der entferntesten Möglichkeit, daß ähnliche Zustände wieder eintreten könnten.

Aber das Geld ist ja das Wenigste; **man würde dafür sorgen, daß das Deutsche Reich so stark nicht bleibt, wie es ist. Man würde, von der Rheingrenze ausgehend, uns vom Rhein soviel abnehmen, wie man könnte; ich glaube nicht, daß man sich mit Elsaß-Lothringen begnügen würde, man würde ein alterum tantum dazu verlangen, den Rhein abwärts.** Auch das würde nicht genügen; man würde vor allen Dingen die Herstellung des Königreichs Hannover verlangen. (Bewegung.) Allein auf diesem Wege und auf keinem anderen

ist das, was mir einer der Herren Welfen sagte, die Herstellung des welfischen Staates auf gesetzmäßigem Wege, möglich, denn der Friedensvertrag, den wir mit Frankreich – wenn wir überwunden sind, mit dem Sieger – abschließen, kommt ja in die Gesetzsammlung (Heiterkeit) und dann ist Hannover auf gesetzmäßigem Wege hergestellt. **Wir würden Schleswig ganz ohne Zweifel an Dänemark verlieren.** Uns in Polen lästige und erschwerende Bedingungen aufzuerlegen ist so lange recht schwierig, als man nicht mit Rußland einverstanden ist, und dieses Einverständnis, glaube ich, liegt sehr fern für Frankreich. Aber man könnte doch uns immerhin die Bedingung auferlegen, daß Frankreich Garant derjenigen Rechte ist, welche der König von Preußen seinen polnischen Unterthanen zu gewähren hat. Man könnte in dieser Garantie noch weiter gehen nach anderen Richtungen. Ich will das nicht weiter verfolgen; ich will Ihnen bloß die Möglichkeit schildern, der wir in einem unglücklichen Kriege ausgesetzt sind. Halten Sie das für übertrieben? Meine Herren, Sie kennen die Zukunft noch nicht; was die Entschließungen eines supponirten französischen Siegers sein würden, das können Sie doch unmöglich wissen.

Wir würden, wenn wir jetzt von neuem von Frankreich angegriffen würden, und uns noch überzeugen müßten, daß wir nie und unter keinen Umständen Ruhe haben, ähnlich verfahren, wenn wir wieder als Sieger in Paris sind. Wir würden uns bemühen, Frankreich auf 30 Jahre außer Stande zu setzen, uns anzugreifen und uns in den Stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter, vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 – ich weiß nicht, wann – in seinen Wirkungen für Frankreich. (Bravo!) Also das wäre auf der einen Seite wie auf der anderen Seite das gleiche Bestreben; jeder würde versuchen de saigner blanc.

Nun meine Herren, ich kann mit darnach nicht denken, wer überhaupt sich stark genug fühlt, die Verantwortung für die Möglichkeit des Eintritts solcher Zustände zu übernehmen. Die verbündeten Regierungen sind es ganz sicher nicht; die werden die Verantwortlichkeit dafür nicht tagen. Die verbündeten Regierungen haben – nach dem Eingang zur Bundesverfassung ist der oberste Zweck des Bundes der Schutz des Bundes und des Bundesgebietes – sie haben dem Volk gegenüber die Verantwortlichkeit dafür, daß dieser Schutz jeder Zeit vorhanden sei; der kann nicht improvisirt werden ja nach dem Belieben einer parlamentarischen Majorität, durch ein Budgetvotum, der muß dauernd vorhanden sein, der ist eine fundamentale Institution unserer deutschen Einrichtungen. (Bravo! rechts) Und die verbündeten Regierungen sind fest entschlossen, die Verantwortung dafür nicht zu tragen, sondern sich mit dem vollen Gewicht ihrer Autorität und ihrer verfassungsmäßigen Rechte dafür einzusetzen, daß Deutschland nicht minder geschützt bleibe als es seinen Kräften nach sein kann. Das, was einstweilen nach dem militairischen Urtheil für diesen Zweck als Bedürfnis bezeichnet worden ist, sind 40 000 Mann zur Verstärkung der Grenzbesetzungen gegen den ersten Anlauf und eine Steigerung der Zahl ausgebildeter Soldaten, die wir im Lande haben, um jährlich etwa 16 000; also in der Dauer eines Septenats um beinahe 120 000 Mann, in der Dauer der zwölfjährigen Dienstzeit um beinahe 200 000 Mann. 100 000 Mann sind eine Armee, und wenn der Krieg später ausbricht, so sind wir um so viel stärker; es ist ein Gewicht, was einen Krieg und die entscheidende Schlacht seinerseits zu entscheiden vermag, ob wir 100 000 Mann mehr haben. Wollen Sie die Verantwortlichkeit dafür tagen, daß dies Gewicht nicht zur Verfügung sei? Wir wollen es nicht, und ich bin überzeugt, es wird uns möglich sein, es zur Verfügung zu erhalten, mag Ihr Votum ausfallen heute, wie Sie wollen. (Bravo! rechts).

Ob diese Einrichtung nun für längere oder kürzere Zeit getroffen werden soll das ist eine Frage, auf deren Gebiet sich die Diskussion in der jüngsten Zeit ja vorwiegend bewegt hat. Wir haben sie auf sieben Jahre verlangt aus keinem anderen Grunde, als weil die Ziffer von 7 Jahren die Grundlage eines früheren Kompromisses war, weil wir der Ueberzeugung sind, daß das konstitutionelle Leben überhaupt aus einer Reihe von Kompromissen besteht; und weil wir gern an ein früheres Kompromiß anknüpfen, so haben wir es unverändert aufrecht zu erhalten gesucht. Jede Ziffer ist mehr oder weniger willkürlich. Je länger die Dauer ist, um desto größer ist die Zahl der ausgebildeten Soldaten, die in Aussicht genommen wird, und um so weiter von uns entfernt liegt die innere Gefahr, daß wir in Krisen und Streitigkeiten über diese Frage gelangen. Es kann ja Niemand entgehen, daß jedesmal, wenn es sich darum handelt, auf Grund des Art. 60 der Verfassung ein neues Gesetz über die Präsenzzeit zu machen, sich aller unserer Schichten und Parteien eine gewisse Aufregung bemächtigt, die bedauerlich und unter Umständen eine gefährliche ist. Es entsteht jedesmal aus der Diskussion dieser Frage eine gewisse Krise – ich will nicht sagen, ein Konflikt, aber die Besorgniß vor einem Konflikt. Es entsteht jedesmal die Frage: was ist denn Rechtens, wenn eine Vereinbarung nicht zu Stande kommt? Nun, ich glaube, der Reichstag wird sich nicht darüber beschweren können, daß der Bundesrath bisher einen zu weitgehenden Gebrauch gemacht habe von seinem zweifellosen verfassungsmäßigen Rechte, jedem Gesetzentwurfe, der ihm vom Reichstag zugeht, seine Zustimmung zu versagen – auch solchen Gesetzentwürfen, deren Zustandekommen in der Verfassung vorausgesetzt ist. Der Bundesrath hat von diesem zweifellosen Rechte, der voll- und gleichberechtigte Faktor der Gesetzgebung zu sein, von der Thatsache, daß kein Budgetgesetz ohne seine Zustimmung zu Stande kommen kann, von der Thatsache, daß kein Gesetz über

eine Präsenzzahl ohne seine Zustimmung zu Stande kommen kann, nie einen unbequemen Gebrauch gemacht hat, er ist, wie der Kaufmann zu sagen pflegt, koulant in dieser Beziehung gewesen. Wir haben Vorlagen recht unerfreulich verkümmert und verändert zurückkommen gesehen, wir haben es ruhig hingenommen, aber es giebt im Interesse des Vaterlandes Grenzen, über die der Bundesrath dabei nicht hinausgehen kann. (Sehr richtig! rechts) Eine solche Grenze zu ziehen, ist die Sorge, die in erster Linie den Verbündeten Regierungen obliegt, wenn die auswärtige Sicherheit des Deutschen Reiches in Frage steht. (Bravo! rechts.) Sobald die ins Spiel kommt, werden wir haarscharf in der Benutzung unserer verfassungsmäßigen Rechte gegenüber Ihren Beschlüssen sein. Und ein Beschluß, der das Deutsche Reich wehrloser macht, als es nach unserer Ueberzeugung sein könnte, hat nie auf die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu rechnen. (Bravo! rechts.) Daß bei den Verhandlungen einer so wichtigen Frage, bei der es sich gewissermaßen um Kopf und Kragen für Deutschland handelt, daß dabei der Bundesrath so koulant und entgegenkommend sein und ein Auge zudrücken wird, und die Punkte auf das i nicht setzen wird, das erwarten Sie in einer solchen Frage nicht. Warum wollen Sie nun solche Krisen vervielfältigen, indem Sie sie womöglich alle Jahre herbeiführen oder doch alle drei Jahre? Wir haben eine Abneigung gegen solche Krisen und Konflikte. Wir wünschen Kompromisse und halten an dem Kompromiß von früher fest, und deshalb haben wir das Septenat vorgeschlagen. Wenn dasselbe abläuft, so kommt immer die Frage: was ist denn Rechtens, wenn über das Präsenzgesetz nach Artikel 60 keine Vereinbarung der beiden Faktoren der Gesetzgebung stattfindet; oder was ist denn Rechtens, wenn über das Budget keine Vereinbarung beider Faktoren herbeigeführt wird? Die zweite Frage will ich gar nicht berühren, sie liegt nicht vor, und ich halte es nach meiner diplomatischen Gewohnheit nicht für nöthig, mich mit Fragen zu beschäftigen, die augenblicklich nicht brennend sind. Ich will bloß sagen: was ist Rechtens, wenn wir uns über die Präsenzziffer nicht einigen? Hört deshalb die Armee auf, zu existiren? Das werden Sie selbst nicht behaupten wollen: Dann treten diejenigen Bestimmungen der Verfassung wieder in volle Kraft, die durch das auf Grund der Zusage von Artikel 60 gegebene Gesetz beschränkt sind. Das Gesetz auf Grund des Artikel 60 zieht die obere Grenze der Zulässigkeit der Präsenzziffer. Der Kaiser kann nicht darüber hinausgehen. Nach diesem Gesetz dauert sie noch bis zum nächsten Jahre, 1888; wenn dieses Gesetz schwindet, ein neues nicht zu Stande kommt, sind wir dann weit entfernt davon, daß diese Grenze sinkt oder die Armee verschwindet, sondern es steigt die obere Grenze der berechtigten Präsenzstärke der Armee bis zu dem Satze des Artikel 59 der Verfassung:

Jeder wehrpflichtige Deutsche hat 3 Jahre lang bei der Fahne zu dienen.

Das ist denn unsere Präsenzziffer (Heiterkeit rechts.) die wir erreichen dürfen. Das ist eine finanzielle Unmöglichkeit, eine militairische Unbequemlichkeit, und deshalb hat die Verfassung, schon bevor das Versprechen im Artikel 60 entstand, durch den vierten Absatz des Artikel 63 das Moderamen gegeben, daß der Kaiser den Präsenzstand der Kontingente des Reichsheeres bestimmen soll. Also der Kaiser ist dann der Moderator, der allein zu sagen hat, wie hoch unter dem von Artikel 59 gegebenen Präsenzstand der letztere sein soll. Wenn wir nach kaiserlicher Machtvollkommenheit streben, dann wäre dieser Zustand für uns außerordentlich erwünscht und wir könnten nur sagen: stellen Sie die Sache so kurz als möglich, es ist zu bedauern, daß das Frühjahr 1888 nicht schon da ist; dann würden wir wahrscheinlich uns nicht einigen können über den Inhalt des Gesetzes, welches auf Grund von Art. 60 gemacht werden soll, und es würde dann der alte verfassungsmäßige Zustand wieder eintreten.

Es ist auch dann nicht die Möglichkeit, durch das Budgetrecht im Ausgebeetat dem entgegen zu wirken, denn in dem vierten und letzten Alinea des Artikels 62 ist ausdrücklich gesagt worden:

Bei der Feststellung des Militärausgabe-Etats wird die auf Grund dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zu Grunde gelegt.

Sie können uns also, ohne Ihrerseits sich vom Boden der Verfassung zu entfernen, gar nicht verweigern, wenn eine Präsenzziffer überhaupt nicht nach Artikel 60 der Verfassung gesetzlich festgelegt ist, das Ausgabebudget dem entsprechend einzurichten.

Wenn also keine Verständigung, die für die verbündeten Regierungen annehmbar ist, im Hinblick auf die äußere Sicherheit des Deutschen Reiches zu Stande kommt, so liegt durchaus kein Zustand vor, in dem die deutsche Armee von der Bildfläche zu verschwinden hätte, sondern es tritt ganz einfach die größere kaiserliche Machtvollkommenheit, die die Verfassung stipulirt, wieder in Kraft. Um dem Reichstage die Mitwirkung dabei zu bewahren, ist der Artikel 60 geschaffen und ist das Gesetz versprochen, daß die Präsenzstärke, die der Kaiser nicht überschreiten darf, mit Zustimmung des Reichstages, das heißt durch ein Gesetz feststellen soll. Diese Bindung existirt augenblicklich bis 1888 und existirt nur durch dieses Gesetz. Lesen Sie in allen Ihren gesinnungsbefreundeten Rechtsbüchern darüber nach: Rönne, Laband, lesen Sie andere, Sie werden immer finden, daß die Mitwirkung des Reichstages, der Einfluß des Reichstages auf die Höhe des Heeres allein beruht

auf der Fortdauer der Gesetze, die auf Grund von Artikel 60 gemacht werden, und die dem Kaiser in seiner Machtvollkommenheit eine niedrigere Grenze ziehen, als Er nach der Verfassung haben würde.

Meine Herren, da ist doch eigentlich gar kein Grund, warum Sie so lüstern nach Krisen sind und alle drei Jahre, ja sogar jedes Jahr denselben Streit haben wollen, ob das deutsche Heer bestehen solle oder nicht; denn wenn Sie in diesem Streite anderer Meinung blieben als die verbündeten Regierungen, so würde Ihre Meinung nach dem Inhalte der Verfassung von keiner durchschlagenden Wirkung sein. Sie kompromittiren sich ganz ohne Noth darüber in eine Richtung, in der Ihren Willen durchzusetzen Sie nicht die Macht haben, weil Sie das verfassungsmäßige Recht nicht haben.

Sie haben die Verfassung nicht gelesen, wenn Sie glauben können, daß es Ihnen möglich ist, in jedem Jahre durch das Budget die Heeresstärke festzustellen, ohne Rücksicht auf den Kaiser und auf sein Recht, welches auf Artikel 5 der Verfassung beruht, und demzufolge Er befugt ist, in Sachen der Militairgesetze jederzeit an denselben Einrichtungen, wie sie bisher bestehen, festzuhalten. Bei Gesetzesvorschlägen über das Militairwesen, die Kriegsmarine und die im Artikel 35 bezeichneten Angelegenheiten giebt die Stimme des Präsidiums des Bundesrathes bei Meinungsverschiedenheiten desselben den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht. Die bestehende Einrichtung ist doch immer die Präsenzziffer des vorigen Jahres, und würde in Folge des ausschlaggebenden Votums des Kaisers immer in Geltung bleiben, selbst wenn, was nicht denkbar ist, die Majorität des Bundes dagegen stimmte. Die verbündeten Regierungen werden aber vollkommen einstimmig sein, und ein solches Gesetz wird nie und in keinem Jahre zu Stande kommen, welches uns eine unzulängliche Armee durch das Budget oktroyiren wollte. Ich weiß nicht, warum Sie ein Bedürfniß haben, diese Krisen, die sich daran knüpfen, häufiger hervorzurufen, als sie nach dem Kompromiß alle 7 Jahre stattfinden. Wir haben dieses Bedürfniß nicht; wir wünschen keine Krisen und keine Konflikte; wir wünschen an dem Kompromiß festzuhalten, der da ist. Ueber diese hinaus werden wir uns aber nicht treiben lassen. Wir halten unbedingt an dem vollen Septenat fest und an der ganzen Vorlage, wie wir sie gemacht haben, und weichen keinen Nagel breit davon ab. (Bravo! rechts.)

Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, die von den wechselnden Majoritäten des Reichstages nicht abhängig sein kann. Wer bürgt uns denn dafür, daß eine Majorität, die sich auf so heterogene Weise zusammensetzt, wie die jetzige, eine dauernde sein werde? Daß die Fixirung der Präsenzstärke von der jedesmaligen Konstellation und Stimmung des Reichstages abhängen sollte, das ist eine absolute Unmöglichkeit. Streben Sie doch nicht nach solchen Phantasiegebilden, meine Herren! (Bravo! rechts.) Ohne unser deutsches Heer, eine der fundamentalsten Haupteinrichtungen und Grundlagen, ohne das Bedürfniß der gemeinsamen Verteidigung gegen auswärtige Angriffe wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, gar nicht zu Stande gekommen. Vergegenwärtigen Sie sich das immer, wenn Sie die Hauptbedingung seiner Existenz ihm unter den Füßen wegziehen und es gefährden; denn geschützt sein wollen wir Alle, auch Ihre Wähler – rechnen Sie darauf!

Der Versuch, der mit diesen Anträgen gemacht worden ist, den Stand des Heers von den wechselnden Majoritäten und den Beschlüssen des Parlaments abhängig zu machen, also mit anderen Worten, aus dem kaiserlichen Heer, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, dessen Bestand nicht Seine Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben (Heiterkeit links), wird nicht gelingen. Mit anderen Worten: dieses Streben, wenn Sie es haben, liegt ganz außerhalb aller Möglichkeiten, und allein die Thatsache, die bei diesen Verhandlungen zur Kenntniß gekommen, daß es bei uns Leute giebt, die danach streben, die das für möglich halten, verpflichtet uns allein schon, über diese Frage an das Volk, an die Wöhler zu appelliren, ob das wirklich die Meinung der Wähler ist (Bravo rechts, Aha! links.) Ja, meine Herren, aha! haben Sie denn daran gezweifelt, das wäre ja vollkommen wunderbar (Heiterkeit). Oder daß wir an die Wöhler appelliren werden, um zu erfahren, ob es wirklich der Wille der Wähler ist, daß die Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands von der jedesmaligen Abstimmung des Parlamentes in jedem Jahre abhängt, daß die Hälfte der Arme entlassen werden kann, daß die Armee reduziert werden kann auf den einjährigen Dienst, auf das was die Sozialdemokraten noch bewilligen – es ist ja auch eine sozialdemokratische Majorität in diesem Hause möglich -. Es kann unmöglich der Wille der deutschen Nation sein, daß sie auf diese Weise in ihrer Wehrhaftigkeit, in der Sicherheit im eigenen Heere abhängig sein soll von den jedes Jahr wechselnden Majoritäten des Parlaments. Es liegt das ganz außerhalb der Verfassung, und die verbündeten Regierungen wünschen zu einem neuen Kompromiß zu gelangen, aber zu einem siebenjährigen, zu keinem kürzeren. Wir wollen den Krisen und die Gefahr der Konflikte nicht häufen, und wir wollen den Gedanken nicht aufkommen lassen, als wären Sie überhaupt berechtigt, einseitig ohne die Mitwirkung des Bundesrathes und des Kaisers über den Bestand des deutschen Heeres zu verfügen. Gegen diesen Gedanken allein würden wir schon an die Wöhler appelliren, ob dies der Wille des Volkes ist; und die verbündeten Regierungen sind ihrerseits entschlossen, mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses im Reiche und im Volke für die Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit Deutschlands und des Heeres einzutreten. (Bravo!) Von

Sr. Majestät dem Kaiser werden Sie doch unmöglich erwarten, daß er in seinem 90. Lebensjahre nun das Werk desavouirt und zu seiner Zersetzung mitwirken will, dem er die letzten 30 Jahre seines Lebens gewidmet hat, der Schöpfung des deutschen Heeres und der Schöpfung des Deutschen Reiches. Wenn Sie das glauben, wenn Sie irgend durch Ihr Verhalten und die Ueberzeugung geben, daß Sie dahin streben; wenn Sie nicht durch eine baldige und vollständige Annahme unserer Vorlage die Sorge der verbündeten Regierungen um die Wehrhaftigkeit Deutschlands befriedigen, dann ziehen wir es vor, die Unterhandlungen mit einem anderen Reichstage, als den ich hier vor mir sehe, mit Aussicht auf Erfolg fortzusetzen, (Bravo!) und dieser Entschluß liegt in seiner Ausführung sehr viel näher, als Sie annehmen. Wir werden uns nicht auf lange Verhandlungen mehr einlassen, sondern die Gefahr, in die wir das deutsche Volk durch Verschleppung und Verzögerung möglicherweise setzen können – ich sage nicht nothwendigerweise – wird uns zwingen, darüber bald eine Gewißheit zu haben oder bald mit anderen Leuten zu reden, die uns Gewißheit geben. (Lebhaftes Bravo.)

Französisch-Russischer Vertrag 1891

Die französisch-russische Entente Cordiale.

Briefwechsel zwischen Herrn de Giers, Außenminister Russlands, und Herrn Ribot, französischer Außenminister, vom 15./27. August 1891. Militärkonvention, unterzeichnet in Petersburg am 5./17. August 1891, ratifiziert von der Zar am 15./27. Dezember 1893 und von Präsident Sadi Carnot am 24. Dezember 1893/4. Januar 1894.

.....

Quellen: *Französische diplomatische Dokumente*, Serie 1, Bd. VIII, Paris, Imprimerie nationale, 1919. Siehe auch: AZ Manfred, „Was war die Ursache der französisch-russischen Allianz?“ », *Notizbücher der russischen und sowjetischen Welt*, Jahr 1959, Band 1, Nummer 1-1, S. 148-164.

I. Diplomatische Vereinbarung.

Herr de Giers, Außenminister Russlands,
an Herrn de Mohrenheim, russischer Botschafter in Paris.

Sankt Petersburg, 9./21. August 1891.

Die Situation, die in Europa durch die offensichtliche Erneuerung des Dreibunds und das mehr oder weniger wahrscheinliche Festhalten Großbritanniens an den politischen Zielen, die dieses Bündnis verfolgt, entstanden ist, wurde während des jüngsten Aufenthalts von Herrn de Laboulaye zwischen dem ehemaligen Botschafter Frankreichs und dem ehemaligen Botschafter Frankreichs motiviert Ich führe einen Gedankenaustausch durch, der darauf abzielt, die Haltung zu definieren, die unter den gegenwärtigen Umständen und angesichts bestimmter Eventualitäten am besten zu unseren jeweiligen Regierungen passen könnte, die, da sie außerhalb jeder Liga bleiben, nicht weniger aufrichtig bestrebt sind, die Aufrechterhaltung zu unterstützen des Friedens mit den wirksamsten Garantien.

So haben wir uns dazu veranlasst, die beiden folgenden Punkte zu formulieren:

1° Um das herzliche Verständnis, das sie verbindet, zu definieren und zu weihen, und in dem Wunsch, einvernehmlich zur Wahrung des Friedens beizutragen, der Gegenstand ihrer aufrichtigsten Wünsche ist, erklären die beiden Regierungen, dass sie einander in allen möglichen Fragen konsultieren werden den allgemeinen Frieden gefährden.

2° Für den Fall, dass dieser Frieden tatsächlich in Gefahr ist und insbesondere wenn einer der beiden Parteien eine Aggression droht, vereinbaren die beiden Parteien, sich auf die Maßnahmen zu einigen, die zur Verwirklichung dieses Falles erforderlich wären. Sofortige und gleichzeitige Annahme durch beide Regierungen

Nachdem ich dem Kaiser die Tatsache dieses Gedankenaustauschs sowie den Wortlaut der daraus resultierenden Schlussfolgerungen vorgelegt habe, habe ich die Ehre, Ihnen heute mitzuteilen, dass Seine Majestät sich geruht hat, diese Grundsätze der Verständigung voll und ganz zu billigen, und ihre Annahme begrüßen würde durch die beiden Regierungen.

Indem ich Sie über diese souveränen Bestimmungen informiere, bitte ich Sie, sie der französischen Regierung zur Kenntnis zu bringen und mir die Beschlüsse mitzuteilen, die sie ihrerseits annehmen könnte.

Herr Ribot,
an Herrn de Mohrenheim, russischen Botschafter in Paris.

Außenminister,
Paris, 27. August 1891.

Sie waren so freundlich, mir im Auftrag Ihrer Regierung den Text des Briefes des Außenministers des Reiches mitzuteilen, in dem die besonderen Anweisungen aufgeführt sind, die Kaiser Alexander nach dem letzten Gedankenaustausch beschlossen hat, Ihnen zu erteilen zu dem die allgemeine Lage in Europa zwischen Herrn de Giers und dem Botschafter der Französischen Republik in Sankt Petersburg führte.

Ihre Exzellenz war dafür verantwortlich, gleichzeitig die Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, dass der Inhalt dieses Dokuments, das zuvor im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beiden Kabinetten abgestimmt und formuliert wurde, die volle Zustimmung der französischen Regierung finden würde.

Ich beeile mich, Eurer Exzellenz für diese Mitteilung zu danken.

Die Regierung der Republik konnte sich ebenso wie die Reichsregierung nur die Situation vorstellen, die in Europa durch die Bedingungen geschaffen wurde, unter denen die Erneuerung des Dreibunds stattfand, und glaubt damit, dass die

Es ist an der Zeit, die Haltung zu definieren, die unter den gegenwärtigen Umständen und angesichts bestimmter Eventualitäten am besten zu den beiden Regierungen passen könnte, die gleichermaßen darauf bedacht sind, die Aufrechterhaltung des Friedens mit den Garantien zu gewährleisten, die sich aus dem Gleichgewicht zwischen den Kräften Europas ergeben.

Ich freue mich daher, Ihnen, Exzellenz, mitteilen zu können, dass die Regierung der Republik die beiden Punkte, die Gegenstand der Mitteilung von Herrn de Giers sind und wie folgt formuliert sind, voll und ganz unterstützt:

1° Um das herzliche Verständnis, das sie verbindet, zu definieren und zu weihen, und in dem Wunsch, einvernehmlich zur Wahrung des Friedens beizutragen, der Gegenstand ihrer aufrichtigsten Wünsche ist, erklären die beiden Regierungen, dass sie einander in allen möglichen Fragen konsultieren werden den allgemeinen Frieden gefährden.

2° Für den Fall, dass dieser Frieden tatsächlich in Gefahr ist und insbesondere wenn einer der beiden Parteien eine Aggression droht, vereinbaren die beiden Parteien, sich auf die Maßnahmen zu einigen, die zur Verwirklichung dieses Falles erforderlich wären. Sofortige und gleichzeitige Annahme durch beide Regierungen.

Ich stehe Ihnen auch zur Verfügung, um alle Fragen zu prüfen, die bei der gegenwärtigen Lage der allgemeinen Politik die Aufmerksamkeit der beiden Regierungen im Besonderen erfordern.

Andererseits wird sich die kaiserliche Regierung ebenso wie wir zweifellos des Interesses bewusst sein, das darin bestünde, Sonderdelegierten, die so bald wie möglich ernannt werden würden, die praktische Prüfung von Maßnahmen zu übertragen, die den in Abschnitt 3.1 vorgesehenen Notfällen entgegenwirken sollen der zweite Punkt der Vereinbarung.

Indem ich Sie bitte, der Regierung Seiner Majestät die Antwort der französischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, möchte ich darauf hinweisen, wie wertvoll es für mich war, meinerseits zum Abschluss eines Abkommens beitragen zu können was stets Gegenstand unserer gemeinsamen Bemühungen war.

II. Militärkonvention.

General de Boisdeffre traf sich heute mit General Obroucheff, der vom Kaiser beauftragt wurde, den Konventionsentwurf zu besprechen.

Frankreich und Russland sind von dem gleichen Wunsch beseelt, den Frieden zu bewahren, und haben kein anderes Ziel als die Abwehr der Notwendigkeiten eines Verteidigungskrieges, der durch einen Angriff der Streitkräfte des Dreibunds gegen den einen oder anderen von ihnen provoziert wird, und haben sich darauf geeinigt die folgenden Bestimmungen:

1° Wenn Frankreich von Deutschland oder von Italien mit Unterstützung Deutschlands angegriffen wird, wird Russland alle verfügbaren Kräfte einsetzen, um Deutschland anzugreifen.

Wenn Russland von Deutschland oder dem von Deutschland unterstützten Österreich angegriffen wird, wird Frankreich alle verfügbaren Kräfte einsetzen, um Deutschland zu bekämpfen.

2° Für den Fall, dass die Streitkräfte des Dreibunds oder einer der ihm angehörenden Mächte mobilisiert werden, werden Frankreich und Russland bei der ersten Ankündigung des Ereignisses und ohne dass es einer vorherigen Abstimmung bedarf, unverzüglich und umgehend vorgehen gleichzeitig alle ihre Kräfte mobilisieren und sie so nah wie möglich an ihre Grenzen bringen;

3° Die verfügbaren Kräfte, die gegen Deutschland eingesetzt werden müssen, werden auf französischer Seite 1.300.000 Mann und auf russischer Seite 700.000 bis 800.000 Mann betragen. Diese Kräfte werden sich voll und fleißig engagieren, so dass Deutschland sowohl im Osten als auch im Westen kämpfen muss;

4° Die Generalstäbe der Armeen beider Länder werden sich jederzeit beraten, um die Durchführung der oben vorgesehenen Maßnahmen vorzubereiten und zu erleichtern. Sie werden einander ab Friedenszeiten alle Informationen über die Armeen des Dreibunds mitteilen, die ihnen bekannt sind oder bekannt werden könnten. Wege und Mittel zur Korrespondenz in Kriegszeiten werden im Voraus untersucht und geplant.

5° Frankreich und Russland werden den Frieden nicht getrennt schließen.

6° Diese Vereinbarung hat die gleiche Laufzeit wie der Dreibund.

7° Alle oben aufgeführten Klauseln werden streng geheim gehalten.

Obroucheff.
Boisdeffre.

Entente Cordiale 1904 Frankreich – England

Text des französisch-britischen Abkommens vom 8. April 1904

I. - Erklärung zu Ägypten und Marokko

Erster Artikel.

Die britische Regierung erklärt, dass sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Ägyptens zu ändern. Die Regierung der Französischen Republik erklärt ihrerseits, dass sie das Vorgehen Englands in diesem Land nicht dadurch behindern wird, dass sie die Beendigung der britischen Besatzung oder auf andere Weise fordert, und dass sie den Entwurf des Khedivialen Dekretes, das dieser Vereinbarung beigefügt ist und die Garantien enthält, die zum Schutz der Interessen der Inhaber der ägyptischen Schulden als notwendig erachtet werden, jedoch unter der Bedingung, dass nach seinem Inkrafttreten keine Änderungen mehr vorgenommen werden dürfen ohne Zustimmung von eingeführt werden die Mächte, die das Londoner Übereinkommen von 1885 unterzeichnet haben.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die allgemeine Leitung der Altertümer in Ägypten weiterhin wie in der Vergangenheit einem französischen Gelehrten anvertraut wird.

Französische Schulen in Ägypten genießen weiterhin die gleichen Freiheiten wie in der Vergangenheit.

Artikel 2.

Die Regierung der Französischen Republik erklärt, dass sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Marokkos zu ändern.

Die britische Regierung erkennt ihrerseits an, dass es an Frankreich, insbesondere als einer Macht, die über ein weites Gebiet an Marokko grenzt, liegt, für die Ruhe dieses Landes zu sorgen und ihm bei allen Verwaltungsreformen, wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Art, Unterstützung zu gewähren es braucht.

Er erklärt, dass er das Vorgehen Frankreichs zu diesem Zweck nicht behindern wird, vorausgesetzt, dass dieses Vorgehen die Rechte, die Großbritannien aufgrund von Verträgen, Konventionen und Gepflogenheiten in Marokko genießt, einschließlich des Kabotagerechts zwischen marokkanischen Häfen, unberührt lässt wovon englische Schiffe seit 1901 profitierten.

Artikel 3.

Die britische Regierung wird ihrerseits die Rechte respektieren, die Frankreich aufgrund von Verträgen, Konventionen und Gepflogenheiten in Ägypten genießt, einschließlich des Rechts auf Kabotage, das französischen Schiffen zwischen ägyptischen Häfen gewährt wird.

Artikel 4.

Die beiden Regierungen, die sowohl in Ägypten als auch in Marokko gleichermaßen dem Grundsatz der Handelsfreiheit verpflichtet sind, erklären, dass sie sich keiner Ungleichheit hingeben werden, weder bei der Einführung von Zöllen oder anderen Steuern noch bei der Festlegung der Tarife für den Schienentransport. Der Handel beider Nationen mit Marokko und Ägypten wird die gleiche Behandlung genießen wie der Transit durch die französischen und britischen Besitzungen in Afrika. Eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen wird die Bedingungen dieses Transits regeln und die Durchdringungspunkte festlegen.

Diese gegenseitige Verpflichtung gilt für die Dauer von dreißig Jahren. Sofern keine ausdrückliche Kündigung mindestens ein Jahr im Voraus erfolgt, verlängert sich diese Frist um fünf Jahre.

Die Regierung der Französischen Republik in Marokko und die Regierung der britischen Majestät in Ägypten behalten sich jedoch das Recht vor, sicherzustellen, dass Konzessionen für Straßen, Eisenbahnen, Häfen usw. unter Bedingungen erteilt werden, die die Autorität des Staates über diese großen Unternehmen beeinträchtigen von allgemeinem Interesse bleibt erhalten.

Artikel 5.

Die britische Regierung erklärt, dass sie ihren Einfluss geltend machen wird, um sicherzustellen, dass französische Beamte, die derzeit in ägyptischen Diensten stehen, nicht in schlechtere Bedingungen gestellt werden als diejenigen, die für britische Beamte gelten, die derzeit in marokkanischen Diensten stehen.

Artikel 6.

Um die freie Durchfahrt des Suezkanals zu gewährleisten, erklärt die britische Regierung, dass sie sich an die Bestimmungen des am 29. Oktober 1888 geschlossenen Vertrags und deren Umsetzung hält; Da die freie Durchfahrt des Kanals somit gewährleistet ist, bleibt die Ausführung des letzten Satzes von Absatz I und des Absatzes 2 von Artikel 8 dieses Vertrags ausgesetzt.

Artikel 7.

Um die freie Durchfahrt der Straße von Gibraltar zu gewährleisten, vereinbaren die beiden Regierungen, den Bau von Befestigungen oder strategischen Bauwerken auf dem Teil der marokkanischen Küste zwischen Méhilla und den Höhen, die ausschließlich das rechte Ufer des Sébou dominieren, nicht zuzulassen. Diese Bestimmung gilt jedoch nicht für die derzeit von Spanien besetzten Punkte auf der marokkanischen Seite des Mittelmeers.

Artikel 8.

Die beiden Regierungen, inspiriert von ihren aufrichtigen freundschaftlichen Gefühlen gegenüber Spanien, berücksichtigen insbesondere die Interessen, die das Land aufgrund seiner geografischen Lage und seiner territorialen Besitztümer an der marokkanischen Mittelmeerküste hat und über die sich die französische Regierung mit der spanischen Regierung beraten wird .
Der britischen Regierung wird mitgeteilt, welche Einigung zu diesem Thema zwischen Frankreich und Spanien erzielt werden könnte.

Artikel 9.

Die beiden Regierungen kommen überein, sich gegenseitig bei der Umsetzung der Klauseln dieser Erklärung in Bezug auf Ägypten und Marokko durch ihre Diplomatie zu unterstützen.

Zu Urkund dessen ermächtigte ER der Botschafter der Französischen Republik bei Seiner Majestät dem König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und den britischen Gebieten jenseits der Meere, dem Kaiser von Indien und dem Hauptstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten seiner Majestät Briten, ordnungsgemäß Zu diesem Zweck haben sie das vorliegende Übereinkommen unterzeichnet und mit ihrem Stempel versehen.

Geschehen in London im Rahmen einer Doppelexpedition am 8. April 1904.

Paul CAMBON.

LANSDOWNE.

II. -Geheime Erklärung

Erster Artikel.

Für den Fall, dass eine der beiden Regierungen aufgrund der Umstände gezwungen sein sollte, ihre Politik gegenüber Ägypten oder Marokko zu ändern, bleiben die Verpflichtungen, die sie in den Artikeln IV, VI und VII der heutigen Erklärung zueinander eingegangen sind, intakt.

Artikel 2.

Die britische Regierung hat derzeit nicht die Absicht, den Mächten irgendeine Änderung des Kapitulationsregimes und der Gerichtsorganisation in Ägypten vorzuschlagen.

Sollte die Regierung der Französischen Republik zu der Überlegung gelangen, dass die Einführung diesbezüglicher Reformen in Ägypten, die auf eine Angleichung der ägyptischen Gesetzgebung an die anderer zivilisierter Länder abzielen, ratsam wäre, würde sie sich nicht weigern, diese Vorschläge zu prüfen, aber unter der Bedingung, dass dies der Fall ist Die britische Regierung würde zustimmen, die Vorschläge zu prüfen, die die Regierung der Französischen Republik ihr möglicherweise zur Einführung gleichartiger Reformen in Marokko unterbreiten müsste.

Artikel 3.

Die beiden Regierungen sind sich darüber einig, dass ein bestimmter Teil des marokkanischen Territoriums, das an Méllilla, Ceuta und andere Präsidenschaften grenzt, an dem Tag, an dem der Sultan seine Autorität über sie nicht mehr ausübt, in den spanischen Einflussbereich fallen muss, und dass die Verwaltung der Küste von Méllilla bis zu den Höhen des rechten Ufers des Sébou wird ausschließlich Spanien anvertraut.

Allerdings muss Spanien zunächst den Bestimmungen der Artikel 4 und 7 der heutigen Erklärung förmlich zustimmen und sich zu deren Umsetzung verpflichten.

Darüber hinaus verpflichtet es sich, die Gebiete, die seiner Herrschaft oder seinem Einflussbereich unterstehen, weder ganz noch teilweise zu veräußern.

Artikel 4.

Wenn Spanien, das aufgefordert wurde, sich an die Bestimmungen des vorstehenden Artikels zu halten, es für notwendig hielt, sich der Stimme zu enthalten, wäre die Vereinbarung zwischen Frankreich und Großbritannien, wie sie sich aus der heutigen Erklärung ergibt, nicht weniger unmittelbar anwendbar.

Artikel 5.

Für den Fall, dass die Zustimmung der anderen Mächte für den in Artikel 1 der heutigen Erklärung genannten Dekretentwurf nicht erreicht wird, wird die Regierung der Französischen Republik ab dem 15. Juli 1910 die Erstattung der Schulden zum Nennwert ab dem 15. Juli 1910 nicht ablehnen: garantierte, privilegierte und einheitlich.

Geschehen in London in zweifacher Ausfertigung am 8. April 1904.

LANSDOWNE

Paul CAMBON.

17 Thesen zur Kriegsschuldfrage , Graf Max Monteglas, in seinem Buch „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“

*[Maximilian Maria Karl Desiderius Graf von Monteglas, *23.05.1860 Sankt Petersburg, +14.02.1938 München; Bayerischer General, Politiker, Historiker; Berater Helmuth von Moltkes bis 1915; kritisiert deutsche Kriegsführung und wird in den Ruhestand versetzt; lebt bis zum Kriegsende in der Schweiz; deutscher Vertreter in der Friedenskommission von Versailles;]*

1. Deutschland verfolgte weder in Europa noch anderswo ein nur durch Krieg zu erreichendes politisches Ziel.

Österreich-Ungarn dachte nur an Erhaltung des Bestehenden. Die anfängliche Absicht von Grenzberichtigungen auf Kosten Serbiens wurde auf deutsches Drängen sofort aufgegeben durch bestimmte Erklärungen über territoriales Desinteressement, von denen auch Sasonow „sich überzeugen ließ“ [...]

Frankreich strebte die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen , manche führende französischen Politiker auch die Annexion des Saargebietes, Rußland den Besitz von Konstantinopel und den Meerengen an, beide Mächte wohl wissend, daß sie diese Bestrebungen nur im Rahmen eines europäischen Krieges verwirklichen könnten.

2. Die Rüstungen Deutschlands zu Lande waren nach der politischen Konstellation, nach geographischer Lage, nach Länge der ungeschützten Grenzen und nach Bevölkerungsziffer wesentlich geringer als die Frankreichs, ab 1913 sogar hinsichtlich der absoluten Zahl der Friedensstärke der weißen Truppen ganz abgesehen von einer ständig wachsenden farbigen französischen Armee.

Die Rüstungen Österreich-Ungarns waren gegenüber denen Rußlands völlig unzulänglich.

Wie an Zahl der Streiter, so war der russisch-französische Zweibund auch an Menge des Kriegsmaterials den Mittelmächten weit überlegen.

3. Der Bau einer deutschen Schlachtflotte an Stelle der Vervollkommnung des defensiven maritimen Schutzes war politisch unklug, aber das schließlich von Deutschland angebotene Verhältnis von 10 zu 16 Großkampfschiffen wurde auch in London nicht als eine Bedrohung angesehen.

4. Das Deutsche Reich hat auch in der Zeit nach Bismarck wiederholt günstige Gelegenheiten zu einem Präventivkrieg nicht benützt.

5. Die russische Anregung zur ersten Haager Konferenz beruhte nicht auf reiner Friedensliebe. Der Rüstungsminderung standen alle Großmächte ohne Ausnahme mit der größten Skepsis gegenüber, der russische Antrag von 1899 wurde allseits abgelehnt, der Anregung Campbells Bannermanns von 1907 trat die öffentliche Meinung Frankreichs in der denkbar schärfsten Weise entgegen.

Ein Vorschlag zur Regelung ernster internationaler Konflikte, welche die Ehre und die Lebensinteressen einer Nation berühren, ist weder auf der ersten noch auf der zweiten Haager Konferenz von irgendeiner Großmacht angeregt oder unterstützt worden.

6. Am 5. Juli 1914 wurde in Potsdam nicht der Weltkrieg beschlossen, sondern die deutsche Zustimmung zu einem Kriege Österreichs gegen Serbien erteilt.

Die Möglichkeit, daß der österreichisch-serbische Krieg wie jeder andere – Burenkrieg, Marokkokrieg, Tripoliskrieg, Balkankrieg – weitere Verwicklungen nach sich ziehen könne, wurde dabei wohl erwogen, aber die Gefahr in Anbetracht des besonderen Anlasses als sehr gering eingeschätzt.

7. Nach dem Bekanntwerden der serbischen Antwortnote wollte Deutschland auch den Krieg gegen Serbien nicht mehr, sondern nur eine sehr eng umgrenzte militärische Aktion, deren Berechtigung auch in London anerkannt wurde.

8. Deutschland hat zwar die Fristverlängerung nicht unterstützt und den Konferenzgedanken abgelehnt, aber nicht nur alle übrigen von London mitgeteilten Vermittlungsvorschläge angenommen, sondern aus eigener Initiative die beiden geeignetsten Verhandlungsmethoden vorgeschlagen, nämlich die direkten Besprechungen Wien-Petersburg und das von Grey aufgegriffene „Halt in Belgrad“.

Die erste Formel Sasonows erachtete auch London für unannehmbar, die zweite war sogar eine wesentliche Verschlechterung der ersten.

9. Auf den beiden, zuerst von Deutschland angeregten Wegen der direkten Besprechungen Wien-Petersburg und der Beschränkung der militärischen Aktion gegen Serbien war man einer Verständigung nahe gekommen, als die russische allgemeine Mobilmachung jäh die Fäden zerriß.

10. Daß die Mobilmachung unfehlbar den Krieg nach sich ziehen müsste, darüber waren sich die führenden Männer in Paris und Petersburg ebenso klar wie in Berlin.

Daß derjenige der Angreifer ist, der zuerst zu einer allgemeinen Mobilmachung schreitet, hat Viviani noch am 1. August nach London gedrahtet, wobei er wider besseres Wissen die Priorität der Mobilisierung Deutschland zuschob.

11. Frankreich hat in Petersburg während der Krise nicht zur Mäßigung geraten. Nachdem der erste Versuch den Unwillen Sazonows erregt hatte, verzichtete das Pariser Kabinett auf weitere Schritte in dieser Richtung.

12. Frankreich hat Rußland von der allgemeinen Mobilmachung nicht nur nicht abgeraten, sondern ihm listige Ratschläge erteilt, wie es seine Vorbereitungen insgeheim fortsetzen könne, ohne Deutschland zu rechtzeitigen Gegenmaßnahmen herauszufordern.

13. Rußland war die erste Macht, die zu einer allgemeinen Mobilmachung geschritten ist.

Frankreich war die erste Macht, die den Entschluß zum europäischen Kriege einer anderen Macht amtlich mitgeteilt hat.

14. England hat in Petersburg niemals mit der gleichen Entschiedenheit wie Deutschland in Wien zum Einlenken geraten.

Grey hat im Gegensatz zu anderen englischen Diplomaten die Bedeutung der russischen Mobilmachung erst erkannt, als es zu spät war, und Petersburg nicht mehr einhalten wollte.

15. Die frühzeitige deutsche Kriegserklärung an Rußland war ein durch die ungeheure Gefahr der Zweifrontenlage erklärlicher politischer Fehler, die an Frankreich ein rein formaler Akt.

Weder die eine noch die andere war das entscheidende Ereignis. Nicht auf die Erklärung des Krieges kam es an, sondern auf die Handlung, die ihn unvermeidlich machte, und diese Handlung war die allgemeine Mobilmachung in Rußland.

16. England hat Deutschland den Krieg erklärt, weil es eine zweite Niederlage Frankreichs mit seinen Interessen nicht für vereinbar erachtete. Die Interessen Belgiens und der Vertrag von 1839, den Salisbury 1887 preiszugeben bereit war, bildeten dafür den populären Grund.

Das Marineabkommen mit Frankreich von 1912 zwang England obendrein aus seiner Neutralität herauszutreten, bevor die Belgiens verletzt war.

17. Das größere diplomatische Geschick war während der Krise auf Seite der Entente.

Durch die unwahren Angaben über deutsche Kriegsvorbereitungen, insbesondere über die angebliche Priorität der deutschen Mobilmachung, durch Aufbausung unbedeutender Grenzzwischenfälle zu Angriffen auf französisches Gebiet, und durch die Zurücknahme des Grenzschutzes um 10 Kilometer schuf Frankreich in London die Vorbedingung, die Benckendorff schon Ende 1912 als nötig für das Eingreifen Englands bezeichnet hatte: es erzeugte in London den Eindruck, daß „die Verantwortung für den Angriff auf die Gegner der Entente falle“.

17 Thesen zur Kriegsschuldfrage, in: Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ – Monatsschrift, 1925- I. S.33ff

Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag

Berliner Tageblatt – Nr.64 – Sonnabend, den 4. Februar 1888 – Morgen – S.1

Presse - Berliner Tageblatt – Nr.64 – Sonnabend, den 4. Februar 1888 – Morgen – S.1

Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag

Die Regierungen Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie haben sich zu der Veröffentlichung ihres am 7. Oktober 1879 abgeschlossenen Bündnisses entschlossen, um allen Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwerthet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe des Inhalts ihres Bündnißvertrages jede Zweifel hierüber ausschließen wird und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen. Der Text lautet:

„In Erwägung, daß Ihre Majestäten der deutsche Kaiser, König von Preußen und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, es als Ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen;

In Erwägung, daß beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche, im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen;

In Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn Niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren,

haben Ihre Majestäten
der Kaiser von Deutschland und
der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn,

indem Sie einander feierlich versprechen, daß Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Vertheidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Se. Majestät der deutsche Kaiser

Allerhöchstihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter General-Lieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuß k. k.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn,

Allerhöchstihren Wirklich Geheimen Rath, Minister des

Kaiserlichen Hauses und des Aeußeren, Feldmarschall-

Lieutenant Julius Grafen Andrassy von Csik-Szent-

Kiraly und Kraszna Horka k. k.

welche sich zu Wien am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt:

Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten Eines der beiden Reiche von Seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die Hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

Artikel II.

Würde Eines der Hohen kontrahirenden Theile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere Hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen Seinen Hohen Verbündeten nicht nur beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Hohen Mitkontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Mach von Seite Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden

sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden Hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß.

Artikel III.

Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden Hohen Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Theile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgetheilt werden.

Beide Hohen Kontrahenten geben Sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mittheilung für jetzt keinen Anlaß, - sollte sich aber die Hoffnung wider Erwarten als eine irrhümliche erweisen, so würden die beiden Hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß sie einen Angriff auf Einen von Ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müßten.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879.

H. VII. P. Reuß.
(L.S.)

Andrassy.
(L.S.)

Berliner Tageblatt – Nr.64 – Sonnabend, den 4. Februar 1888 – Morgen – S.1

Neues zur Geschichte der Emser Depesche.

Die Aufsehen erregende Veröffentlichung über die Genesis der Emscher Depesche in der der Hallenser Prof. Richard Fester in der „Deutschen Rundschau“ die schwierige Frage auf Grund des gesamten bisher bekannt gewordenen Materials in sichtvoller Weise löst, findet nunmehr ihren Abschluß und Höhepunkt, indem sie ein klares Bild jener schicksalsschweren Julitagen entrollt, die uns gerade in diesen Augenblicken erregtester Spannung so lebendig vor die Seele treten. Die große Wendung in den langwierigen Verhandlungen trat ja am 13. Juli ein, und vor der Aufhellung der Vorgänge an diesem Tage wendet sich der Gelehrte besonders zu.

Am 12. hatte der König und Bismarck die Hohenzollernkandidatur mit dem von Sigmaringen ausgehenden Verzicht als erledigt angesehen und waren fest entschlossen, die bisherige Defensivstellung abwartend zu behaupten. Da kam es am Morgen des 13. Juli zu jener bekannten Brunnenszene, dem dramatischen Gipfel der Emser Tage, bei der sich Benedetti zu einer peinlichen Aufdringlichkeit hinreißen ließ und mit der „neuen und unerwarteten“ Forderung der französischen Regierung herausrückte, der König solle dafür garantieren, daß die Kandidatur später nicht wieder aufgenommen werde. Bismarck, der schon immer eine Bloßstellung des Königs gefürchtet, hatte Eulenburg nach Ems geschickt, damit dieser einen nochmaligen Empfang des Botschafters verhüte. Benedetti aber drang auf eine neue Audienz! Er wollte wenigstens durchsetzen, da König Wilhelm die Verzichtleistung des Erbprinzen approbiere, und dazu schien der König geneigt. So gingen die Botschaften zwischen Wilhelm und Benedetti weiter hin und her, und dies erfüllte Abeken, den treuen Schüler Bismarcks, mit Besorgnis, so daß er sich zu der „größten Stunde seines Lebens“ aufraffte.

„Abgemacht“, „Schluß“, hatte ganz in Bismarcks Sinne des Königs Parole gelautet, und trotzdem fuhr er fort, mit Benedetti zu verhandeln. Das mußte ein Ende nehmen und dazu gab es nur noch einen Ausweg: an Stelle der Defensive mußte der entschlossene Angriff treten. Das Mittel, diesen schwerwiegenden Schritt herbeizuführen, hatte Abeken in seiner Mappe verschlossen: er zögerte keinen Augenblick, es jetzt hervorzuholen.

Es war das Telegramm des preußischen Gesandten in Paris, Werther, in dem dieser die Forderung des Herzogs Gramont mitteilte, König Wilhelm solle in einem förmlichen Entschuldigungsbrief des Verzicht genehmigen. Abeken hatte, als er mit der 9-Uhr-Post Werthers Bericht erhielt, den Inhalt sofort an Bismarck telegraphiert, glaubte aber im Sinne des Kanzlers zu handeln, wenn er dem König die Depesche vorenthielte. Nun schien ihm das Gegenteil notwendig; er teilte dem König mit, es sei eine Depesche Werthers eingelaufen, er sei aber sicher, Bismarck werde sie nicht vortragen, da sie dazu nicht geeignet erscheine. Wie er erwartet, befahl ihm darauf der König mit den jovialen Worten: „Nun, dann nehmen Sie an, wir seien auf einige Zeit Privatleute“, die Verlesung des Berichtes. Der ehrliche Heldenzorn, in den der König über diese französisch Anmaßung geriet, gebar nun den großen welthistorischen Entschluß, der in der Absendung der berühmten Depesche seinen Ausdruck fand. Noch aus dem zwei Stunden später geschriebenen Brief des Königs an seine Gemahlin hört man die Empörung heraus, die ihn ergriffen: „Hat man je eine solche Insolenz gesehen? Ich soll also als reuiger Sünder vor der Welt auftreten in einer Sache, die ich gar nicht angeregt, geführt und geleitet habe, sondern Prim, und den läßt man ganz aus dem Spiel. Wie die 10 Minuten vor 4 Uhr aufgegebene Depesche zustande kam, glaubt fester aus einer genauen Analyse des Wortlautes feststellen zu können. „Eurer Majestät – wird Abeken ungefähr gesagt haben – haben heute morgen in dem Schreiben an mich ein Protokoll über die Garantiforderung aufgenommen. Ermächtigen Sie mich, dem Herrn Ministerpräsidenten seinen Wortlaut zu telegraphieren und hinzuzufügen, daß Eure Majestät nach Empfang der Antwort des Fürsten von Hohenzollern „mit Rücksicht auf die französische Zumutung“ „auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen“ hätten, „Benedetti nicht mehr zu empfangen“, und daß ihm dies durch einen Adjutanten als Eurer Majestät letztes Wort mitgeteilt worden sei. Wenn Euer Majestät befehlen, „die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitzuteilen“, so ist die französische Regierung an deren Böswilligkeit nach Werthers Bericht nicht mehr gezweifelt werden kann, vor ganz Europa bloßgestellt.“

Ausdrücklich stellte König Wilhelm seinem Ministerpräsidenten anheim, die an ihn gerichtete Garantieforderung bekannt zu machen. Nachdem er so Bismarck die Vollmacht zur „Emser Depesche“ erteilt hatte, ließ er gegen 5 ½ Uhr Benedetti, indem er jede weitere Diskussion ablehnte, durch seine Flügeladjutanten noch einmal ausdrücklich „seine ganze und rücksichtslose Zustimmung zu dem Verzicht des Prinzen von Hohenzollern“ aussprechen. Merkwürdigerweise war gerade zur selben Zeit der französische Ministerrat übereingekommen, sich mit dieser Zustimmung des Königs zu dem Verzicht zu begnügen; Gramont hatte zu der nämlichen Zeit, da sein unglückseliger Gedanke eines Entschuldigungsbriefes in Ems so

entscheidende Wirkung tat, diese Idee völlig aufgegeben und nur zum unersetzlichen Schaden seines Vaterlandes vergessen, auch den preußischen Botschafter davon zu verständigen.

Bismarck aber nutzte nun die Blöße, die sich der Gegner gegeben hatte, mit prachtvoller Energie aus. Die geniale, wahrhaft im Ton des Heldendichters gehaltene Schilderung, die er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ von dem 13. Juli und dem Entstehen der Emser Depesche gibt, drängt die Ereignisse dramatisch zusammen und spitzt sie künstlerisch zu. Gewiß meint er es mit seinen Rücktrittsabsichten, von denen er spricht, nicht so ernst, doch hatte er bereits vor dem Eintreffen der Depesche des Königs einen entscheidenden Schritt getan und mußte zweifeln, ob ihn der Herrscher nicht im Stich lassen würde. Noch bevor er von der offiziellen französischen Garantieforderung wußte, hatte er in einem Gespräch mit dem englischen Gesandten durch die meisterhafte aller Paraden dem Gegner die Klinge schon fast aus der Hand geschlagen. Er erklärte nämlich dem englischen Botschafter, er werde darauf bestehen müssen, daß Frankreich in irgend einer offiziellen Form kundgebe, es sei mit der Lösung der spanischen Frage durch den Verzicht zufrieden und verlasse seine drohende Haltung. Durch diese Andeutung, von der er wußte, daß sie nach Paris gemeldet werde, hatte er sich die Gewißheit verschafft, daß ihm in letzter Stunde niemand in den Arm fallen werde. In dieser Stimmung empfing er Abekens Telegramm, durch das er zur Veröffentlichung der Garantieforderung Benedettis ermächtigt wurde. Nicht von einer „Fälschung der Emser Depesche“, von der man 22 Jahre lang ohne Kenntnis des Urtelegramms gefabelt hat, kann als o die Rede sein, sondern Abeken, und durch ihn der König, hatte Alarm geblasen; Bismarck hatte nichts weiter, zu tun, als die Fanfare überall ertönen zu lassen.

„Das außerordentliche der Emser Depesche“, so stellt Fester fest, „ist daher nicht da zu suchen, wo es immer gesucht worden ist, im Zusammenstreichen oder gar im Verschweigen, daß der König mit Benedetti noch weiter verhandelte. Außerordentlich ist lediglich der Umstand, daß die erste offizielle Kundgebung über die Emser Verhandlungen nichts weiter als ihren Abbruch meldete.“ Seit dem 4. Juli war nichts mehr von deutscher Seite offiziell über das Vorgehen der französischen Regierung veröffentlicht worden; man ahnte nur Dunkles von den Emser Verhandlungen, und so mußte denn die in buchstäblicher Ausführung der königlichen Ermächtigung erfolgte Mitteilung Bismarcks, Frankreich habe trotz dem Verzicht die Garantieforderung gestellt und der König „hat daraufhin abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.“ eine außerordentliche Wirkung tun

Bismarck sorgte auch dafür, daß die Nachricht von dem Ansinnen eines Entschuldigungsbriefes, das an König Wilhelm gestellt worden war, zur Kenntnis des Zaren und König Ludwigs II. von Bayern gelangte. Der Königsstolz des jungen Wittelsbacher und die verwandtschaftlichen Gefühle Alexanders II. für seinen Oheim wurden dadurch nicht vergebens angerufen. In Ems wie in Berlin waren nun die Würfel gefallen. Wenn aber die Emser Depesche versagen sollte, so hatte Bismarck durch die Frage, die er in Paris stellen wollte, dafür gesorgt, daß Frankreich zuerst den Frieden brach und durch einen Angriff die Einigung Deutschlands vollendete. Diese drohende Aussicht eines preußischen Ultimatums ist denn auch gewesen, die aus der selbst am 14. Juli noch schwankenden Haltung die französische Regierung schließlich zum Kriege drängte. Mit der Ablehnung einer Garantie durch den preußischen König hatte man sich bereits ausgesöhnt. Als aber der österreichische Geschäftsträger die Unterredung Bismarcks mit dem englischen Botschafter haarklein nach Paris telegraphierte, als Bismarcks Gedanke einer preußischen Garantieforderung, eines preußischen Ultimatums bekannt wurde, da war „die einzige Rettung der kaiserlichen Regierung vor der Revolution der Krieg.“

Durch die ausführlich Darlegung Festers wird also erwiesen, daß der Urheber der Emser Depesche Abeken und nicht Bismarck ist, daß aber nicht die Depesche, sondern die noch gar nicht erhobene Garantieforderung Bismarcks der Unentschlossenheit der französischen Regierung ein Ende machte und somit zum eigentlichen Kriegsgrund wurde.

Bethmann Hollweg über die Schuld am Kriege

Für einen unparteiischen Staatsgerichtshof. Der frühere Reichskanzler, Dr. v. Bethmann Hollweg, hat sich gestern einem Mitgliede der Schriftleitung der „Deutschen (früher Norddeutschen) Allgemeinen Zeitung“ gegenüber zu der Veröffentlichung der bayerischen Regierung über das österreichische Ultimatum an Serbien geäußert. Er ist der Auffassung, daß das Ultimatum, dessen Wortlaut man vor seiner Absendung in Berlin nicht gekannt habe, allerdings zu scharf gewesen sei. Aber die Veröffentlichung der bayerischen Regierung berücksichtige weder die politische Gesamtlage seiner Zeit, die für Deutschland einfach lebensgefährlich gewesen sei, noch die späteren allgemeinen Vorgänge. Im übrigen sehne er selbst den Tag herbei, wo er vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem aber von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden müßte, der Wahrheit zum Siege verhelfen könne.

Im Einzelnen führte der Exkanzler dazu in der Unterredung aus:

Heute wird wohl niemand mehr bestreiten wollen, daß die große Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, diejenige Rußlands, mit besonderer Stärke seit dem japanischen Kriege, auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Rußland betrieb in Verfolgung seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens eine systematische Aushöhlung der Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten und beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesamtpolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands. Daß diese Situation für Deutschland lebensgefährlich war und immer lebensgefährlicher wurde, je mehr die Stellung seines österreichischen Bundesgenossen durch die mit russischer Beihilfe erfolgenden serbischen Umtriebe geschwächt wurde, liegt auf der Hand.

Wie wenig es in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus unserer gesamten weiteren Haltung. Ich darf die entscheidenden Momente kurz rekapitulieren.

Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, war durchaus kein abwegiger Gedanke. Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem seinigen gemacht und unterstützt. Gescheitert ist unsere Absicht lediglich an Rußland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen. Nunmehr setzten unsere Vermittlungsversuche zwischen Wien und Petersburg ein. Sie erinnern sich, wie infolge unserer Bemühungen, die Konversation zwischen Wien und Petersburg in Fluß kam, als Rußland plötzlich und entgegen den uns ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobilmacht. Daß diese Generalmobilmachung der Krieg war, der von einer allmächtigen Partei Rußlands gewollte Krieg – nun ich meine daran kann nach den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow kein Mensch mehr einen Zweifel haben.

Wie kam es nun, daß trotz dieser Tatsachen, über die ich schon im Reichstage wiederholt gesprochen habe, die Schuld Deutschlands zur Überzeugung fast der ganzen Welt geworden ist? Ich sehne ja den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Darum will ich jetzt nicht von der staunenswerten Propaganda sprechen, mit der unsere Gegner es verstanden haben, durch Mischung von Wahrem und Falschem uns bei der gesamten Menschheit in Mißkredit zu bringen, sich selbst aber als die alleinigen und selbstlosen Verfechter aller großen und edlen Menschheitsgedanken hinzustellen. Ich will vielmehr ganz offen und nüchtern von dem Teil der Schuld sprechen, der uns selbst an diesem Weltunheil trifft.

Zunächst ein kurzes Wort über Belgien. Es ist bekannt, wie die unselige Not- und Zwangslage, welche unseren Einmarsch in Belgien herbeiführte, uns nicht nur den Ruf Barbaren, sondern auch den Vorwurf des am Kriege Schuldigen eingetragen hat. Ich habe am 4. August offen und ehrlich über Belgien gesprochen. Sie wissen, wie mir meine damaligen Worte später von einem großen Teil unserer öffentlichen Meinung als Verbrechen angerechnet worden sind. Ich bleibe noch heute bei jedem meiner damaligen Worte stehen und habe ihnen nicht hinzuzufügen.

Dann Elsaß-Lothringen. Der Präsident Wilson fordert bekanntlich in seinen vierzehn Punkten die Wiedergutmachung des Unrechts, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt worden sei, und das, wie der Präsident sich ausdrückt, den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren in Frage gestellt habe. In den Worten des Präsidenten wird – ich darf das hervorheben – das Anerkenntnis klar angesprochen, daß es im praktischen Effekt die Aspirationen Frankreichs auf den Rückeroberung Elsaß-Lothringens waren, welche im letzten halben Jahrhundert die Welt nicht zur Ruhe kommen ließen. Unsere Schuld aber erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsaß-Lothringen eine Behandlung

angedeihen zu lassen, welche seine Bewohner den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich vergessen ließ.

Vor allem aber müssen wir zugestehen, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und Sünden unseres allgemeinen Gebarens zu der kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen, alldeutsche Treibereien haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvolle Gegensätze geführt hat. Dazu mannigfache Mängel in unserer inneren Politik.

Die Offensive durch Belgien 1914. von Graf Monts

Noch steht mir in genauester Erinnerung, welch lärmendes Entsetzen mich packte, als bei Beginn des Weltkrieges der damalige Staatssekretär des Äußeren auf die englische Frage, wie wir es mit der Neutralität Belgiens hielten, ausweichend antworten mußte. Wie war damals die Lage? Die kleine aber mächtige russische Kriegspartei hatte in richtiger Erkenntnis, daß erstens nur durch einen äußeren Krieg der revolutionäre Umsturz des Zarenregimes vermieden werden konnte, und daß zweitens der englisch-deutsche Gegensatz im starken Abflauen begriffen, vielleicht bald eine Art Einvernehmen Platz machen würde, die Lunte an das südslawische Pulverfaß gelegt und mit dem durch Herrn Hartwig inszenierten Mord von Sarajewo Europa zum Auffliegen verurteilt.

Hand in Hand mit dieser Aktion ging eine Mobilisierung namentlich der sibirischen, transkaukasischen und trukestanischen Armeekorps. Es ist erstaunlich, daß die Bereitschaft dieser Elitetruppen den Spähern unseres und des k.u.k. Generalstabes entging. Hier muß unfehlbar grobe Fahrlässigkeit gewaltet haben, denn alle militärischen Maßnahmen der beiden verbündeten Kaisermächte gingen von der Voraussetzung aus, daß man noch mehrere Monate Zeit hätte, bis das eigentliche Gros der russischen Armee an unseren ganz offenen Ostgrenzen aufmarschiere. Es war auf Grund dieser irrigen Annahme zwischen beiden Generalstäben vereinbart worden, daß inzwischen Frankreich erledigt werde und dann dort freiwerdende 30 Divisionen rechtzeitig zu den österreichisch-ungarischen Armeen in Polen stoßen könnten. Nach Ansicht unseres Generalstabes erschien aber die schnelle Erledigung der französischen Republik nur durch Umgehung der Sperrfortslinie und einen Einbruch über Belgien erreichbar.

Die Nachfahren der Moltke und Schlieffen beriefen sich auf Hefte dieser beiden bedeutenden Generale. Fürst Bismarck (Hermann Hofmann: Fürst Bismarck 1890 – 1898, Bd., 2, S194 ff.) dagegen behauptet, daß Moltke der Meinung gewesen, „Deutschland könne im Fall eines Zweifrontenkrieges im Besitz von Metz und Straßburg mit Mainz-Köln, Koblenz dahinter die Defensive gegen Frankreich auf unbestimmte Zeit hinaus schlecht erhalten und inzwischen ruhig den russischen Krieg zum Abschluß bringen“. Angeblich hätten Schlieffens Denkschriften anders gelautet. Aber zu des letzteren Lebzeiten war die russische Heeresverstärkung auf eine Friedenspräsenz von 1 ½ Millionen noch nicht durchgeführt. Ebenso wenig war damals das westliche Festungs- und das an unsere Grenzen führende strategische Bahnnetz mit Hilfe der französischen Milliarden, der Vollendung nahe.

Es scheint mir sehr zweifelhaft, ob Graf Schlieffen bei so gänzlich veränderten Umständen den Russen die offene Flanke geboten hätte. Nach meiner Kenntnis der Dispositionen Schlieffens rechnete dieser verständige Mann auch niemals mit einer Mitwirkung Italiens. Unser Generalstab und wohl auch unsere politische Leitung waren trotz aller Warnungen in diesem Punkte unbelehrbar. In Freiburg war das Quartier gemacht für die als Vorhut der italienischen 4. Armee gedachte Kavalleriedivision. Auch war unsere Militärmission, die dieser fiktiven Armee beigegeben werden sollte, schon bis Florenz gereist, wo sie unverrichteter Dinge umkehren mußten. Vielleicht noch mehr wie die im Elsaß entbehrt Hilfe fiel das Ausbleiben der supponierten Festhaltung von 300.000 Franzosen an der Alpengrenze ins Gewicht. So basierte der Kriegsplan unseres Generalstabes auf einem zweiten schwerwiegenden und unbegreiflichen Irrtum. Das Schlimmste aber war der betrübende Optimismus, mit dem sich über den von unserer Londoner Vertretung und von allen einigermaßen mit englischer Geschichte und englischen Gedankengängen betrauten deutschen Diplomaten und Politikern im Fall eines Einbruchs in Belgien vorausgesagten Eintritt der englischen Weltmacht in den Krieg hinwegsetzte.

Es trifft auch hier unseren Generalstab und unsere Admiralität schwere Schuld. Überschätzung der eigenen und durch nichts begründete Unterschätzung der Kraft des größten Reiches, das die Welt je gesehen. Der weitere Verlauf des Feldzuges bestätigt die Richtigkeit der hier vertretenen Ansicht. Bei der geradezu hervorragenden Qualität unserer Truppen aber hätte eine fähigere Leitung wie die des Großen Hauptquartiers noch immer und trotz allem an unsere Fahnen den Siegeslorbeer heften können, wenn nicht der übereilte Marne-Rückzug alle Chancen des Vabanquespieles aus der Hand gegeben hätte. Angeblich soll ein junger Major an die Front geschickt worden sein mit Vollmacht, das weitere Vorgehen oder den Rückzug zu befehlen.

Unbegreiflich war auch die Wegnahme zweier im Osten dringend benötigter Korps von der Nordfront statt aus dem nicht bedrohten Elsaß, um gar nicht der unnützen und aus dem Plan fallenden, so verlustreichen aggressiven Kämpfe vor Metz zu gedenken.

Man wird fragen: Wie konnte unsere zivile Reichsregierung ihr Einverständnis mit der abenteuerlichen Idee der westlichen Offensive und des Einbruchs in das neutrale Belgien erklären? Hier machte sich schon der so oft beklagte Fehler unserer Verfassung geltend, daß nur ein Mann im Reiche die Verantwortung trug, daß diesem Mann keine Ministerkollegen, sondern nur nachgeordnete Stellen zur Seite gesetzt waren, und daß namentlich dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes bei nicht fachmännischer Schulung resp. geringer

Begabung des Kanzlers auf dem Gebiete der auswärtigen Politik absolut keine Drückmittel zu Gebote standen, um seinen Vorgesetzten von groben Fehlern und Torheiten zurückzuhalten. Wir glauben zu wissen, daß im Auswärtigen Amte schwere Bedenken gegen die militärischen Absichten bestanden. Der belgische Plan des Generalstabes war in und außerhalb Berlins politischen Kreisen kaum ein Geheimnis, um so unbegreiflicher erscheint es, daß weder der erste Kriegskanzler noch sein unmittelbarer Amtsvorgänger sich diesen von jungen Generalstabsoffizieren und unreifen Prinzlichkeiten oft vorlaut und präpotent geäußerten belgischen Velleitäten durch Stellung der Kabinettsfrage widersetzen. Bülow und Bethmann haben durch Gehen- und Geschehenlassen und durch Nichtinformierung der Krone unvergleichliche Schuld auf sich geladen. Der Ausbruch des Unwetters kam dann freilich so plötzlich, es scheint Bestürzung und Verwirrung bei den maßgebenden Stellen geherrscht zu haben, und niemand dachte wohl daran, sich ernstlich dem für ganz andere Lagen und Zeiten festgelegten Aufmarschschimmel des Generalstabes zu widersetzen.

Hinzu traten aber auch noch andere Erwägungen. Es war für unsere Diplomatie kein Geheimnis, daß unter dem neuen König, Belgien bedenklich in das Ententefahrwasser geraten war, man erhielt wohl auch Wind von den Abmachungen Barnadiston-Jung. Die belgische Armee hatte in allerneuester Zeit ihre Stände erheblich erhöht. Die Sorge war nicht abzuweisen, daß, spielte Deutschland nicht das Praevenire, Frankreich in Belgien unter Konnivenz der dortigen Regierung einbrechen und uns flankieren würde.

Aber all diese Bedenken und Befürchtungen wogen federleicht gegen den unserem Einmarsch in Belgien automatisch folgenden Eintritt Englands in den Krieg. Herr v. Bethmann scheint sich leider in dieser Hinsicht bei seiner Unkenntnis der auswärtigen Dinge Illusionen hingegeben zu haben; man nahm auch in Berlin unseren Botschafter in London nicht au serieux und unterschätzte den nur nach einem Vorwande zum Bruche spähenden bösen Willen und die Energie der Kriegspartei des englischen Kabinetts. Daß es diesen Männern ohne Belgien und ohne ein aggressives Vorgehen unsererseits gegen Frankreich nicht gelungen wäre, dem Unterhaus die Zustimmung zum Kriege zu entreißen, ist meine feste Überzeugung. Es braucht hier nicht hervorgehoben zu werden, daß das so sittlich entrüstete England sich in viel weniger bedrängter Lage noch schlimmere Verstöße gegen Verträge und Völkerrecht zuschulden kommen ließ, **right or wrong my country**, gegenüber den beiden formidablen Kontinentalmächten Rußland und Frankreich durften wir uns aber nie und nimmer den Luxus einer dritten Gegnerschaft gestatten. Die politische Konstellation war so, daß England unter keinen Umständen eine Vernichtung oder wesentliche Schwächung der Macht seines Ententegenossen zugegeben hätte, bezüglich Rußland lagen die Dinge aber ganz anders. Man berichtet uns, daß der Sieg bei Tannenberg in England mit kaum verhohlener Freude begrüßt wurde. Die Verkennung der Weltlage durch unsere maßgebenden Faktoren, das Zurücktreten der politischen Notwendigkeiten gegen noch dazu fehlerhafte militärische Entschlüsse; verbunden mit der Strategie Moltkes und gar erst Falkenhayns, stürzten uns dann in verhängnisvolle Krisen. Die Rückwirkung auf die Gesamtheit der Neutralen wurde unterschätzt, ebenso wie unsere militärische Neben- und Oberregierung nie einen rechten Begriff hatte von den Imponderabilien und von der Wichtigkeit von Sympathien und Antipathien. Eine einseitige russische Orientierung unserer Offensive, Gewehr bei Fuß der anderen Hälfte unserer Armee in Frankreich gegenüber, wäre von den besten Wünschen der ganzen gesitteten Welt getragen gewesen. Das deutsche Volk wird mit Ehren vor der Geschichte bestehen können, ein anderes Urteil aber wird sie über seine damaligen Feldherrn und Staatsleiter fällen, die tief unter ihrer Aufgabe standen. Jetzt indes heißt es: *quidquid delirant reges, plectuntur Achivi* [*Alles, was die Könige in ihrer Raserei verschulden, die Achäer (die Völker) müssen es büßen; Horatz*]

Eine Erklärung Bethmanns.

Berlin, 27. November. Der frühere Reichskanzler Bethmann-Hollweg äußerte gestern einem Mitgliede der Schriftleitung der „**Deutschen Allgemeinen Zeitung**“ gegenüber zu der Veröffentlichung der bayrischen Regierung unter anderem folgendes: Die bisherigen Veröffentlichungen der bayrischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation noch die Vorgänge, die sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben. Es ist vollkommen richtig, daß wir Oesterreich beigestimmt haben, als es nach dem Attentat von Sarajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte, daß wir uns auch zur Erfüllung der Bündnispflichten ausdrücklich bereit erklärten, falls sich aus dem Vorgehen gegen Serbien weitere kriegerische Komplikationen ergeben sollten. Wir haben deshalb auch nie und in keiner Form, also auch nicht durch einen Hinweis auf die Nordlandreise des Kaisers und auf den Urlaub des Generalstabschefs und des Kriegsministers behauptet, wir seien durch die Aktion Oesterreichs überrascht worden. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Absendung nicht gekannt. Die gegenteilige Behauptung ist jedenfalls, soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Ich habe das Ultimatum, auch nachdem es danach zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten. Unsere Politik trug dieser meiner Ansicht im Verlaufe der Dinge vollkommen Rechnung. – Heute wird wohl niemand bestreiten wollen, daß die große Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, diejenige Rußlands, in besonderer Schärfe seit dem japanischen Kriege, auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Rußland betrieb zugleich in Verfolgung dieser seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens die systematische Aushöhlung der Stellung Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch eine kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten. Beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesamtpolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands.

Bethmann-Hollweg rekapitulierte dann die deutschen Bestrebungen, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, die an Rußlands Haltung scheiterten, und die Vermittlungsversuche zwischen Petersburg und Wien, die dadurch zunichte gemacht wurden, daß Rußland plötzlich entgegen den Deutschland ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobil machte. Daß dies der Krieg war, der von der allmächtigen Partei Rußlands gewollte Krieg, daran kann nach den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow kein Mensch mehr einen Zweifel haben. Ich sehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor dem unparteiischen Staatsgerichtshof der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Ich fürchte aus einseitigen fragmentarischen Publikationen kann nur Verwirrung entstehen. Aber ich zweifle, ob es richtig ist, in diesem Momente, wo wir dem Frieden entgegengehen sollen, die Leidenschaften neu aufzupeitschen.

Kein Friedensangebot an Deutschland.

Zu den im Anschluß an die bekannte Erklärung des bayerischen Finanzministers Jaffe von der Presse angestellten Erörterungen kann nach Erkundigungen an zuständiger Stelle nochmal mit aller Bestimmtheit erklärt werden: In keinem Zeitpunkt des Krieges ist von feindlicher Seite amtlich oder in hinreichend beglaubigter Form mit einem Friedensangebot an uns herangetreten worden.

Die Schuld am Kriege. Äußerungen des Staatssekretärs Zimmermann.

Zu den Enthüllungen der bayerischen Regierung über die Frage der Schuld am Kriege nimmt in der „**Deutschen Allgemeinen Zeitung**“ nach Herrn v. Bethmann Hollweg nun auch der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann das Wort, der bei Kriegsausbruch als Unterstaatssekretär eine bedeutende Rolle gespielt hat. Die Gedankengänge Zimmermanns decken sich ungefähr mit denen Bethmanns. Auch er geht davon aus, daß Österreich-Ungarn durch die panslawistischen Treibereien Rußlands und Serbiens in seinem Dasein gefährdet war und das energische Auftreten der Monarchie nach dem Mord in Sarajewo im Interesse einer Gesundung der europäischen Verhältnisse notwendig geworden sei. Österreich-Ungarn wünschte Bulgarien anstelle des wankenden Rumänien in den Bund der Mittelmächte aufzunehmen und vermittelte diese Anregung in einem Brief des Kaisers Franz Joseph an Kaiser Wilhelm und in einer Denkschrift den maßgebenden deutschen Stellen. Diese Tatsachen bilden den Ursprung der Legende von einem Kronrat in Potsdam.

In der von Zimmermann entworfenen Antwort der Reichsleitung heißt es u. a.:

„Die Gefahren der panslawistischen Agitation würden auch in Deutschland nicht verkannt. Der Heranziehung Bulgariens an den Dreibund wurde mit gewissen Vorbehalten zugestimmt. Es wurden Bemühungen in Bukarest in Aussicht gestellt, um Rumänien bei dem Bündnis zu erhalten und von der gefährlichen serbischen Propaganda loszumachen; zu dem Konflikt mit Serbien wurde eine Stellungnahme abgelehnt. Es wurde aber betont, daß Deutschland gemäß dem Bündnis und der alten Freundschaft treu zu Österreich-Ungarn stehen würde.“

Man wird danach, fährt Zimmermann fort, wohl schwerlich, wie es der bayerische Stimmungsbericht darstellt, von einer Blankovollmacht sprechen können.

Zimmermann erklärt weiter, **daß der Inhalt des Ultimatums an Serbien zu jener Zeit noch nicht feststand oder zum mindesten der deutschen Regierung nicht bekannt gewesen ist. Das Ultimatum wurde vielmehr erst so spät nach Berlin mitgeteilt, daß Deutschland keine Möglichkeit mehr hatte, auf seine Milderung hinzuwirken. Deutschland müsse die Verantwortung für die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts zum Weltkrieg ablehnen.**

Schließlich fordert auch Zimmermann so wie Bethmann die Untersuchung der Schuldfrage durch einen Staatsgerichtshof oder noch besser durch einen internationalen Gerichtshof.

★

Die Ausführungen Zimmermanns ebenso wie die Bethmanns zeigen klar, daß die Haltung Deutschlands vor Ausbruch des Weltkrieges zumindest, soweit es sich um politische Faktoren handelt, so friedlich war, als es innerhalb des Rahmens der deutschen Gesamtpolitik möglich gewesen ist. Diese Gesamtpolitik war aber auf den deutsch-slawischen Gegensatz aufgebaut, der, insbesondere was das Verhältnis zu Rußland betrifft, als unabänderliches Axiom betrachtet wurde. Die deutschen Irrtümer, die den Krieg mitverschuldet haben, sind also nicht so sehr im Augenblick seines Ausbruchs zu suchen, als vielmehr in den vorangegangenen Jahren, in denen Deutschland es versäumt hat, die russische Politik zu seinen und dadurch auch zu Österreichs Gunsten zu beeinflussen. Es hat dadurch eine Situation geschaffen, die anderen an den Zerwürfnissen der europäischen Festlandstaaten interessierten Kräften freies Spiel ließ.

Neue „Enthüllungen“.

Wien, 28. November. Der Berner Berichtersteller des „**Neuen Wiener Journal**“ veröffentlicht angeblich zuverlässige Mitteilungen einer dem früheren österreichischen Ministerium des Äußeren nahestehende Persönlichkeit, wonach Graf Czernin kurze Zeit nach seinem Amtsantritt Kaiser Wilhelm das wirtschaftliche und militärische Ende Österreich-Ungarns geschildert und den Kaiser um möglichst schnellen Frieden gebeten habe. Der Kaiser wies Czernin an Hindenburg und Ludendorff. **Während sich Hindenburg passiv verhielt, soll Ludendorff auf Czernins Erklärung, Österreich-Ungarn müsse unter Umständen einen Sonderfrieden schließen, mit größtem Ernst geantwortet haben:**

„Sagen Sie Kaiser Karl, daß an dem Tage, an welchem Österreich-Ungarn einen Sonderfrieden schließt, er eine Kriegserklärung Deutschlands zu gewärtigen habe. Einen solchen Akt von Treubruch können wir nur mit dem Beginn von Feindseligkeiten beantworten.“

Graf Czernin brach hierauf das Gespräch ab und erklärte in Wien Kaiser Karl unser Schicksal ist auf Tod und Leben mit dem Deutschlands verbunden. Wir können nicht anders als an seiner Stelle ausharren.

Ist an der Meldung überhaupt Wahres - was erst abgewartet werden muß - so kann nur angenommen werden, daß Ludendorff damals der Meinung war, daß Österreich nicht am Ende seiner Kraft war sondern daß Kaiser Karl eben um jeden Preis Frieden machen wollte, woraus er ja nie ein Hehl gemacht hat. Daß Österreich-Ungarn damals tatsächlich nicht am Ende seiner Kraft gewesen ist, hat sich doch hinterher erwiesen. Daß wir mit Österreich-Ungarn in Kriegszustand geraten wären, wenn es einen vorzeitigen Sonderfrieden abgeschlossen hätte, was selbstverständlich, da unsere Feinde es dann eben sicher als Aufmarschgebiet gegen uns benutzt hätten.

Die Schuld am Weltkriege.

Berlin, 9. Dezember. Einer Amsterdamer Meldung zufolge sagte Lord Haldane: **Wir haben am Montag, den 3. August 1914, um 11 Uhr vormittags, mobilisiert, 36 Stunden, bevor wir den Krieg erklärten.** Wenige Stunden nach der Kriegserklärung war das Expeditionskorps über dem Kanal, bevor noch jemand etwas wußte. – Die „**Berliner Neuesten Nachrichten**“ bemerken hiezu: Dieses späte Bekenntnis des gewesenen englischen Kriegsministers läßt ein Urteil zu, welche Umstände letzten Endes den Weltkrieg herbeigeführt haben. England hat bereits mobilisiert, als der englische Botschafter in Berlin, Sir Goschen, noch mit dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg verhandelte.

Inhaltsverzeichnis		
1. Teil		
	Bemerkung	
3	Vorspann	
6	27.06.1914 – Die Entscheidung – Gedanken zur politischen Situation in Europa von H.Rath	DVB
7	Der „Pangermanismus“	
8	Deutsche Kolonie in China	
11	Der Boxeraufstand	
12	16.03.1885 – Kolonialpolitik im Reichstag – Montag, 16. März 1885	
14	Einrichtung von Postdampfer-Linien	
14	Der Kaiser und die chinesische Kolonie	
15	England	
16	Der Kanal-Tunnel	
17	Englands Handeln	
20	Englands Charakter	
21	Englands Kriegsvorbereitungen	
23	Frankreich	
23	Der Haß der Franzosen in der Dichtung	
25	Frankreichs Haltung gegenüber Deutschland	
26	Militärische Konvention zwischen Frankreich und Rußland 1891	
27	Russisch bezahlte Presse-Propaganda	
30	Rußland	
30	Berliner Kongreß	
31	Rußlands Streben – mit dem Ziel Deutschland	
32	Rußlands Hinwendung zu Frankreich – vorbereitet ab 1887	
36	Rußlands rüstet gegen Deutschland	
37	Amerika - Rußland – England – Frankreich – sie bereiten einen Krieg vor	
38	Amerikas Verpflichtungen gegen England und Frankreich	
39	Amerikas Entgelt als Mitglied des Bündnisses	
40	Österreich	
40	Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag von 1879	
41	Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914	
43	Italien - Das deutsch-italienische Bündnis	
45	Italien wechselt die Seiten	
46	Die Bedingungen Italiens, sich der Entente anzuschließen	
48	Belgien	
48-52	Belgiens Neutralität	
2. Teil		
53	Deutschland – Die Gründung des Deutschen Reiches, zweite Ausgabe	
54	Die „Emser Depesche“ – Der Krieg 1870/71	
60	Was Frankreich aus seiner Niederlage 1870/71 macht	
61	Kaiser Wilhelm I. – Vollendung der 88 Jahre	
63	Die Gegner der Monarchie in den Reihen des Reichstags	
65	Die Regierungsvorlage über die Verstärkung der Friedenspräsenzstärke des Heeres	
68	Marinerüstung Deutschlands und der Entente 1887	
69	Tod Kaiser Wilhelm I. - Dreikaiserjahr 1888	
70	Fürst Bismarck geht	
72	Bessere Sozialgesetzgebung wie in England	
72	Reichskanzler Caprivi – Bismarcks Nachfolger	
73	Militärvorlage am 23. November 1892 im Reichstag – Rede Caprivi	
73	Reichstagsrede Reichskanzler Caprivi	

74	„Die Emser Depesche“ (2) und der deren Bedeutung in Bezug auf das Militär	
76	Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland 1890	
79	Die Krüger-Depesche – Winter 1895/ 1896	
80	Die Vertreibung aus dem Paradies	
81	Englands Aufforderung an Deutschland, sich in Siam zu engagieren	
82	„Made in Germany“	
87	Französisch-Russischer Zweibund 1890 – 1894 – die Entente bereitet sich vor	
88	Marinerüstung der Entente und des Dreibundes	
92	Konnte Deutschland es sich leisten, bei diesen militärischen Verhältnissen uns Bündnissen einen Angriffskrieg zu beginnen?	
93	Die „Schnäbele“ Affäre	
94	Helgoland	
95	Die Dreyfus-Affäre	
95	Nord-Ostsee-Kanal	
95	Zar Nikolaus II.	
97	Lord Haldane – englischer Kriegsminister – sein Neutralitätsangebot	
98	Die Stellung des Kaisers in der Verfassung	
99	Kaiser Wilhelm – Zeugnisse für die Kriegsvorbereitung der Feinde	
101	Chamberlains Angebot	
102	Kaiser Wilhelms Sicherung der Grenzen Deutschlands	
103	Man wappnet sich für den unausweichlichen Krieg	
104	Der Kaiser 1907 auf Einladung zu Besuch in England	
104	Folgen des Englandbesuches	
105	Deutschlands und Englands Flotte	
106	Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus in Potsdam – November 1910	
107	Die Entente ist bereit	
110	Die englisch-japanischen Verhandlungen	
111	Frankreich und England und Marokko	
112	Man will Schleswig-Holstein besetzen – Brüssel aktiv mit dabei?	
114	Das Bild, die Kathedrale zum Einsturz zu bringen	
116	Die Bagdadbahn	
116	Serbien – Balkan - Rußland	
118	Balkan – Erlebnisse einer britischen Künstlerin und Schriftstellerin in Serbien – M.E. Durham	
3. Teil		
121	Juli-Krise	
	27.06.1914 - Serbische Umtriebe	VOS
	27.06.1914 - Regentschaftswechsel in Serbien	DVB
	27.06.1914 - Die Gebirgsmanöver in Bosnien	DVB
122	28.06.1914 - Der Mord am österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz-Ferdinand	
	29.06.1914 – Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers und seiner Gattin	BTB
	29.06.1914 – Der amtliche Bericht	BTB
123	29.06.1914 – Die erste amtliche Nachricht	DVB
	29.06.1914 – Telegramm des bayerischen Botschafters in Berlin nach München	
124	Serbiens Vorbereitung des Attentats auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger	
125	30.06.1914 – Telegramm des bayerischen Botschafters in Wien nach München	
126	30.06.1914 – Zusammenhang mit Belgrad	DVB
127	30.06.1914 – Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin – Meldung an Kaiser Wilhelm	NAZ
	Kaiser Wilhelm – Die nur gezwungen angetretene Nordlandreise	
128	Kaiser Wilhelm und die Verschwörung gegen Deutschland	
129	Marine-Manöver	

	27.06.1914 – Griechenland – Einberufung der Marinereservisten	VOS
	27.06.1914 – Die Dardanellen	VOS
	27.06.1914 – Das englische Geschwader in Konstantinopel	DVB
130	28.06.1914 – Der Generalstabschef der russischen Marine in Frankreich	DVB
	18.07.1914 – Frankreich	WZ
	19.07.1914 – Großbritannien – Die Flottenparade in Portsmouth	WAP
132	Tendenzen	
136	Presse Marathon	
	29.06.1914 – Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin von Hohenberg ermordet	DVB
	29.06.1914 – Erzherzog Franz Ferdinand+	DVB
137	29.06.1914 – Die erste amtliche Nachricht	DVB
	30.06.1914 – Oesterreich-Ungarns Aufgabe	VOS
139	Juli	
	03.07.1914 – Der serbische Major als Verschwörer	VOS
	03.07.1914 – Poincares Rußlandreise	VOS
	18.07.1914 – Frankreich	WZ
140	18.07.1914 – Erzherzog Franz Ferdinand +	WZ
	18.07.1914 – Eine Rede Lloyd Georges	WAP
	18.07.1914 – (Streik in Petersburg)	VOS
141	18.07.1914 – Frankreich - Zeitungsstimme	WAP
	18.07.1914 – Die Flottenschau in Spithead	VOS
	18.07.1914 – Großbritannien – Die Flottenparade in Portsmouth – 1	WAP
	19.07.1914 – Großbritannien – Die Flottenparade in Portsmouth – 2	WAP
	19.07.1914 – Englische Lokomotivbestellungen in Deutschland	VOS
142	19.07.1914 – Das französische Kriegsmaterial	NAZ
	20.07.1914 – Serbische Rüstungen	VOS
	20.07.1914 – Frankreich – Die Reise des Präsidenten	WAP
	21.07.1914 – Ausland – Die Abreise des Präsidenten	WZ
143	21.07.1914 – Rußland – Der Besuch des Präsidenten Poincare	WZ
144	21.07.1914 – Die Trinksprüche von Petershof	VOS
	21.07.1914 – Die Flottenrevue in Portsmouth	DVB
	21.07.1914 – Poincare in Rußland	DVB
	21.07.1914 – Rußland für Serbien?	DVB
145	21.07.1914 – Die österreichische Note	VOS
	22.07.1914 – Rußland – Der Besuch des Präsidenten Poincare – französische Presse	WZ
	22.07.1914 – Unmittelbar vor der Entscheidung	TAZ
146	22.07.1914 – Hohn auf Österreichs Friedensliebe	TAZ
147	22.07.1914 – Die serbische Mobilisation	TAZ
	22.07.1914 – Der Hochverrat in Bosnien	TAZ
	22.07.1914 – Die Abreise des russischen Botschafters von Wien	DVB
	22.07.1914 – Die serbischen Rüstungen	DVB
148	22.07.1914 – Eine Begegnung des Grafen Berchtold mit dem deutschen Reichskanzler	DVB
	22.07.1914 – Die englische Flotte bleibt mobil	DVB
	22.07.1914 – Die politische Erziehung des österreichischen Thronfolgers	VOS
	22.07.1914 – Iswolski geht nicht in Urlaub	VOS
	22.07.1914 – Petersburger Besprechungen	VOS
149	22.07.1914 – Echo der Presse	VOS
150	23.07.1914 – Rußland – Der Besuch des Präsidenten Poincare	WAP
	23.07.1914 – Französisches Parlament	WZ
	23.07.1914 – Präsident Poincare in Rußland – Die Verhandlungen in Petersburg	DVB
151	23.07.1914 – Die Petersburger Konferenzen	DVB
	23.07.1914 – Poincares schwedischer Pirschgang	VOS
152	23.07.1914 – Bevorstehende Überreichung der österreichischen Note in Belgrad	BTB
	24.07.1914 – Alea jacta est	DVB
153	24.07.1914 – Die Zirkularnote (an die europäischen Regierungen)	BTB
154	24.07.1914 – Mißstände in der französischen Armee (Senator Humberts Dokument)	DVB

155	24.07.1914 – Frankreich (Gegenbesuch des Zaren)	WZ
	24.07.1914 – Rußland – Frankreich. Der Besuch des Präsidenten Poincare	WAP
156	24.07.1914 – Außerordentlicher Ministerrat in Petersburg	BTB
	24.07.1914 – Paschitsch reist nach Petersburg	BTB
157	24.07.1914 – Eine herausfordernde, ablehnende Mitteilung des serbischen Preßbureaus	BTB
	24.07.1914 – Die Jungtschechen schreiben für Serbien	DVB
	24.07.1914 – Die Streikrevolte in Rußland	DVB
158	24.07.1914 – Billigung Deutschlands und Italiens	DVB
	24.07.1914 – Rückberufung der französischen Marineurlauber	DVB
	24.07.1914 – Die österreichischen Forderungen	VOS
159	25.07.1914 – Die Note Österreich-Ungarns an Serbien	NAZ
161	25.07.1914 – Die Auffassung in Berliner diplomatischen und politischen Kreisen	DVB
	25.07.1914 – Eine russische Drohung – Rußland bleibt nicht indifferent	DVB
162	25.07.1914 – Eine Erklärung des serbischen Regierungsorgans	WAP
	25.07.1914 – Deutsch-französische Unterhandlungen	DVB
	25.07.1914 – Der englische Militärattache in Belgrad	DVB
163	25.07.1914 – Der Besuch Poincares	WZ
	25.07.1914 – Die Haltung Rußlands	WAP
	25.07.1914 – Zeitungsstimmen -England	WAP
	25.07.1914 – Der Besuch des Präsidenten Poincare	WAP
164	25.07.1914 – Wer ist eigentlich „Ciganovic“?	DVB
	25.07.1914 – Italienische Vorstellungen in Belgrad	BTB
	25.07.1914 – Französische Angriffe gegen Österreich	BTB
165	25.07.1914 – Russische Erbitterung gegen Österreich	BTB
	25.07.1914 – Verhandlungen zwischen Belgrad und Petersburg	BTB
	25.07.1914 – Englische Mahnungen an Serbien.	BTB
166	25.07.1914 – Die versteckten serbischen Bomben	BTB
	25.07.1914 – Rußland verlangt Verlängerung der Frist	BTB
	25.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an den Botschafter in London	
167	25.07.1914 – Die Börsen und die Kriegsbefürchtung	BTB
	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – Die Situation	BTB
168	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – Die russische Intervention abgelehnt	BTB
	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – Das 8. und das 9.Korps marschbereit	BTB
	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – Bekanntgabe des deutschen Standpunktes an Frankreich	BTB
170	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – englische Stimmen für den österreichischen Standpunkt	BTB
171	25.07.1914 – Belgrad in Erwartung des österreichischen Einmarsches	BTB
	25.07.1914 – Serbische Kriegsvorbereitungen	VOS
	25.07.1914 – Für und wider russische Intervention	
172	25.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an die Vertretungen in Konstantinopel, Sofia, Bukarest, Athen	
	25.07.1914 – Der Bündnisfall	VOS
173	25.07.1914 – Rußland interveniert	VOS
174	25.07.1914 – Der Presse Sturm in Rußland	VOS
	26.07.1914 – Die ungenügende Antwort	BTB
175	26.07.1914 – Die Mobilisierungsbefehle	DVB
	26.07.1914 – Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien	WZ
	26.07.1914 – Frankreich – Empfang des serbischen Gesandten im Ministerium des Äußeren	WZ
	26.07.1914 – Die offizielle französische Auffassung der Haltung Deutschlands	BTB
176	26.07.1914 – Englische Presse zu Serbienkonflikt	WZ
	26.07.1914 – Rußland ist „für alle Eventualitäten“ gerüstet	BTB

	26.07.1914 – Russische Presse zu Serbienkonflikt	WZ
	26.07.1914 – Deutschlands absolute Bündnistreue	DVB
177	26.07.1914 – Deutschland an der Seite Österreichs	DVB
	26.07.1914 – Rückkehr Bethmann Hollwegs nach Berlin	DVB
	26.07.1914 – Die Streikrevolte und Hungersnot in Rußland	DVB
178	26.07.1914 – Schweden – Der Besuch Poincares	WZ
	26.07.1914 – Wochenrundschau	NAZ
	26.07.1914 – Antideutsche Ausschreitungen der Tschechen in Königsberg (Mähren)	DVB
	27.07.1914 – Die serbische Antwortnote	WAP
179	27.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an die Botschafter	
	27.07.1914 – Kriegszustand zwischen Österreich und Serbien	POS
180	27.07.1914 – Ein weltgeschichtlicher Vorgang	POS
	27.07.1914 – Deutschlands Haltung	POS
	27.07.1914 – Die Unterredung des Freiherrn von Schoen	POS
181	27.07.1914 – Serbische Kriegsvorbereitungen	DVB
	27.07.1914 – Rußland mobilisiert seine Grenzkorps	DVB
	27.07.1914 – Das Ergebnis des russischen Ministerrats	BTB
	27.07.1914 – Eine vernünftige Stimme	POS
182	27.07.1914 – Der serbische Generalstabschef in Österreich verhaftet, aber wieder freigelassen	POS
	27.07.1914 – Vorzeitige Rückkehr des Kaisers und des Reichskanzlers	POS
	27.07.1914 – Appell an Kaiser Wilhelm	BTB
183	27.07.1914 – Deutsche Friedensbemühungen	VOS
	27.07.1914 – Der Ernst der Lage	VOS
185	27.07.1914 – Das englische Geschwader 1	POS
	27.07.1914 – Das englische Geschwader 2	POS
	27.07.1914 – Die englische Flotte	POS
	27.07.1914 – Abbruch der Reise Poincares	WZ
	27.07.1914 – Englands Eingreifen	DVB
186	28.07.1914 – Rückkehr vom Sommerurlaub	VOS
	28.07.1914 – Bereitschaft der englischen Flotte	VOS
187	28.07.1914 – Die englische Flotte	VOS
	28.07.1914 – Die englische Vermittlungsaktion	BTB
	28.07.1914 – Der Wortlaut der Rede Greys	BTB
188	28.07.1914 – Deutsche Pressstimmen	POS
189	28.07.1914 – Rückkehr Kaiser Wilhelms von der Nordlandreise	WZ
	28.07.1914 – Rückkehr der deutschen Hochseeflotte	POS
190	28.07.1914 – Die englische Friedensaktion	BTB
	28.07.1914 – Französische Vorwürfe gegen Deutschland	BTB
191	28.07.1914 – Telegramm des russischen Zaren an den serbischen König Alexander – Frankreich steht bereit	
	28.07.1914 – Die serbische Antwort genügt	BTB
192	28.07.1914 – Serbiens Verteidigung	VOS
	28.07.1914 – Kämpfe an der Drina	VOS
	28.07.1914 – Die Haltung Griechenlands	BTB
	28.07.1914 – Der Sturm auf die Sparkassen	BTB
193	29.07.1914 – ÖsterreichUngarn und die serbische Note (mit Kommentaren)	NAZ
197	29.07.1914 – Aus dem österreichisch-ungarischen Material	NAZ
199	29.07.1914 – Krieg gegen Serbien – Österreichs Kriegserklärung an Serbien	VOS
200	29.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an die Botschafter	
	29.07.1914 – Notizen des russischen Botschafters in Berlin, Sergeij Nikolajewitsch Swerbejew (Englands Zusage der Unterstützung)	
	29.07.1914 – Englands Vermittlungsvorschlag	POS
201	29.07.1914 – Der Schritt Sir Edward Greys – Konferenz v. Schebeko – Berchtold	DVB
	29.07.1914 – Deutschland und der Grey'sche Vorschlag	DVB
202	29.07.1914 – Die Haltung der deutschen Regierung	BTB

203	29.07.1914 – Eine Kundgebung der Stadt Leipzig	DVB
	29.07.1914 – Der Eindruck der Ablehnung in Paris	VOS
	29.07.1914 – Die Gefahr des Weltkrieges	VOS
204	29.07.1914 – Die russisch-französische Verschwörung – Echo der Presse	VOS
205	29.07.1914 – Die Sozialdemokratie im Augenblick der Entscheidung – Echo der Presse	VOS
	29.07.1914 – Marokko – Die Kämpfe der Franzosen	WZ
	29.07.1914 – Revolutionäre Wellen in russisch Polen	DVB
206	29.07.1914 – Beschleunigte Rückreise des Präsidenten Poincares	WZ
	29.07.1914 – Französische Vorsichtsmaßnahmen	POS
	29.07.1914 – Die französischen Flottenmanöver abgebrochen	DVB
	30.07.1914 – Flucht des Majors Voja Tankosic nach Odessa	DVB
207	30.07.1914 – Der drohende europäische Krieg	POS
	30.07.1914 – Die roten Hochverratsversuche in Berlin	POS
208	30.07.1914 – Rückkehr der deutschen Flotte	POS
	30.07.1914 – Teilweise Mobilisierung in Rußland	POS
	30.07.1914 – Mobilisierung von 16 russischen Korps an der Südwestgrenze	BTB
	30.07.1914 – Die Panslawische Hetze gegen Deutschland	BTB
209	30.07.1914 – Ist Rußland berechtigt, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen	BTB
210	30.07.1914 – Französische Kriegsrüstungen	POS
	30.07.1914 – Französische Truppenverschiebungen	VOS
	30.07.1914 – Französische Dementis	WAP
211	30.07.1914 – Entschlossene Stimmung in Frankreich	BTB
212	30.07.1914 – Keine Mobilisierung in England	BTB
213	30.07.1914 – Die Rolle Deutschlands	BTB
	30.07.1914 – Zustand drohender Kriegsgefahr	VOS
214	31.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an Serbien: 20 Millionen Franken Kredit	
	31.07.1914 – Das Eintreffen der Kriegserklärung in Nisch	DVB
	31.07.1914 – Ein nächtlicher Ministerrat in Paris	DVB
215	31.07.1914 – Keine englische Mobilisierung, sondern Vorsichtsmaßnahmen	POS
	31.07.1914 – Englands Rüstungen	VOS
	31.07.1914 – Die Unterbrechung der deutschen Seeschifffahrt	BTB
	31.07.1914 – Lord Kitchener in Paris	BTB
216	31.07.1914 – Die Eisenbahnbrücke bei Granica in die Luft gesprengt	BTB
	31.07.1914 – Die russische Mobilmachung an der deutschen Grenze	BTB
217	31.07.1914 – Die russische Mobilisierung	VOS
	31.07.1914 – Ein Wort zur Lage – Walther Rathenau	BTB
	31.07.1914 – Nationale Arbeiter gegen die roten Hochverräter	POS
218	31.07.1914 – Zeitungsstimme – „Vorwärts“	WAP
	01.08.01914 – Sonderausgabe - Die Vorgeschichte – die Juli Krise in Kurzform	NAZ
219	01.08.01914 – Die allgemeine Mobilisierung in Oesterreich-Ungarn	VOS
220	01.08.01914 – Die Berliner Presse über die Kriegsgefahr	VOS
	01.08.01914 – Erklärung des Kriegszustandes	VOS
221	01.08.01914 – Deutschland und die russische Mobilisierung	DVB
	01.08.01914 – Englands Haltung zweifelhaft?	DVB
	01.08.01914 – Vorsorge der englischen Marine für Kohlen	POS
	01.08.01914 – Die Echtheit der Kriegserklärung	POS
222	01.08.01914 – Rußlands Mobilmachung gegen Deutschland	POS
223	01.08.01914 – Die internationale Lage	NAZ
	01.08.01914 – Telegramm des russischen Außenministers an die Botschafter	
	01.08.01914 – Der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien	NAZ
224	01.08.01914 – Mobilisierung in Holland und Belgien	VOS
	01.08.01914 – Jean Jaures ermordet – Französischer Sozialistenführer	VOS
	02.08.01914 – Der erste Zusammenstoß der Grenzpatrouillen	BTB
	02.08.01914 – Frankreich mobilisiert	VOS

	02.08.01914 – Mobilmachung – in Deutschland	VOS
225	02.08.01914 – Deutschlands Mobilmachung	VOS
	02.08.01914 – Die Haltung der Sozialdemokratie	VOS
	02.08.01914 – Und unsere Sozialdemokraten	POS
226	02.08.01914 – Englands Verträge	VOS
	02.08.01914 – Das Ultimatum –an Rußland	DVB
227	02.08.01914 – Was wird England tun?	BTB
	02.08.01914 – Frankreich und der Krieg	DVB
228	02.08.01914 – Eine Ansprache des Reichskanzlers	NAZ
	02.08.01914 – Mobilisierungen - Belgien	NAZ
	02.08.01914 – Die Mobilmachung in Deutschland	NAZ
	02.08.01914 – Vor dem Reichskanzler Palais	NAZ
229	03.08.01914 – Die deutsche Kriegserklärung an Rußland	WZ
	03.08.01914 – Rußland und Frankreich heben die Feindseligkeiten eröffnet – Rußland hat den Krieg eröffnet	POS
	03.08.01914 – Rußland hat den Krieg eröffnet	BTB
230	03.08.01914 – Angriff auf Johannsburg	BTB
	03.08.01914 – Ein französischer Flieger heruntergeschossen	BTB
	03.08.01914 – Französische Flieger werfen Bomben auf Nürnberg	BTB
231	03.08.01914 – England gegen uns?	VOS
	03.08.01914 – 80 französische Offiziere als Spione entdeckt	BTB
	03.08.01914 – Eine russische Patrouille gefangengenommen	BTB
	03.08.01914 – Die Franzosen überschreiten die deutsche Grenze	BTB
232	03.08.01914 – Antwort Frankreichs	POS
	03.08.01914 – Russische Verlogenheit	DVB
	03.08.01914 – Die offizielle Kriegserklärung Deutschlands an Rußland	DVB
	03.08.01914 – Einmarsch in Luxemburg	VOS
233	03.08.01914 – Die Haltung Spaniens	VOS
	03.08.01914 – Der letzte Artikel Jaures gegen Rußland	DVB
	04.08.01914 – Abberufung des deutschen Botschafters aus Paris	VOS
234	04.08.01914 – Verkündung Kriegserklärung	NAZ
	04.08.01914 – Eine heuchlerische Kundgebung der französischen Regierung	DVB
235	04.08.01914 – Die Kriegspartei in Frankreich	DVB
	04.08.01914 – Die volle Mobilisierung in Frankreich	NAZ
	04.08.01914 – An der deutsch-französischen Grenze	NAZ
	04.08.01914 – Völkerrechtsbruch durch französische Flieger	NAZ
236	04.08.01914 – Der Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm II und Zar Nikolaus II in der letzten Juliwoche 1914 (Berliner Tageblatt)	BTB
237	04.08.01914 – Wortlaut des Weißbuches	BTB
241	04.08.01914 – Zwei Telegramme Zar und Kaiser	BTB
242	04.08.01914 – Telegramme zwischen den Botschaftern und dem Reichskanzler vom 24. Juli bis 1. August 1914	BTB
	04.08.01914 – Der Treuebruch des Zaren – Die letzte Juliwoche 1914 (Vossische Zeitung)	VOS
251	04.08.01914 – Rußland eröffnet den Krieg	NAZ
	04.08.01914 – Die Türkei macht mobil	BTB
252	04.08.01914 – Gymnasiasten als Kriegsfreiwillige	BTB
	04.08.01914 – Das Strafverfahren gegen Rosa Luxemburg	BTB
	04.08.01914 – Der Krieg mit Frankreich	BTB
	04.08.01914 – Der Abschied der Deutschen aus Paris	VOS
253	04.08.01914 – Die Haltung Italiens	BTB
	04.08.01914 – Sir Edward Greys Erklärungen	BTB
	04.08.01914 – Die Erklärungen Sir Edward Greys über Englands Haltung	BTB
254	04.08.01914 – Abweisung eines russischen Angriffs auf Memel	BTB
	04.08.01914 – Der Kaiser an den Reichstag - Thronrede	VOS
255	04.08.01914 – Ein Wort Wilhelm II.	VOS

	04.08.01914 – Die Thronrede – ein Kommentar	VOS
256	05.08.01914 – Reichstagsverhandlungen – Protokoll der Reichstags Sitzung vom Vormittag des 4. August	NAZ
257	05.08.01914 – Rede des Reichskanzlers zur Lage der Nation im Reichstag	NAZ
260	05.08.01914 – Reichstagsverhandlungen – 2.Sitzung am Nachmittag des 4. August	NAZ
261	05.08.01914 – Botschaft des Kaisers an den Reichstag	NAZ
262	05.08.01914 – Erklärung der Sozialdemokraten – Haase im Reichstag	VOS
	05.08.01914 – Die englische Kriegserklärung	NAZ
263	05.08.01914 – Auch England hat Deutschland den Krieg erklärt	POS
	05.08.01914 – Die Kriegserklärung Englands	DVB
264	05.08.01914 – England erklärt Deutschland den Krieg	BTB
265	05.08.01914 – Grey über Englands Teilnahme am Krieg	BTB
267	05.08.01914 – Krieg mit England	VOS
267	05.08.01914 – Von der Einkreisung zum Krieg	VOS
268	05.08.01914 – Giolittis Hoffnung	BTB
	05.08.01914 – Der vierte August – von Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, Mitglied des Reichstags	BTB
269	05.08.01914 – Deutschland und England	DVB
270	05.08.01914 – Die versuchte Sprengung des Kochemer Tunnels	DVB
	05.08.01914 – Französische Truppenverschiebungen an der belgischen Grenze	DVB
	05.08.01914 – Die Stellung Englands – Die Erklärungen Sir Edward Greys im Unterhaus	DVB
272	05.08.01914 – Der Durchmarsch durch Belgien	BTB
273	05.08.01914 – Deutsche Kriegsschiffe vor Algier	DVB
	06.08.01914 – Bombenabwürfe aus französischen Flugzeugen in Deutschland	DVB
274	07.08.01914 – Kaiser Wilhelm - An das deutsche Volk!	VOS
	07.08.01914 – Eine Drohung Rußlands an die Türkei	DVB
	07.08.01914 – Das englisch-französische Abkommen	DVB
275	07.08.01914 – Wie die französische Regierung das französische Volk täuscht	DVB
	07.08.01914 – Die deutsche Kriegserklärung an Frankreich	VOS
	07.08.01914 – Der elsässische Abgeordnete Wetterle geflüchtet	DVB
276	08.08.01914 – Die Franzosen in Lüttich	DVB
	08.08.01914 – Amerika befördert auf Kriegsschiffen	DVB
	08.08.01914 – Verhaftungen von Deutschen in England	DVB
	09.08.01914 – Ein Aufruf an die Polen	DVB
277	09.08.01914 – Feigheit, Verrat und Brutalität	DVB
278	09.08.01914 – Die Haltung Deutschlands in der belgischen Frage	DVB
279	10.08.01914 – Neue französische Barbareien	DVB
	Anhang - Inhaltsverzeichnis	
	Anhang	
	Literaturverzeichnis	

Literaturliste**- Der Weg zum Ersten Weltkrieg**

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München / Berlin 1922
Berliner Börsen-Zeitung 1888
Berliner Morgenpost 1900
Berliner Tageblatt, 1885, 1914
Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898
Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919
Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916
Das Problem Japans, 1913; Leipzig 1920
Der neue Kurs, Otto Hammann, Berlin 1918
Der Weltkrieg Band 1, Karl Helfferich, Berlin 1919
Deutsches Volksblatt 1914
Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911
Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; von Th. Schiemann, Berlin 1921
Die Außenpolitik von Alexander III., in: https://fondco.ru/de/vneshnyaya-politika-aleksandra-3-itogi-kratko-vneshnyaya-politika-aleksandra-iii/
Die auswärtige Politik Serbiens 1903 – 1914, Bd 1, Geheimakten aus serbischen Archiven, Dr.M.Boghitschewitsch, Berlin 1928
Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924
Die Kriegsschuldfrage, in Berliner Monatshefte – Monatsschrift, 1925
Die militärischen Maßnahmen Deutschlands vor dem 29. Juli, Graf Max Montgelas, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1925
Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914. von Kuhl; in: Berliner – Monatsschrift, 1925
Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894
Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894
Die Urheber des Weltkrieges, Lujo Brentano, München 1922
Die Ursachen des Deutschenhasses, Max Scheler Leipzig 1917, S.60ff
Dokumente Sarajewo Prozeß, Friedrich Wührtle, in : Der große Wendig, R.Kosiek und O.Rose, Tübingen 2.Aufl. 2006
Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922
Gerd Schultze-Rhonhof - 1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte — München 2/2003
How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915
https://mjp.univ-perp.fr/traites/
Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922
Königlich privilegierte Berlinische Zeitung 1870
Kriegsursachen – Dr.M.Boghitschewitsch, Zürich 1919
L'Alliance Franco-Russe et la Coalition Europeenne, un General Russe, Paris 1887
L'Empereur Alexander III et son Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895
Made in Germany, E.E. Williams, London 1896
National-Zeitung , 1870, 1888
Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 1887, 1888, 1914
Posener Tageblatt 1918
Provinzial Correspondenz, Juli 1870
RUSSIA AND THE DUAL ALLIANCE, L.B. Packard, in: The American Historical Review, Vol. XXV, London 1920
Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886
Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922
So ward das Reich, Dietrich Klages, Frankfurt a.M. 1943
The war of steel and gold, H.N.Brailsford, London 1914, 10.Aufl. 1918
Truth and the War, E. D. Morel, London 1916
Unser Mythos vom Anfang des Krieges, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922
Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges; G. von Jagow, Staatssekretär a.D., Berlin 1919
Vossische Zeitung 1914
What really started it, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922
Wiener Abendpost 1914
Wiener Zeitung 1914
Zur Teilnahme Italiens am Weltkriege. – Wilhelm Schaer , in Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“, 1925